

Digitales Brandenburg

hosted by **Universitätsbibliothek Potsdam**

Geschichte der neuesten Zeit

1815 - 1885 ; in vier Bänden

Von 1848 bis 1863

Bulle, Constantin

Berlin, 1888

Vierter Abschnitt: Der Krimkrieg und der Orient (1853-1858).

urn:nbn:de:kobv:517-vlib-6475

Die orientalische Frage.

Bald jedoch wurde diese behagliche Stimmung durch bedrohliche Nachrichten getrübt, die aus Petersburg und Konstantinopel kamen. Es war doch ein wunderlicher Irrtum der öffentlichen Meinung zu glauben, daß nur von Frankreich her dem europäischen Frieden Gefahr drohen könne und darüber der kriegerischen Gelüste des Zaren ganz zu vergessen. Unerklärlich war diese Täuschung freilich nicht. Wenn man in Petersburg den Krieg mit der Türkei wollte, weshalb hatte man dann nicht die Verwirrung der letzten Jahre wahrgenommen, weshalb so manche Gelegenheit, die sich bot, ent schlüpfen lassen? Nur in der Unschlüssigkeit des russischen Herrschers, in einem gewissen Mangel an Mut, konnte man den Grund dazu finden. An großen Worten, an Ansätzen zur That hatte es Nikolaus nicht fehlen lassen, aber nach halbem Anlauf war er immer stehen geblieben. Sein ganzes Verhalten gegenüber der europäischen Revolution konnte das bezeugen. Wie hatte er beim ersten Ausbruch derselben in seinem Aufrufe vom 26. März 1848 gegen diese Heiden des Westens gedonnert, deren Frevel selbst das heilige Rußland zu bedrohen wage! Und dennoch war es zu einem Einschreiten erst spät und nur in Ungarn und den Donaufürstentümern gekommen, wo wirklich große Interessen auf dem Spiele standen. Wie unvergleichlich vorteilhaft war des Zaren Stellung gewesen, als russische Truppen die Moldau und Walachei beherrschten und Oesterreich, schwer gebeugt, alle Änderungen an seiner Südostgrenze geduldig über sich hätte ergehen lassen müssen; und doch hatte er sich mit einer mageren Abschlagszahlung zufrieden gegeben. Welch trefflichen Anlaß zur Kriegserklärung bot ihm die ehrenhafte Weigerung der Türkei ihm die aus Ungarn entkommenen Polen auszuliefern! Und doch schüchtern ihn das Erscheinen der englischen Flotte vor den Dardanellen so ein, daß er friedfertig nachgab. War es berechtigt zu glauben, daß er trotz alledem den Krieg wolle und vorbereite?

Russische Pläne.

Die Unruhen in den Donaufürstentümern waren von einer Anzahl moldauischer Bojaren ausgegangen, die im April 1848 in Jassy von dem Hospodaren Sturdza Reformen und eine gesetzmäßige Regierung forderten. Darauf hatte der Fürst sie aus dem Lande gejagt, die Pforte aber den Vertriebenen Schutz versprochen. Drohungen aus Petersburg schüchtern den Sultan jedoch ein, so daß er jene im Stich ließ und an Reschids und Alis Stelle den russenfreundlichen Rifaat in seinen Rat berief. Als jedoch im Juni auch in der Walachei Unruhen ausbrachen und der Hospodar Bibesko sich vor einer vorläufigen Regierung zurückzog, erlag die Pforte der Verlockung die russenfeindliche Stimmung in den Donauländern zu ihrem Vorteil auszunutzen. Reschid übernahm wieder die Leitung des Staates und schickte einen Bevollmächtigten nach Bukarest, der allerdings die revolutionäre Regierung auf-

Unruhen an der Donau.

löste, aber einige ihrer Mitglieder in die neugebildete „fürstliche Statthaltertschaft“ übertreten ließ. Darüber erbittert nahm Rußland einen Mordversuch auf Sturdza zum Vorwand um am 10. Juli den General Lüders in die Moldau einrücken zu lassen. Die Verwicklung gewann einen bedenklichen Anstrich und dem Sultan entfiel wieder der Mut. Er schickte einen zweiten Bevollmächtigten, den späteren Minister Fuad, nach Bukarest, ließ die Statthaltertschaft auflösen und übertrug die Verwaltung einstweilen dem Bojaren Kantakuzeno. Da es hierbei nicht ohne Widerstand abging, rückten im September auch türkische Truppen unter Omer Pascha ein und besetzten gemeinsam mit den Russen Bukarest. Nikolaus ließ das ruhig geschehen und zog sogar nach wenigen Monaten den größten Teil seiner Truppen zum Zweck des ungarischen Krieges aus den Donaufürstentümern heraus. Die Verhältnisse der beiden Länder wurden durch einen Vertrag vom 1. Mai 1849 zu Balta Liman, einem Schlosse Reschids am Bosphorus, geordnet. Sturdza mußte Bibeskos Beispiel folgen und abtreten; ihre Nachfolger, Stirbey in der Walachei und Gregor Ghika in der Moldau, wurden nur auf sieben Jahre ernannt; statt der bisherigen Bojarenversammlung traten ihnen Ausschüsse zur Prüfung des Staatshaushaltes zur Seite; die alte Verfassung sollte unter dem Beirat russischer und türkischer Bevollmächtigter ungeändert werden und, bis dies geschehen, eine genügende Truppenmacht im Lande bleiben. Erst im Jahre 1851 waren infolgedessen die letzten Russen abgezogen.

Der Vertrag
von Balta
Liman.

Aber wie vertrauenerweckend diese Haltung des Zaren für die Friedensfreunde auch sein mochte, sie befanden sich doch in arger Täuschung. Nikolaus wußte recht gut, daß die augenblickliche Lage Europas keinen Staat lebhafter zur festen Verfolgung seiner Interessen auffordere als Rußland, und er war entschlossen sie zu benutzen. Die Stürme der letzten Jahre waren an seinem Reiche vorübergezogen ohne es zu erschüttern; durch den ungarischen Feldzug hatte er bei dem österreichischen Kaiser Anspruch auf den wärmsten Dank erworben; Preußen lag so tief gedemüthigt am Boden, daß von ihm eine selbständige Politik nicht zu befürchten war; der neue Machthaber in Paris stützte sich zu sehr auf die Armee, als daß er diese auf einen entfernten Schauplatz zu schicken Lust haben konnte, höchstens einen Krieg unmittelbar an der Grenze schien er brauchen zu können; und was England betraf, so war dort Aberdeen am Ruder, der gegen den Napoleoniden immer noch ein vorsichtiges Mißtrauen hegte, während er der russischen Politik so nahe stand wie kein anderer britischer Staatsmann. Wenn je so war jezt der Zeitpunkt gekommen um dem türkischen Reiche ein jähes Ende zu bereiten. Es war bei Nikolaus eine tief gewurzelte Überzeugung, daß es mit dem Halbmond in Europa nicht mehr lange dauern könne.

Der kranke
Mann.

Schon 1844 hatte er sich darüber bei einem Besuche in London offen ausgesprochen. Er erklärte damals, daß es in seinem Kabinett zwei Meinungen über die Türkei gebe, nach der einen liege sie im Sterben

nach der anderen sei sie schon tot; er persönlich huldige der letzteren Ansicht; jedenfalls werde man den baldigen Antritt des Todes durch kein Mittel verhüten können. Deshalb wünschte er sich rechtzeitig mit England über das, was dann geschehen solle, zu benehmen; für sich verlangte er keinen Zoll Landes, aber er werde auch nicht dulden, daß andere Mächte sich vergrößerten, besonders nicht Frankreich, bei dem er das größte Gelüsten dazu voraussetzte. Zu bestimmten Verabredungen war es damals nicht gekommen, aber Peel und Aberdeen hatten es doch nicht abgelehnt im gegebenen Augenblicke die Frage wieder aufzunehmen und eine Verständigung mit Rußland zu suchen. Dieser Augenblick schien jetzt gekommen zu sein, und Nikolaus knüpfte mit dem englischen Gesandten an seinem Hofe, Sir Hamilton Seymour, gelegentlich Gespräche an, die sich ganz in den Bilder- und Gedankenkreisen von 1844 bewegten. Der franke Mann an der Donau werde sterben; Frankreich dürfe aus diesem Ereignis keinen Vorteil ziehen; deshalb sei es nötig eine Verständigung über die Leichenfeier zwischen Rußland und England zu erzielen; für seine Person sei er entschlossen Konstantinopel in dem richtigen Momente zu besetzen, nicht als Eigentum, aber wohl als Unterpfand. An Vergrößerung denke er nicht, die Gelüste Katharinas II. lägen ihm fern. Er wünsche ein aufrichtiges Bündnis mit England, auf das allein er sich in seiner orientalischen Politik stützen könne und wolle. Oesterreichs sei er vollkommen sicher: wenn ich von Rußland spreche, setze er hochmütig hinzu, so spreche ich von Oesterreich.

In London erregten diese Äußerungen ebensoviel Mißbehagen als Widerspruch. Sowenig man den bedenklichen Verfall der Türkei mißkannte, sowenig vermochte man gerade jetzt eine besonders große Gefahr zu erkennen. Denn das osmanische Reich war eben damals ungewöhnlich geübten und rechtlichen Händen anvertraut: der Großvezier Ali und Fuad, der Minister des Auswärtigen, besaßen eine vortreffliche europäische Bildung und wirkten in bester Eintracht für die Wiederbelebung ihres Staates. Allerdings suchten sie dieselbe mehr durch Anlehnung an die Westmächte zu erzielen als durch die Unterstützung Rußlands. Der britische Einfluß in Stambul war dank der Persönlichkeit des Gesandten, Lord Stratford Canning's, von Jahr zu Jahr gewachsen und überwog jeden anderen; aber auch Frankreich spielte eine so bedeutende Rolle, daß der Vertreter des Prinz-Präsidenten, Graf Lavalette, im Dezember 1852 einen Triumph davontrug, der in Petersburg bitter empfunden wurde und den nächsten Anstoß zu des Kaisers Unterredungen mit Sir Hamilton Seymour gab.

Der Gegenstand, um den es sich handelte, schien freilich von geringer Bedeutung. Seit alters gab es im heiligen Lande neun sog. heilige Stätten, an deren Besitz sechs verschiedene christliche Bekenntnisse, darunter die beiden großen katholischen Kirchen, beteiligt waren. Da nun im Oriente die griechische Kirche weitaus die verbreitetste war und ihre Genossen die religiöse Pflicht der Wallfahrt nach dem heiligen Lande

England und
die Türkei.

Die heiligen
Stätten.

ungleich lebhafter anerkannten und befolgten als die römischen Katholiken, so waren griechische Priester die Hüter der meisten Orte, an die sich Erinnerungen aus dem Leben des Heilandes knüpften, und ihnen waren wichtige Vorrechte in bezug auf diese Stätten durch großherrliche Firmane gewährleistet. Indes war auch die römische Kirche nicht ohne mancherlei Rechte; nur daß sie allerlei Verletzungen derselben im Laufe der Jahre sich hatte gefallen lassen müssen. Allerdings hatte Frankreich durch einen Vertrag vom Jahre 1740 ein gewisses Schutzrecht erworben; aber teils das geringe Interesse, das man in Paris Jahrzehnte hindurch an diesen Dingen nahm, teils das wachsende Übergewicht Rußlands im Oriente hatten bewirkt, daß nach und nach den Griechen Zugeständnisse von der Pforte gemacht waren, welche die Lateiner (so pflegte man die römischen Katholiken kurzweg zu nennen) als Eingriffe in ihre Rechte ansahen. So geringfügig die streitigen Punkte auch dem Unbetheiligten erscheinen mochten, so eifrig verfochten die Priester beider Kirchen ihre Forderungen, und die Zänkereien ruhten keinen Augenblick. Als nun Napoleon im Jahre 1850 überall nach Mitteln suchte um die katholische Geistlichkeit zu gewinnen, richtete sich seine Aufmerksamkeit auch auf diese palästinischen Händel, und seine Gesandten, anfangs der General Lupick, dann seit dem Mai 1851 Lavalette, erhielten Auftrag die Ausföhrung des Vertrages von 1740 mit Nachdruck zu fordern. Angefeuert durch das Lob des Papstes, der die übrigen katholischen Regierungen einlud es zu unterstützen, entwickelte Frankreich nun einen Eifer, der mit dem Gegenstande der Verhandlungen in schlechtem Verhältnisse stand. Aber auch Rußland war nicht lässig, und die einzige Frucht beinahe zweijähriger Verhandlungen war am Ende eine türkische Note vom 9. Februar 1852, die den französischen Forderungen nur in beschränkter Weise genügte. Zugestanden wurde hauptsächlich der Anspruch der Lateiner auf den Besitz des Schlüssels zum Hauptportale der Kirche in Bethlehem und ihre Forderung in derselben einen silbernen Stern wieder anzubringen, der bei einem Streite zwischen den griechischen und lateinischen Mönchen im Jahre 1847 abhanden gekommen war. Vor der Hand beruhigte sich Lavalette dabei und schrieb sich den Sieg zu. Aber seine Freude dauerte nur wenige Tage; schon am 14. Februar erging auf die ungestüme Forderung des russischen Gesandten ein großherrlicher Firman, welcher auch den Griechen alle ihre Rechte bestätigte. Firman und Note standen in unlösbarem Widerspruch: die Rechte, welche der eine anerkannte, waren Verletzungen der Privilegien, welche die andere bekräftigt hatte. Die unglückliche Pforte befand sich eben in einer Lage, die ihr nicht gestattete den einen Teil zu befriedigen ohne den anderen zu verletzen. Vergebens suchte sie sich durch doppeltes Spiel und Versprechungen nach beiden Seiten zu helfen; ihre Ausflüchte hatten nur kurzen Bestand. Es schien schon ein Gewinn zu sein, wenn der Kampfplatz für einige Monate von Konstantinopel nach Jerusalem verlegt wurde. Das geschah dadurch, daß Frankreich die Zusage

erhielt, der russenfreundliche Firman solle dort nicht verlesen werden, und Rußland das geheime Versprechen empfang, die Auslieferung des Schlüssels werde unterbleiben. Ein besonderer Bevollmächtigter der Pforte, Afif Bey, ging nach Palästina um auf Grund dieser Weisungen dort beide Parteien zu beruhigen. Das System, welches er befolgte, war mit der einen Hand zu geben und mit der anderen zu nehmen. So entschied er, die Lateiner dürften jährlich einmal eine Messe in der Marienkirche auf Gethsemane lesen; aber er verlangte, daß der griechische Altar dabei ohne Änderung der Ornamente benutzt werde, was den Lateinern als eine Schändung der Messe erschien. Die Verlesung des Firmans schlug er dem russischen Konsul ab und that, als ob er von demselben gar nichts wisse; aber erreichte dadurch weiter nichts, als daß der Konsul alsbald eine Beschwerde an den Gesandten schickte. Auch die Auslieferung des Schlüssels konnte er nur verzögern, nicht verhindern; dafür sorgte das unablässige Drängen Lavalettes. Als im Dezember 1852 der silberne Stern in Jaffa ankam, unter feierlicher Begleitung nach Jerusalem und Bethlehem gebracht und in dem Heiligtum aufgestellt wurde, empfing der lateinische Patriarch gleichzeitig den versprochenen Schlüssel.

Die Griechen und mit ihnen Rußland hatten also zuletzt doch den Kürzeren gezogen, und das zweideutige Benehmen der Pforte war nicht geeignet ihnen die Niederlage zu versüßen. So erscholl denn von Petersburg ein lauter Ruf der Klage und Entrüstung. Der Sultan habe sein Wort gebrochen, schrieb der alte Kesselrode; er habe der römischen Kirche ein Übergewicht im Oriente zugestanden, das der Zar nicht dulden dürfe; er fordere sichtliche Genugthuung, und da Frankreich seine Ansprüche durch kriegerische Drohungen erreicht habe, so müsse auch Rußland militärische Maßregeln ergreifen. Diesen Worten folgte die That; ein Armeekorps wurde in Bessarabien aufgestellt und zwei andere zu seiner Unterstützung ausgerüstet.

Russische
Drohungen.

So lagen die Dinge, als Nikolaus dem englischen Gesandten seine vertraulichen Mitteilungen machte. Ja, er konnte sich noch auf einen zweiten Punkt berufen, der nicht minder eine Katastrophe herbeizuführen schien. Auch in der europäischen Türkei war es zu blutigen Unruhen gekommen. In Montenegro, das bis zum Jahre 1851 unter der Herrschaft eines geistlichen Fürsten gestanden hatte, war zum erstenmale ein weltlicher Gebieter in der Person des jungen Danilo erwählt worden; die Pforte besorgte nun, es möchte dadurch die Erbllichkeit der Fürstenkrone angebahnt werden, und schickte deshalb Omer Pascha, der eben allerlei Unruhen in Bosnien gedämpft hatte, im Dezember 1852 mit 60 000 Mann gegen das kleine Bergvolk. Keine Macht war bei diesen Vorgängen unmittelbarer beteiligt als Österreich, weil die kriegerischen Bewegungen sich hart an seinen Grenzen vollzogen und die russische Einmischung, die den russischen Einfluß in den Provinzen nördlich vom Balkan steigern mußte, seine wichtigsten Interessen

Montenegro.

Osterreichische
Einmischung

bedrohte. Das Wiener Kabinett entschloß sich daher zuvorzukommen und durch eine drohende Sprache in Konstantinopel die Zurückberufung Omers und seiner Armee zu erzwingen. Mit diesem Auftrag entsandte es den Grafen Leiningen nach Stambul. Nikolaus hatte nicht sobald davon gehört, als er sich den Forderungen Osterreichs angeschlossen und im Fall der Verweigerung mit Krieg drohte. Es war das kaum nötig um die Pforte, welche die Gefahr hinreichend erkannte, zum Nachgeben zu veranlassen. Leiningens Sendung erreichte ihren Zweck vollkommen: Omer Pascha wurde zurückgerufen, und Nikolaus sah sich zu seinem Verdrusse eines wichtigen Mittels beraubt um die englischen Minister von der Unvermeidlichkeit einer Katastrophe in der Türkei zu überzeugen.

Rußlands
Vorschläge.

Daß er sie durch das Versprechen eines großen Beuteanteils in seine Bahnen locken könne, mochte er wohl selbst kaum hoffen; doch unterließ er es nicht auch diese Saite anzuschlagen. Während er in den Gesprächen, die er im Januar 1853 mit Seymour hatte, davon noch völlig schwieg, erklärte er ihm am 21. Februar rund heraus, daß er nichts dagegen habe, wenn England bei der Erbteilung Ägypten und Kandia fordere. Das klang um so uneigennütziger als er auch jetzt für Rußland keinerlei Landerwerb beanspruchte, sondern die Provinzen nördlich vom Balkan in selbständige Staaten (Bosnien, Bulgarien, Serbien) umzuschaffen vorschlug, von den Ländern südlich des Gebirges und von der Hauptstadt aber gar nicht sprach. Seymour war genugsam von der Politik seiner Regierung unterrichtet um die Locke speise sogleich zurückzuweisen, und in London billigte man das mit der treffenden Bemerkung: man müsse Verhandlungen, die auf der Voraussetzung eines Zerfalls der Türkei beruhten, schon deshalb ablehnen, weil gerade dadurch dieser Zerfall nur näher gerückt werde.

Schutzrecht
über die grie-
chische Kirche.

Unter diesen Umständen ließ der Zar seine weitergehenden Pläne fahren und vereinte alle seine Anstrengungen auf den einen Punkt Genugthuung für die Beeinträchtigung zu erhalten, welche seiner Kirche in Palästina widerfahren war. Diese Genugthuung sollte in einer Bürgerschaft gegen die Wiederkehr ähnlicher Vorgänge bestehen, und eine genügende Bürgerschaft sah er nur in dem unbedingten Schutzrecht über die griechische Kirche in der gesamten Türkei. Da sich leicht erwarten ließ, daß dieser Forderung der Einwand entgegengestellt werde, Frankreich würde das nicht zugeben, so war Nikolaus weiter entschlossen dem Sultan ein Schutz- und Trutzbündnis anzubieten oder vielmehr aufzudrängen, eine Aufgabe, die zu ihrer Lösung einer möglichst rücksichtslosen Persönlichkeit bedurfte. Als der geeignete Mann erschien Fürst Menschikoff, der Statthalter von Finnland, dazu General und Groß-Admiral. Ende Februar machte er sich auf den Weg nach Konstantinopel; der gleichzeitige Vormarsch des Generals Dannenberg an den Pruth, eine Flottenschau, die Menschikoff unterwegs in Sebastopol abhielt, die Begleitung zahlreicher Offiziere von der Armee und der Flotte, gaben

Menschikoff in
Konstantino-
pel.

der Ankunft des außerordentlichen Gesandten den erforderlichen Nachdruck. Das Auftreten desselben entsprach den Erwartungen, die Nikolaus in ihn setzte. Fuad, den Minister des Auswärtigen, den erklärten Franzosenfreund, zu besuchen weigerte er sich, so daß der eingeschüchterte Sultan die angebotene Entlassung desselben annahm; bei dem Großvezier Ali suchte er nur um eine Privatbesprechung nach und erschien dabei im Reisepaletot und mit bestaubten Stiefeln um durch dieses burchifose Auftreten die Ratgeber des Sultans noch mehr zu entmutigen; dem alten Chosrew dagegen, dem Führer der Alttürken, überbrachte er das Bild des Zaren in Brillanten. Er hatte um so leichteres Spiel, als von seiten der übrigen Großmächte kein genügendes Gegengewicht in die Waagschale geworfen werden konnte, denn der einflußreiche englische Gesandte, Lord Stratford de Redcliffe, war auf Urlaub, und sein Vertreter, der Oberst Rose, konnte ihn durch sein persönliches Gewicht nicht ersetzen. Dennoch war er es, der durch einen eigenmächtigen Entschluß den Türken den Mut wiedergab. Auf den Wunsch des Großveziers, die englische Flotte möge sich von Malta den Dardanellen nähern, erteilte Rose diesen Befehl auf eigene Verantwortlichkeit, und sofort gewannen die Türken die verlorene Fassung wieder. Das englische Ministerium machte zwar den Schritt seines Vertreters rückgängig, aber die erwünschte Wirkung desselben ging auch durch den Widerruf nicht verloren. Nachdem der erste Schreck überwunden war, bewahrte die Pforte eine fast wankungslose Haltung. Überdies nahte jetzt Lord Stratford, der beim Eintritt der ernstesten Verwickelungen von seiner Regierung Befehl erhalten hatte über Paris und Wien auf seinen Posten zurückzukehren. Am 5. April traf er in Stambul ein. Sogleich eilten der Großvezier und Rifaat Pascha, Fuads Nachfolger, zu ihm um seinen Rat einzuholen. Die Lage war ernst genug. Einige Wochen hatte Menschikoff gezögert mit seinen Forderungen hervorzutreten und vorher das Versprechen verlangt, daß aus seinen Anträgen den Westmächten ein strenges Geheimnis gemacht werde. Ende März hatte er dann Farbe bekannt und den Aufträgen des Kaisers gemäß das Schutzrecht über die griechische Kirche gefordert und dagegen ein Bündnis angeboten, welches Rußland zur Stellung einer Armee von 400 000 Mann verpflichtete. Obgleich er dabei drohte, falls die geringste Mitteilung an England erfolge, sogleich abreisen zu wollen, so hatte Rifaat doch dem Obersten Rose Anzeige davon gemacht und wiederholte jetzt den Hergang, wenngleich stückweise und zögernd, weil er Tadel fürchtete, dem Gesandten. Dieser war angewiesen einerseits die begründeten Beschwerden Rußlands zu unterstützen und die Pforte dahin zu drängen ihren christlichen Unterthanen gerecht zu werden, andererseits aber auch den Sultan gegen jeden übertriebenen Druck zu schützen. Er wünschte deshalb die Frage der heiligen Stätten von den neuen Forderungen Rußlands gründlich zu trennen und dadurch, daß er jene zur Zufriedenheit des Zaren erledigte, diese zu beseitigen. Menschikoff ließ sich wirklich auf dies Ver-

Der englische
Gesandte.

Diplomatische
Kämpfe in Kon-
stantinopel.

fahren ein, da ihn die freundlichen Äußerungen Stratfords hinsichtlich der ersten Frage in den Glauben versetzten, derselbe werde sich auch in bezug auf das Protektorat nachgiebig zeigen; vielleicht kam auch die Hoffnung hinzu, Frankreich werde von seinen Forderungen in keiner Weise nachlassen und es dadurch mit England verderben. Das war aber eine Täuschung; denn Stratford hatte seinen Aufenthalt in Paris benutzt um auch Napoleon zu kleinen Zugeständnissen zu bewegen, und so kam schon am 22. April 1853 ein Vertrag über die heiligen Stätten zustande, der alle berechtigten russischen Empfindlichkeiten befriedigte. Wenn die Lateiner den Schlüssel auch behielten, so wurde doch ausdrücklich anerkannt, daß sie damit kein Eigentumsrecht erworben hätten, und einem griechischen Priester wurde die Pfortnerstelle in der Kirche übertragen; der Silberstern sollte als ein Geschenk des Sultans gelten, das den Lateinern keinerlei Rechte verleihe. Die Ausbesserung der Kuppel in der Kirche des heiligen Grabes, über die man gleichfalls stritt, wurde unter die Aufsicht des griechischen Patriarchen gestellt, während die Kosten der Arbeit von der türkischen Regierung übernommen wurden; und endlich ward die Reihenfolge der Messen in den Kirchen, wo beide Konfessionen sie zu lesen berechtigt waren, so geordnet, daß die griechische den Vortritt erhielt.

Der Vertrag
über die heiligen
Stätten.

Das Schutz-
recht.

Die glückliche Erledigung dieser kleinlichen Angelegenheiten sicherte indes noch keineswegs die Erhaltung des Friedens; denn noch blieb die Forderung des Protektorates bestehen, und auf das angebotene Schutz- und Trugbündnis zu verzichten war Nikolaus umsoweniger geneigt, als Frankreich ihn durch Entsendung einer Flotte nach Salamis neuerdings wieder gereizt hatte. Menschikoff hielt deshalb seine Forderungen aufrecht. Vergebens machte ihn Stratford darauf aufmerksam, wie bedenklich es für die Pforte sei, einem fremden Monarchen das Protektorat über zehn Millionen der eigenen Unterthanen zu geben, und wie das Schutzrecht Oesterreichs über die paar hunderttausend Katholiken dafür nicht als Gegenbeweis dienen könne; überdies sei durch das Abkommen vom 22. April ja allen Beschwerden genügt und für ein besonderes Schutzverhältnis kein triftiger Grund mehr vorhanden. Einigermassen in die Enge getrieben, gab Menschikoff nun so weit nach, daß er statt des Protektorates nur einen Vertrag (Sened) forderte, welcher der griechischen Kirche alle Rechte neu bestätige, die sie seit alters besitze; für den Fall der Weigerung ließ er es auch jetzt an Drohungen nicht fehlen; er sei bis zur äußersten Linie der Mäßigung geschritten und Rußland werde es niemals zugeben in Konstantinopel eine untergeordnete Rolle zu spielen. Stratford sah ein, daß jetzt die Stunde der Entscheidung herangekommen sei; er vermutete, daß Menschikoff einen letzten Trumpf ausspielen und den Sultan persönlich einzuschüchtern suchen werde. Um dem vorzubeugen erbat er sich selbst am 9. Mai eine Audienz. Er bereitete den Sultan darauf vor, daß Rußland wahrscheinlich die diplomatischen Beziehungen abbrechen und die Donaufürstentümer besetzen werde; eine

Menschikoffs
Drohungen.

Englands
Gegenwirkung.

Kriegserklärung halte er für moralisch unmöglich, wenn der Sultan durch einen neuen Firman aus eigenem Antrieb den Christen ihre Rechte bestätige und davon allen Großmächten Kenntniß gebe. Als sich Abdul Medjid dazu gern bereit erklärte, bemerkte Stratford, daß er dem Monarchen nunmehr eine Mitteilung zu machen habe, die er bisher auch den Ministern vorenthalten habe; er sei ermächtigt im Fall der Gefahr der Flotte in Malta Befehl zu erteilen sich segelfertig zu machen. Das war im Grunde genommen eine höchst unbedeutende Befugnis; denn sie schloß keineswegs den Befehl zur Abfahrt ein; dieser mußte aus London selber kommen. Und dennoch machte diese vertrauliche Mitteilung auf den Sultan den tiefsten Eindruck; Stratford hatte die Wirkung wohl berechnet und deshalb bisher nicht das Geringste von diesem Teile seiner Weisungen verlauten lassen. Hätte er den türkischen Ministern in einem früheren Zeitpunkte davon gesprochen, so würde höchst wahrscheinlich ein unwilliges: Weiter nichts? die Antwort gewesen sein; jetzt, wo er ungefragt im tiefsten Geheimnis dem Sultan selbst die Anzeige machte, war die notwendige Folge, daß jener darin nur den Anfang zu Größerem sah und in seinen Entschlüssen gekräftigt von dem englischen Gesandten Abschied nahm.

In der That war die Haltung der Pforte von jetzt an unerschütterlich. Am nächsten Tage wurde das russische Verlangen eines Seneds abgewiesen. Am Tage darauf, am 11. Mai, übersandte Menschikoff sein Ultimatum. Um den letzten Druck auszuüben begab er sich am 13. zum Sultan und verlangte ohne Vermittlung der Minister eine Privataudienz. Sie wurde ihm zwar gewährt, hatte aber keinen anderen Erfolg, als daß der Sultan jede Erörterung an sein Ministerium verwies. Ja Menschikoff verlor durch diesen Schritt noch Zeit. Denn das Ministerium legte sein Amt nieder, weil der Souverän ohne es zu fragen den Russen empfangen habe, und die neuen Ratgeber des Sultans konnten mit Recht die Verlängerung der dreitägigen Frist des Ultimatus fordern. Sie beriefen einen großen Divan, der mit 42 gegen 3 Stimmen das russische Verlangen ablehnte. Am 18. Mai machte der neue Bezier Reschid Pascha Menschikoff mündlich davon Mitteilung und fügte hinzu, was die Pforte alles thun wolle um thatsächlich jeden Wunsch des Zaren zu erfüllen; auch versprach er ihm den Firman zu senden, welchen der Sultan erlassen wolle. Das wartete Menschikoff aber gar nicht ab, sondern erklärte in einer Note vom selben Tage den Abbruch der diplomatischen Beziehungen. Weil er jedoch nachträglich wohl fühlen mochte, daß er sich damit übereilt habe, so benutzte er die goldene Brücke, welche ihm die Gesandten der anderen Großmächte bauten um noch einmal ein kleines Zugeständnis zu machen. Der österreichische Gesandte Bruck sprach ihm nämlich im Auftrag seiner Kollegen, die sich am 19. Mai bei Stratford zu einer Konferenz vereinigten, das Bedauern derselben über seinen Schritt aus und lud ihn ein wenigstens die schriftlichen Erklärungen der Pforte noch entgegenzunehmen.

Letzte Verhandlungen.

Menschkoffs
Abreise.

Dies sagte er wirklich zu für den Fall, daß die zu erwartende Note genau dem Wortlaute des von ihm geforderten Seneds entspreche. Als Reschid Pascha mit Stratfords Billigung auch diese gemilderte Form zurückwies, machte er mit seiner oft wiederholten Drohung wirklich ernst und schiffte sich am 21. Mai mit der ganzen Gesandtschaft ein. Sein letzter Akt war eine Erklärung, daß, wenn die Verbürgung der geistlichen Rechte, welche der beabsichtigte Firman zusichere, den Ausschluß der weltlichen Vorrechte des griechischen Klerus bedeuten sollte — was natürlich gar nicht der Fall war —, Rußland darin eine Handlung der Feindseligkeit erblicken werde.

England und
Frankreich.

So war der Bruch also vollzogen und mit größter Spannung mußte man den nächsten Schritten in Petersburg einerseits und andererseits in London entgegensehen. Das englische Kabinett war trotz der maßvollen Weisungen, welche es seinem Vertreter gegeben hatte, doch unzweifelhaft tief in die Sache verwickelt und konnte ehrenhalber der Türkei seine kräftige Unterstützung nicht versagen. Das erkannte Lord Clarendon, der Minister des Auswärtigen, auch unumwunden an und erklärte England in einer Note vom 31. Mai für verbunden die Unabhängigkeit der Pforte gegen unverschuldete Angriffe zu verteidigen. Zugleich aber suchte er ein engeres Verhältnis zu Frankreich zu gewinnen und fand bei Napoleon, dem nichts Erwünschteres begegnen konnte, bereitwilliges Entgegenkommen. Schon in den ersten Tagen des Juni erhielten die beiden Mittelmeerflotten Befehl sich in die Nähe der Dardanellen zu begeben und gingen in der Besika-Bucht, hart an der Mündung der Meerenge, vor Anker; den Admiralen ward die Weisung erteilt sich den Gesandten in Konstantinopel zur Verfügung zu stellen.

Stimmung in
Petersburg.

In Petersburg war die erste Äußerung, welche die Nachrichten aus Stambul hervorriefen, der Ausbruch des lang verhaltenen Grolls gegen Stratford, dessen unheilbares Mißtrauen und stürmische Geschäftigkeit bei der Pforte alle versöhnlichen Gesinnungen unterdrückt hätten. An demselben 31. Mai, an dem Clarendon dem Sultan Englands Beistand zusicherte, kündigte Rußland der Türkei die Besetzung der Donaufürstentümer an, wenn Menschkoffs letzte Note nicht binnen acht Tagen angenommen werde; dadurch wolle der Zar ohne Krieg zu beginnen sich ein Pfand für die Erfüllung seiner gerechten Forderungen verschaffen.

Verblendung
des Zaren.

Offenbar hatte man in Petersburg keine rechte Vorstellung von der Haltung, welche die anderen Mächte einnehmen würden. Die Gesandten derselben, General von Rochow für Preußen, Graf Mensdorff für Österreich und Castalbajac für Frankreich, waren viel zu sehr daran gewöhnt dem Zaren gegenüber die unterwürfigste Gefälligkeit zur Tonart ihrer Verhandlungen zu wählen, als daß sie jetzt plötzlich eine andere Sprache hätten reden können. Und das täuschte die Russen. Ja selbst in bezug auf England glaubte Nikolaus ruhig sein zu können. Er

hatte mit großem Eifer die öffentliche Meinung des Inselreichs studiert und glaubte sie, das sprach er geradezu aus, besser zu kennen als Sir Hamilton Seymour, den jahrelange Abwesenheit des eigenen Urteils beraubt habe. In Wirklichkeit hatte er aber selbst sich durch die Bewegungen auf der Oberfläche täuschen lassen. Er schrieb der Manchester-
schule und ihrer Friedenspolitik einen viel größeren Einfluß zu, als sie wirklich besaß; und da einzelne Mitglieder des Kabinetts, wie Aberdeen und Gladstone, gleichfalls ausgeprägte Freunde des Friedens waren, so fürchtete er eine kriegerische Bethätigung Englands durchaus nicht. Vollends eine Verständigung desselben mit Frankreich hielt er nach den Berichten, die Kisseleff aus Paris und Brunnow aus London ihm erstatteten, für nichts als ein leeres Schreckgespenst. Ehe er aus diesen Träumen aufgerüttelt werden konnte, erteilte er dem General Gortschakoff den Befehl über den Pruth zu gehen. Am 2. Juli 1853 rückten die Russen in die Moldau ein, und ein Manifest des Kaisers verkündete der Welt, daß der einzige Zweck dieses Schrittes sei die unveräußerlichen Rechte der griechischen Kirche zu schützen.

Die Nachricht von Gortschakoffs Einmarsch wurde in Konstantinopel mit viel größerer Ruhe vernommen als in Wien. Oesterreich hatte bis dahin eine große Zurückhaltung bewiesen, wie es seiner eigentümlichen Stellung zu Rußland entsprach. Jetzt aber kamen die wichtigsten Interessen der Monarchie ins Spiel. Nimmermehr durfte man es zugeben, daß der russische Einfluß sich an der Südgrenze des Staates festsetze und die Umklammerung der östlichen Hälfte des Kaiserreiches vollende. Graf Buol erklärte sein vollstes Einverständnis mit der Politik der Westmächte; sollte es soweit kommen, daß die österreichische Armee in Thätigkeit treten müsse, so werde das nur zu Gunsten der Unabhängigkeit der Türkei geschehen. Da auch Preußen sich in demselben Sinne aussprach, standen alle Großmächte vereint gegen Rußland da, und ihre Gesandten in Wien, Baron Bourqueney, Lord Westmoreland und Graf Arnim, traten mit dem Grafen Buol zur Beratung gemeinsamer Schritte zu einer Konferenz zusammen. Noch am 2. Juli forderten sie in einer Gesamtnote Rußland auf seine Ansprüche mit den Rechten des Sultans als eines unabhängigen Fürsten in Einklang zu setzen. Da keine von ihnen, selbst Frankreich nicht, den Krieg wünschen konnte, so waren sie zu weitgehenden Zugeständnissen bereit. Das bewies am deutlichsten die sog. Wiener Note vom 31. Juli. Der Sultan hatte den beabsichtigten Firman inzwischen erlassen und mit einer Begleitnote vom 20. Juli nach Wien geschickt, damit beides von dort unter der Zustimmung der Konferenz nach Petersburg abgehe. Allein man fand in Wien, daß die Note, die von den Gesandten in Konstantinopel gebilligt war, ihrem Zweck nicht entspreche, und arbeitete sie deshalb um, wobei man die Vorsicht anwandte sich unter der Hand zu vergewissern, daß der beliebte Wortlaut den Zaren befriedige. Nachdem dies geschehen, wurde das Aktenstück namens der Konferenz nach

Russische
Truppen über
den Pruth.

Oesterreich und
Preußen.

Die Wiener
Konferenz.

Der Vermitt-
lungsvor-
schlag vom
31. Juli
1853.

Petersburg und Konstantinopel geschickt, damit es, wenn es beider Orten gebilligt sei, als türkische Note noch einmal vom Bosphorus an die Newa wandere. Nikolaus erklärte sich, wie zum voraus feststand, am 3. August befriedigt; allein die türkischen Minister forderten drei Änderungen und Lord Stratford gab ihnen, wenn er auch amtlich die unbedingte Annahme empfahl, insgeheim recht. Die wichtigste war, daß in dem Satz: der Sultan werde den Bestimmungen der früheren Friedensschlüsse, welche die Beschützung des christlichen Kultus betrafen, treu bleiben — gesagt wurde: die Beschützung der christlichen Religion durch die Pforte, wodurch jede Deutung, als ob von dem Schutze einer anderen Macht die Rede sei, ausgeschlossen wurde. Wie nötig diese Vorsicht gewesen, hatte die Wiener Konferenz, die anfangs sehr schlecht auf die Türken zu sprechen war, bald genug Gelegenheit wahrzunehmen. Denn in einer erläuternden Note vom 7. September gab Graf Nesselrode den streitigen Worten in der That gerade die Auslegung, welche die Türken fürchteten und welche auch die Konferenz nicht wollte. In Konstantinopel war man nun überzeugt, daß eine Verständigung nicht möglich sei, und da die eifrig betriebenen Rüstungen inzwischen weit genug gediehen waren, da die religiös-politische Aufregung unter den Moslemin einen hohen Grad erreicht hatte, so beschloß ein großer Divan von 172 Mitgliedern die Räumung der Fürstentümer von Rußland zu fordern und im Weigerungsfalle selbst den Krieg zu erklären. Eine Frist von 15 Tagen wurde gesetzt, und als diese verstrichen war, am 23. Oktober 1853 der Krieg begonnen.

Scheitern des-
selben.

Die west-
mächtlichen
Flotten.

Es lag den Türken viel daran gleich zum Beginn des Schutzes der westmächtlichen Flotten gewiß zu sein, und Reschid nahm um dies zu erreichen seine Zuflucht zu einem echttürkischen Mittel. Da er Lord Stratford zu beeinflussen nicht hoffen durfte, wandte er sich an den französischen Gesandten und schilderte ihm die Gefahr, in welcher sich beim Ausbruch des Krieges die Christen der Hauptstadt befinden würden, wenn dem muselmännischen Fanatismus, der von 1821 her in schreckhafter Erinnerung stand, nicht durch die Anwesenheit der beiden Flotten ein Dämpfer aufgedrückt werde; die Regierung sei leider der religiösen Wut gegenüber zu ohnmächtig um die Sicherheit der Christen verbürgen zu können. Bis dahin hatten die Westmächte sich sorgfältig in Acht genommen den Vertrag von 1841, der ihren Flotten das Einlaufen in die Dardanellen verbot, zu mißachten; Napoleon hatte die Sache freilich schon zweimal in London angeregt, aber nicht darauf bestanden; jetzt kam er, gestützt auf seines Gesandten Berichte, zum drittenmal und mit großem Nachdruck mit diesem Vorschlag. Und sein Einfluß auf die britischen Minister war wirklich schon so groß geworden, daß sie ihm nachgaben und am 23. September der Flotte den Befehl erteilten trotz des Vertrages von 1841 nach Konstantinopel zu segeln. Den Einspruch Rußlands wies Lord Clarendon mit der Erklärung zurück, daß durch Gortschakoffs Einmarsch in die Donaufürstentümer der Friede längst

gebrochen, und nur für Friedenszeiten die Dardanellen durch den Vertrag von 1841 fremden Geschwadern verschlossen seien.

Für den Kaiser Napoleon war dieser Schritt Englands von großem ^{Frankreich} Werte; denn allein würde er ihn nicht gewagt haben, und doch lag ihm viel daran in den Augen der Franzosen eine möglichst thätige Rolle zu spielen. Die bloße Beteiligung an den Wiener Konferenzen, wo er einer unter viere war, genügte ihm überhaupt nicht, und er hatte deshalb bei jeder Gelegenheit sein engeres Einverständnis mit England bemerklich zu machen gesucht. Jedenfalls lag ihm an diesem mehr als an der Gemeinschaft mit den deutschen Mächten, die Nikolaus' Handlungsweise zwar auch mißbilligten, aber doch möglichst schonend vorzugehen wünschten. Besonders Preußen vertrat eine der russischen nicht so sehr fernstehende ^{Preußen.} Auffassung. Auch Friedrich Wilhelm IV. verwarf zwar, als gefährlich für den Bestand der Türkei, ein ausschließlich russisches Protektorat, aber ein gemeinsames Schutzrecht aller fünf Großmächte hielt er für sehr wohl zulässig. Sein bestimmter Antrag war deshalb darauf gerichtet einen solchen Sened, wie Rußland ihn für sich und die griechischen Christen allein verlangte, für alle Großmächte und alle Christen in der Türkei zu fordern; einem bloßen Firman schrieb auch er geringen Wert zu. Noch bedeutsamer war es, daß er jede direkte Hilfe, die dem Islam gegen Christen geleistet werde, für eine unchristliche Thorheit erklärte, für die Gottes Strafgericht nicht ausbleiben werde, und daß er, ganz folgerichtig, das Heil Preußens unter solchen Umständen in der unbedingtsten Neutralität suchte.

Zu einer Kriegsdrohung gegen Rußland wäre daher Preußen um diese Zeit schwerlich zu bewegen gewesen; aber man war in London überhaupt zweifelhaft, ob man sich auf die Haltung des Königs verlassen könne, und beschwerte sich bitter darüber, daß Herr von Wilbenbruch in Konstantinopel ohne den anderen Gesandten etwas davon mitzuteilen „unverschämt russische“ Vorschläge mache. Bei dieser Sachlage konnte es nicht ausbleiben, daß der kriegslustige Teil des Ministeriums, Palmerston an der Spitze, den Sieg über die Friedenspartei davon trug, ^{England.} und daß auch Aberdeen und seine Gesinnungsgenossen in das gemeinsame Vorgehen mit Frankreich, diesen „Inzest“, wie Friedrich Wilhelm es nannte, willigten. Und doch war die Hoffnung auf eine gütliche Schlichtung auch jetzt noch nicht aufgegeben; ja Nikolaus selbst schien sie lebhaft zu wünschen. Ob freilich im Ernst oder nur zum Schein? ob er nicht jetzt etwa sich friedfertig stelle, weil er vor dem Frühjahr nicht kriegsfertig sein könne? das waren Fragen, die einem vorsichtigen Beobachter sehr leicht kommen mußten. Er hatte bereits am 24. September eine Zusammenkunft mit dem Kaiser von Österreich in Olmütz und ^{Österreich.} weiterhin auch mit Friedrich Wilhelm IV. gehabt. In Olmütz war eine Erklärung der vier Mächte vereinbart worden, welche dem Sinne der Wiener Note entsprach und die Ansprüche der russischen Note vom 7. September in den Hintergrund schob. Damit war man auch in Berlin

sehr zufrieden, und die Westmächte verlangten nur, daß man jene Erklärung in eine türkische Note umwandle, nach deren Empfang Rußland sich zur Räumung der Fürstentümer verpflichten müsse. Diese Absichten wurden aber durch die Thatsachen überholt. Denn während Nikolaus den Großmächten noch am 31. Oktober anzeigte, daß er seinerseits nicht angreifen werde, überschritt Omer Pascha am 28. Oktober bei Widdin die Donau und verschanzte sich am linken Ufer in Kalafat. Am 4. November 1853 erfolgte die türkische Kriegserklärung.

Der Krimkrieg.

Beginn des
Krieges.

Seeschlacht
bei Sinope.

Große Ausdehnung gewannen die Feindseligkeiten allerdings den Winter hindurch noch nicht; doch erreichten die von den Türken auf der ganzen Flußlinie von Widdin bis Tschernawoda zahlreich ausgeführten Donauübergänge ihren Zweck die Russen zu belästigen vollkommen. Auch an der asiatischen Grenze gingen sie zuerst vor und nahmen dem Feinde das Fort Nikolaus: hier wie dort beschränkten sich die Russen auf die Verteidigung und erfüllten also das Versprechen vom 31. Oktober. Zur See verhielten sie sich anders. Gereizt durch die Anwesenheit der westmächtlichen Flotten im Bosporus, gab Nikolaus der seinigen Befehl von Sebastopol auszulassen und die Türken aus dem Schwarzen Meere zu vertreiben. Schon am 20. November fiel ein feindlicher Dampfer in ihre Gewalt und acht ihrer Schiffe erschienen auf der Rhede von Sinope, wo Osman Pascha mit der türkischen Flotte lag. Dem russischen Admiral Nachimoff stand ohne Zweifel das Recht zu seinen Gegner anzugreifen; auch die Note vom 31. Oktober konnte ihn nicht mehr daran hindern, seit die Türken zur Offensive übergegangen waren. Osman erwartete deshalb einen Angriff und bat, da er sich nicht stark genug fühlte, um die Entsendung der westmächtlichen Flotte nach Sinope. Allein Stratford verweigerte diesen Schritt, dessen unheilbare Wirkung er fürchtete, und verließ sich darauf, daß Nachimoff nicht angreifen würde. So verschuldete er es, daß am 30. November 1853 die türkische Flotte nach heldenmütigem Widerstande vernichtet, alle Schiffe bis auf eins zerstört, von der Besatzung 4000 getötet und die 400 Überlebenden fast alle verwundet wurden.

Kriegerische
Strömung in
England.

Palmerston.

Die Nachricht von diesem Ereignis war der letzte Tropfen, der die im englischen Volk schon lange regen Gelüste nach Krieg zum Überfließen brachte. Vergebens suchten sich Aberdeen und der Prinz-Gemahl dagegen zu stemmen. Die öffentliche Meinung forderte das Einlaufen der Flotten ins Schwarze Meer und die Vertreibung Nachimoffs aus demselben. Zu ihrem Dolmetsch machte sich im Kabinett Lord Palmerston, der französische Gesandte drängte in derselben Richtung. Als sich trotzdem die Mehrheit des Kabinetts gegen einen so entschiedenen Schritt aussprach, benutzte Palmerston die Vorlage einer von Lord John Russell ausgearbeiteten Reformbill um am 15. Dezember zurückzutreten; in der

Presse aber entfachte er einen heftigen Sturm gegen die Russenfreunde und insonderheit gegen den Prinzen Albert, der durch seine verfassungswidrige Einmischung die Königin beeinflusse. Dieser Bewegung vermochte Aberdeen nicht lange zu widerstehen, er gab den französischen Vorschlägen nach und berief Palmerston nach kaum acht Tagen wieder auf seinen Posten. Eine Note vom 24. Dezember machte in Petersburg die Mitteilung, daß jedes russische Kriegsschiff, das sich im Schwarzen Meere zeige, von den beiden Flotten nach Sebastopol zurückgewiesen werden solle, und am 4. Januar 1854 liefen die vereinigten Geschwader in den Cuxinus ein. Dadurch wurde Nikolaus' Zorn wieder zur hellsten Flamme angefacht, während er unter dem ersten Eindruck des Sieges von Sinope und der nachgiebigen Haltung Englands so sehr zum Einlenken geneigt gewesen war, daß nach Seymours Berichten seine Popularität dadurch schwer erschüttert wurde und sein Kanzler Nesselrode gar in den Verdacht geriet mit englischem Golde bestochen zu sein. Besonders entrüsteten sich die russischen Patrioten über die anscheinend vorhandene Neigung auf den von der Wiener Konferenz am 5. Dezember vorgeschlagenen Waffenstillstand einzugehen. Mochte Nikolaus wirklich bis dahin diesen Gedanken der Erwägung wert gehalten haben, mit dem Einlaufen der Flotten ins Schwarze Meer war er für ihn beseitigt und der Entschluß gefaßt die diplomatischen Beziehungen mit London und Paris abzubrechen. Der Krieg war unvermeidlich und von beiden Seiten wurde deshalb mit verdoppeltem Eifer um die Freundschaft der deutschen Mächte geworben.

Napoleon hatte schon im November darauf gedrungen, daß die Westmächte sich Klarheit über deren Stellung verschaffen sollten; aber da seine Annäherung in Wien und gar in Berlin nur eine kühle Aufnahme erhoffen durfte, so wünschte er England vorzuschicken. Der preussische Gesandte in London, Bunsen, war ein treuer Anhänger des Zusammenhaltens der vier Mächte und bei seinem Einfluß auf den König und der Vorliebe, welche dieser für Lord Aberdeen hatte, durfte man wohl auf eine erwünschte Wendung hoffen. Wirklich traf Mitte Dezember ein freidenkender preussischer Staatsmann, der Graf Pourtalès, in besonderer Sendung in London ein und suchte zu erforschen, ob man als Gegenleistung für Preußens Unterstützung diesem freie Hand in Deutschland lassen würde, nicht zur Verschluckung der kleineren Staaten, sondern zur Wiederaufnahme der Unionsbestrebungen. Die Hauptpunkte seines Programmes waren: Übertragung des Oberbefehls im Kriege an Preußen, Errichtung eines beständigen Ministerkongresses (Bundesrates) und neben demselben einer Vertretung der Kammern, welcher die Geldbewilligung für Militärzwecke obliegen sollte. Diese Forderungen fanden gerade keine begeisterte Aufnahme bei Aberdeen, dem treuen Freunde Oesterreichs, allein sie wurden doch zugestanden. Leider enthielten sie aber viel mehr das Programm der Pourtalès und Bunsen als Manteuffels oder des Königs selbst. Dieser hatte sich vielmehr mit der ganzen Zähigkeit seines

Drohungen in Petersburg.

Bruch mit Rußland.

Die Russenfeinde in Preußen.

Der König.

frankhaften Gemütes darauf gesteht, daß ihm als Preis für seine Dienste die Zurückgabe Neuenburgs, „seines lieben, treuen, unter die Füße der Gottlosen getretenen Ländchens am Jura“, zugesichert werde, und er verstieg sich in seinem Eifer bis zu der Behauptung, daß kein preussischer König ohne die Erfüllung dieser Bedingung zu Diensten bereit sein werde. Da nun andererseits das britische Kabinett erklärte, kein englischer Minister könne die Verantwortlichkeit für solche Zusage übernehmen, so zerbrachen sich die Verhandlungen vollständig, und der förmliche Antrag der Westmächte gemeinsam mit ihnen und Oesterreich den Frieden zu erhalten oder zu erzwingen wurde Anfang Januar kurzerhand abgelehnt. Friedrich Wilhelm glaubte schon sehr weit in der Rücksichtnahme auf die Westmächte gegangen zu sein, wenn er ein Neutralitätsbündnis mit Oesterreich, zu dem ihn Nikolaus am 31. Dezember durch den Baron Budberg einladen ließ, gleichfalls verweigerte, und eine Neutralität, die weder unentschieden noch schwankend sondern souverän sein sollte, auf eigene Hand zu beobachten entschlossen war. In vertrauten Briefen aber machte er kein Hehl daraus, daß diese Neutralität sich in ein Bündnis mit Rußland „auf Leben und Tod“ verwandeln werde, sobald Frankreich die Revolution als seinen Alliierten loszulassen beginne.

Preussische
Neutralität.

Revolutio-
näre Pläne
Napoleons
und Palmer-
stons.

Dieser Vorbehalt bezog sich auf die weitgehenden Pläne, die Napoleon und mit ihm Palmerston schon damals gelegentlich durchblicken ließen. Sie waren der Ansicht, daß es sich bei dem Streite kaum noch um die Türkei, sondern vor allem darum handle Rußland gründlich zu schwächen. Das nächste schien ihnen die Donaufürstentümer mit Oesterreich zu vereinigen, wofür dieses die Pforte mit einer Million Pfund Sterling für den Tribut, den sie verliere, entschädigen und außerdem die Lombardei an Sardinien abtreten sollte; Frankreich würde sodann Savoyen erhalten haben. Dieser Plan, den Palmerston schon Anfang November seinen Kollegen entwickelte, erweiterte sich später noch bedeutend; Finland wurde für Schweden, Bessarabien und die russischen Sübprovinzen am Schwarzen Meer für Oesterreich bestimmt, das dagegen Preußen in Deutschland Raum machen sollte; auch die Wiederherstellung Polens fehlte natürlich nicht unter diesen „hirnverbrannten Albernheiten“, wie der Prinz-Gemahl sich ausdrückte. Für den sehr denkbaren Fall aber, daß Franz Josef solchen Vorschlägen seine Zustimmung versage und sich wohl gar mit Rußland vereinige, hatte man eine Revolutionierung Italiens und Ungarns ins Auge gefaßt. Dieser Gedanke erregte Friedrich Wilhelms lebhaftesten Abscheu und ihm gegenüber war auch er zum Bündnis mit Rußland entschlossen.

Die österrei-
chische Politik.

In Wien befand man sich unzweifelhaft in einer sehr unbehaglichen Lage. Es fehlte nicht an Freunden der Idee mit Rußland eine Teilung der Türkei zu vereinbaren; schon 1850 hatte Prokesch-Osten die Annexion von Serbien, Bosnien, Albanien und Makedonien empfohlen, wogegen dann Rußland selbst der Bosphorus preisgegeben wurde; auch jetzt befürwortete sogar ein Mann wie Kardinal Rauscher diese Vergrößerungs-

politik, die mit großen Zugeständnissen an die Ungarn Hand in Hand gehen sollte. Aber die Leitung des Staates ruhte nicht mehr in den Händen eines Schwarzenberg; Graf Buol wünschte wenn irgend möglich den Frieden und die Erhaltung des Bestehenden. Ein enges Verhältnis zu dem Berliner Hofe war bei solchen Absichten von größter Wichtigkeit, und wenn Buol auch nicht daran dachte es durch Gegenleistungen zu erkaufen, so konnte er doch auf die grundsätzliche Zustimmung Friedrich Wilhelms rechnen, wie das bei jeder der wiederholten Begegnungen der Monarchen zu Tage trat. Dagegen war des Zaren Antrag unter seiner Vermittelung ein Neutralitätsbündnis mit Preußen zu schließen auch für Österreich ganz unannehmbar; denn das hätte einen Bruch mit den Westmächten bedeutet. Es war deshalb umsonst, daß Nikolaus im Januar 1854 seinen vertrautesten Freund Orloff an den Kaiser von Österreich sandte, während Budberg in Berlin für das gleiche Ziel wirkte. Hier wie dort wollte man sich auf nichts einlassen, ja der stolzen Erklärung Orloffs, daß sein Herr sich nicht verpflichten könne auf jede Vergrößerung an der Donau zu verzichten, ließ Franz Josef die feste Antwort folgen, daß dann auch Österreich sich die volle Freiheit seines Handelns wahren müsse. Wohl aber bezeugte Buol seine russenfreundliche Gesinnung dadurch, daß er auf die Ablehnung der Petersburger Anträge zum großen Arger des englischen Ministeriums noch Gegenanträge folgen ließ, obgleich Orloff die Weisung hatte auf einem einfachen Ja oder Nein zu bestehen. Auch milderte er Nikolaus' Entrüstung dadurch nicht; eine Statuette des österreichischen Kaisers, die der Zar in seinem Zimmer stehen hatte, fand man, als er Orloffs Depesche gelesen, zertrümmert an einer Säule liegen. Es war eine Zeit der bittersten Enttäuschungen für den stolzen Gewaltthaber; aber wenn ihn der schlechte Gang des Donaufeldzuges kränkte, wenn ihn das Einlaufen der Flotten ins Schwarze Meer beleidigte, wenn ihn Preußens unentschlossene und Englands kriegerische Politik verdroß, so war der Undank, durch den Österreich die Welt in Erstaunen setzte, doch der schwerste Kummer und die ernstlichste Gefahr, die ihn heimsuchte. Seinem herrischen und unbeugsamen Geiste wurde ein Einlenken dadurch nur um so unmöglicher; er war zum Bruche mit den Westmächten entschlossen; Anfang Februar 1854 wurden die gegenseitigen Gesandten abberufen und ein Brief Napoleons, der am 29. Januar 1854 noch einmal persönliche Verhandlungen zwischen den Herrschern anzuknüpfen suchte, wurde mit einem kriegerischen Schreiben erwidert. Durch identische Noten forderten die Westmächte endlich, von Österreich unterstützt, am 27. Februar die Räumung der Donaufürstentümer bis zum 30. April, und da Kesselrode darauf erklärte, der Zar halte es nicht für angemessen dieses Ultimatum zu beantworten, erfolgte am 27. März in London und Paris die Kriegserklärung. Mit der Türkei war schon vorher am 12. März ein Bündnis zum Abschluß gekommen. England und Frankreich verpflichteten sich darin außer ihrer Flotte auch ein Landheer dem Sultan zur Hilfe zu

Der Zar.

Westmäch-
tlich-türkisches
Bündnis.

schicken, bedangen sich aber vollkommene Freiheit für ihre kriegerischen Bewegungen aus; alle Teile verzichteten auf den Abschluß eines Sonderfriedens mit Rußland, und die Westmächte versprachen überdies vierzig Tage nach der Wiederherstellung des Friedens ihre Truppen vom türkischen Gebiete zurückzuziehen. Unter sich schlossen sie dann noch ein besonderes Bündnis, das am 10. April 1854 in Paris unterzeichnet wurde. Zweck desselben sollte die Sicherung der Türkei gegen die Wiederkehr unbilliger Ansprüche Rußlands und die Erhaltung des europäischen Gleichgewichts sein; von der Verfolgung eigensüchtiger Zwecke versprachen beide Teile abzustehen; andere Mächte sollten zum Beitritt eingeladen werden.

Französisch-
englisches
Bündnis.

Deutschland.

Unter diesen anderen Mächten verstand man einerseits Schweden, das man durch die Erwerbung Finlands und der Ålandsinseln zu gewinnen suchte, vor allem aber doch die beiden deutschen Großmächte. Die öffentliche Meinung in Deutschland war überwiegend russenfeindlich und gab sich in Zeitungen und Broschüren vernehmlich kund; die Anhänger des Zaren traten mit ihrer Thätigkeit viel weniger an das Tageslicht. Dafür waren sie unter der Hand am Berliner Hof und bei den mittelstaatlichen Regierungen um so geschäftiger. In Stuttgart, Darmstadt und anderer Orten fand freilich der Druck der verwandtschaftlichen Beziehungen ein starkes Gegengewicht an der Besorgnis vor Frankreich. Für Bayern aber kam noch ein besonderes Interesse in Frage.

Bayern und
Griechenland.

Der Arta-
aufstand.

Russische Hezereien hatten unter den christlichen Unterthanen des Sultans am Busen von Arta, also an der Nordgrenze Griechenlands, einen Aufstand zuwege gebracht, der von der griechischen Regierung unterstützt wurde. Gemeinsam mit den Westmächten forderte die Türkei Genugthuung dafür und Abstellung ihrer Beschwerden; Griechenland aber fügte sich erst, als am 26. Mai 1854 ein verbündetes Geschwader Truppen im Piräus ausschiffte und dadurch jeden Widerstand brach. Eine solche Bedrohung der hellenischen Selbständigkeit erschien in München als eine dem bayerischen Königshause zugefügte Unbill, die man, solange sie noch nicht vollzogen war, zu hindern und nachher durch verstärkte Hingabe an Rußland zu rächen suchte. Aber was konnten die Mittelstaaten ausrichten, wenn Oesterreich und Preußen einig waren? Und diese Einigkeit wurde, wennschon mit großer Mühe, vorderhand noch aufrecht erhalten, selbst dann noch, als in Berlin die Russenfreunde siegten. Der kritische Augenblick wurde durch den Vorschlag Oesterreichs herbeigeführt, das westmächtl. Ultimatum durch einen Vertrag der vier Mächte zu unterstützen, in dem sie die Integrität der Türkei und die Gleichberechtigung der Religionsbekenntnisse verbürgen sollten. Selbst Manteuffel, mehr noch Bonin, Bunsen, Pourtalès waren für die Unterzeichnung des Entwurfes; auch der Prinz von Preußen riet seinem Bruder dringend zu. Aber der König fürchtete dadurch zu weit fortgerissen zu werden, und nicht die russische Hofpartei allein bestärkte ihn darin, sondern auch Herr von Bismarck, der in diesen Monaten öfter nach Berlin berufen wurde um die Depeschen im Sinne des Königs zu

Niederlage der
Russenfeinde
in Berlin.

bearbeiten und der nicht geneigt war „Preußen wie einen Heshund in einen ihm fremden Krieg treiben zu lassen“, warnte vor jedem Schritt, der Preußens Stellung zu Rußland verderben könne. So wurde denn der Zutritt zu jenem Vertragsentwurf vom Könige am 4. März verweigert und der Fürst von Hohenzollern nach Paris, der General von der Gröben nach London gesandt um die preußische Politik zu rechtfertigen. Natürlich nützte das gar nichts. Napoleon suchte wohl durch die Versicherung, er wünsche Preußen eine bessere Arrondierung, den König zu ködern; aber er drohte auch schon damit, daß er durch Nichtsthun seinen Einfluß beim Friedensschluß verlieren werde, und ganz ähnlich schrieb die Königin Victoria zurück: wenn Preußen darauf verzichte das Recht in Europa zu schützen, so verzichte es auf seine Großmachtsstellung. Inzwischen hatte Bunsen sein gutes Verhältnis zu seinem königlichen Freunde dadurch völlig verdorben, daß er den Plan, Rußland zu Gebietsabtretungen zu zwingen, befürwortete. Seine Denkschrift wurde sofort dem russischen Gesandten in Berlin verraten und der König bewog ihn einen mehrwöchentlichen Urlaub zu erteilen, ja als Bunsen diesen nicht antreten wollte, ihn abzurufen. Auf diesen ersten Erfolg der Gerlach und Genossen folgte alsbald ein zweiter. Der Kriegsminister Bonin hatte in einer Kommission des Abgeordnetenhauses geäußert: gegen ein Bündnis mit Rußland brauche man sich nicht zu verwahren; es gebe Dinge, die man gar nicht als möglich voraussetzen dürfe; so habe Solon in Athen keine Strafe für den Vaternord bestimmen wollen. Der König erklärte ihm darauf, ihre politischen Ideen seien zu verschieden, als daß sie länger zusammenarbeiten könnten, und entließ ihn. Niemand empfand diese Wendung bitterer als der Prinz von Preußen. Er reiste sofort „aus Gesundheitsrücksichten“ von Berlin nach Baden ab, und mit Recht konnte die Königin Victoria dem preußischen Monarchen vorhalten, ob das wohl eine richtige Politik sei, die einen liebenden Bruder, einen edlen, durch und durch ritterlichen Prinzen zu einem solchen Schritte veranlaßt habe. In der That hielt denn auch der König auf der betretenen Bahn, die ihn ganz in Abhängigkeit von Rußland bringen mußte, inne. Manteuffel, der das Heft in den Händen behielt, schloß sich vielmehr wieder enger an Oesterreich an und suchte durch dessen Vermittelung Fühlung mit den Westmächten zu behalten und den Zaren zum Nachgeben zu drängen. Noch im März erklärte er in der zweiten Kammer, daß Preußens Beistand dem deutschen Staate nicht fehlen werde, der sich durch seine geographische Lage etwa genötigt sehe zuerst das Schwert zur Verteidigung deutscher Interessen zu ziehen. Doch widersetzte er sich, von Bismarck erfolgreich unterstützt, dem Versuche Oesterreichs den Bund zu einer russenfeindlichen Politik zu bestimmen; der dahinzielenden Aufforderung Buols vom 14. März trat der preußische Gesandte an der Spitze der Mehrheit entgegen — das einzige Mal, wie Bismarck später äußerte, wo diese Gruppierung sich herausbildete.

Wiener Pro-
tokoll vom
9. April.

Österreichisch-
preussisches
Bündnis.

Die Bamberg-
ger Konferenz.

Österreichisch-
türkischer Ver-
trag.

Dagegen schloß sich auch Preußen am 9. April einem neuen Wiener Protokoll an, in welchem die vier Mächte erklärten, daß sie trotz der Verschiedenheit, die in ihrer Stellung durch die westmächtlige Kriegserklärung eingetreten sei, doch einmütig bei ihren Forderungen vom 5. Dezember 1853 verharren, daß sie die Unversehrtheit des türkischen Gebietes, insonderheit also die Räumung der Donaufürstentümer, die ungeschmälerte Souveränität des Sultans auch seinen christlichen Unterthanen gegenüber und die gesicherte Stellung der Pforte im Kreise der europäischen Regierungen nicht preisgeben würden. Gleichzeitig erschien der österreichische General von Hess in Berlin um ein weiteres gemeinsames Vorgehen gegen Rußland zu vereinbaren. Manteuffel machte zwar Schwierigkeiten und Zögerungen genug, verlängerte aber am 20. April wirklich für die Dauer des begonnenen Krieges das dem Ablauf nahe Schutz- und Trutzbündnis vom Mai 1851, durch welches beide Staaten sich ihren vollen Länderbestand verbürgten. Ein Zusatzvertrag vom 28. April bestimmte, daß Österreich die Räumung der Donaufürstentümer, die Preußen am 8. in Petersburg von neuem empfohlen hatte, jetzt seinerseits fordern solle, und daß wenn es darüber in Krieg mit Rußland gerate, Preußen ihm beistehen müsse; sollte Nikolaus aber gar die Fürstentümer einverleiben oder sein Heer über den Balkan schicken, so würden beide deutsche Mächte ihrerseits zum Angriff schreiten.

Den Mittelstaaten gingen diese Verabredungen schon viel zu weit. Aufgefordert dem Bündnis beizutreten, hielten sie am 25. Mai eine Konferenz in Bamberg ab um zu verabreden, wie sie die Rolle des Hemmschuhs, die Preußen aufgegeben zu haben schien, mit besserem Erfolge spielen könnten. Sie einigten sich darüber, daß nicht die einzelnen Staaten, sondern der Bund als solcher dem Vertrage vom 20./28. April beitreten müsse, daß nicht Rußland allein, sondern auch die Westmächte aufzufordern seien ihre Streitkräfte aus der Türkei zurückzuziehen, daß dem Bunde und nicht den beiden Großmächten die Entscheidung zukomme, wann eine thätige Beteiligung am Kriege Platz zu greifen habe und daß endlich der Bund auch auf dem künftigen Friedenskongresse vertreten sein müsse um die Interessen Deutschlands, d. h. die freie Schifffahrt auf der Donau, den Schutz der Christen in der Türkei und die Unabhängigkeit Griechenlands, zu wahren. Von allen diesen Bedingungen wurde schließlich doch nur die erste festgehalten und nachdem die beiden Großmächte ihr Bündnis am 20. Juni in Frankfurt mitgeteilt hatten, gegen die Stimme Mecklenburgs am 24. Juni 1854 der Beitritt beschlossen.

Es geschah das zum Teil unter dem Druck einer Zusammenkunft, die Franz Josef und Friedrich Wilhelm am 8. Juni in Tetschen gehabt hatten, zum Teil aber auch in Folge einer unverhofft friedlichen Gestaltung der Dinge. Rußland fühlte sich durch den österreichisch-preussischen Vertrag ernstlich bedroht, umsomehr als die Türkei am 14. Juni Österreich das Recht erteilte in die Fürstentümer einzurücken. Hätten

die russischen Waffen an der Donau nennenswerte Erfolge aufzuweisen gehabt, so würde der Zar vielleicht selbst einem österreichischen Angriffe Trotz geboten haben; nach Lage der Dinge war das aber kaum möglich. In den ersten Monaten des Jahres hatte Gortschakoff sich vergeblich bemüht die Türken aus Kalafat zu vertreiben; nur Dschurdschewo zu nehmen war ihm im Februar 1854 gelungen. Paszkiewitsch, der ihn Mitte April im Oberbefehl ablöste, hatte dann gar die ganze kleine Walachei (bis zur Muta) geräumt und sich mit allen Kräften auf das starke Silistria geworfen. Fast zwei Monate lag er vor der Stadt, die von Mussa Pascha und dem Preußen Grach vortrefflich verteidigt wurde; als er aber bei einem mißglückten Sturm am 9. Juni selbst verwundet wurde und den Oberbefehl wieder an Gortschakoff abgeben mußte, als dieser vier Tage später durch den Ausfall der Besatzung und den gleichzeitigen Angriff Omer Paschas schwere Verluste erlitt und obendrein gerade jetzt der österreichisch-türkische Vertrag vom 14. Juni geschlossen wurde, da mußte die Belagerung aufgehoben werden, nachdem sie den Russen bereits 12 000 Mann gekostet hatte, und das Heer trat am 21. den Rückzug auf das nördliche Donauufer an. Acht Tage später erklärte sich Graf Nesselrode bereit das Wiener Protokoll vom 9. April als Friedensgrundlage anzuerkennen, wenn Osterreich den Abzug der alliirten Truppen vom türkischen Gebiete verbürgen könne. Diese waren im Mai etwa 50 000 Mann stark, aber schlecht ausgerüstet, in Gallipoli gelandet, die Franzosen von Saint-Arnaud, die Engländer von Lord Raglan geführt, einem alten Waffengefährten Wellingtons und Invaliden von Waterloo. Bei Gallipoli war die Landung erfolgt, weil man die Überschreitung des Balkans durch die Russen fürchtete und ihnen bei dem Marsch auf Konstantinopel in die Flanke zu fallen gedachte. Bald erkannte man, daß diese Vorsorge gänzlich überflüssig sei, und schiffte sich wieder ein um bei Barna im Norden der Balkanlinie zu landen. Auch hier war man keineswegs vor dem Feinde, da die Russen eben jetzt die Belagerung von Silistria aufhoben. Nur in der Dobrudscha, zwischen Donau und Meer, standen noch russische Truppen, die im März bei Galatz über den Fluß gekommen und bis Röstendsche vorgezogen waren. Da auch sie bereits im Rückzuge begriffen waren, so mußte man sich beeilen, wenn man sie noch fassen wollte. St.-Arnaud entsandte deshalb am 24. Juli Espinasse mit 10 000 Mann um ihnen nachzusetzen und eine Schlappe zu sühnen, die sie den Türken bei Tschernawoda beigebracht hatten. Allein es war zu spät dazu. Espinasse konnte den Feind nicht mehr einholen und würde seine Truppen unverfehrt zurückgebracht haben, wenn nicht die Cholera, die auch im Lager von Barna furchtbare Opfer forderte, sein Heer in den Sümpfen und Steppen der Dobrudscha so heftig angefallen hätte, daß von den 10 000 Mann am 10. August nur 4500 zurückkehrten. Ein längerer Aufenthalt in diesem ungesunden Klima drohte das ganze Heer aufzureiben; er war überdies zwecklos, weil die Russen mittlerweile nach

Militärische Lage an der Donau.

Belagerung von Silistria.

Landung der Verbündeten in Gallipoli.

in Barna.

Franzosen in der Dobrudscha.

Rückzug der
Russen über
den Pruth.

einer neuen Niederlage bei Dschurdschewo auch über den Pruth gegangen waren und die Donaufürstentümer der österreichisch-türkischen Armee offenstanden. Wäre der Zweck des Krieges nur der gewesen das Protokoll vom 9. April durchzusetzen, so hätten die Westmächte die triftigsten Gründe gehabt ihre Truppen, wie Rußland forderte, vom türkischen Gebiete zurückzuziehen.

Die vier For-
derungen der
Westmächte.

Sprengung
der Wiener
Konferenz.

Preußens und
des Bundes
Zutritt zu den
vier Punkten.

Aber nachdem es einmal soweit gekommen war, wollten sie auch ihr Hauptziel erreichen und Rußlands Übergewicht auf lange hinaus brechen. Oesterreich war daher nicht in der Lage die von Rußland geforderte Bürgschaft für die Räumung zu übernehmen; es empfahl zwar die Nesselrodesche Note vom 29. Juni in Paris und London, erhielt aber am 22. Juli die Antwort, daß die Westmächte vier Punkte als unerläßliche Bedingungen des Friedens aufstellen mußten: die Aufhebung des russischen Schutzrechtes in den Donaufürstentümern und Serbien, die Freiheit der Donauschiffahrt, die Beseitigung des russischen Übergewichts im Schwarzen Meere und jeder Schirmherrschaft einer einzelnen Macht über die christlichen Unterthanen der Pforte. Nach längeren Verhandlungen in Wien trat Oesterreich diesen Forderungen am 10. August bei, während der preußische König zwar auch diese neue Grundlage in Petersburg befürwortete und in einem eigenhändigen Schreiben dem Zaren mittheilte, daß er bei einem russischen Angriffe Oesterreich zu helfen verpflichtet sei, aber zugleich doch auch in den übrigen Hauptstädten am 6. September erklären ließ, daß er an keinen Zwangsmaßregeln teilnehmen werde und durch die Räumung der Donaufürstentümer den Zusatzvertrag vom 28. April für erledigt erachte. Dadurch war die Einigkeit der vier Mächte, welche die Wiener Konferenz bildeten, gesprengt und weitere Sitzungen derselben fanden nicht statt. In Berlin aber geriet man in eine höchst unbehagliche Lage. Entschieden zu Rußland überzutreten wäre in der That, wie Bonin gesagt hatte, unmöglich gewesen; Oesterreich lenkte immer kräftiger in das Fahrwasser der Westmächte ein und suchte, von Frankreich unterstützt, den deutschen Bund sich nachzuziehen; Preußens Vereinsamung wurde äußerst peinlich. Nach langen Kämpfen entschloß man sich also wieder engere Fühlung mit Oesterreich zu nehmen. Manteuffel gestand am 30. Oktober zu, daß die vier Punkte von den deutschen Großmächten nochmals in Petersburg empfohlen werden und wenn Rußland sie abermals verwerfe, die Stellung Oesterreichs in den Fürstentümern unter den Schutz des Bündnisses vom 20. April fallen solle; und obgleich Oesterreich darüber hinaus sich das Recht wahrte aus der Verteidigung zum Angriff überzugehen und nicht allein den Westmächten, sondern auch sich selbst die Freiheit vorbehielt neue Bedingungen außer den vier Punkten zu stellen, so verpflichtete sich Preußen doch am 26. November durch einen neuen Zusatzvertrag zum Schutze der österreichischen Stellung an der Donau und zur Durchführung der vier Punkte, und auch der Bund trat dem am 9. Dezember bei. Hatte sich Preußen so wieder einen Schritt weiter

ziehen und als Drücker gegen Rußland verwenden lassen, so war der nächste Erfolg doch, wie man ihn in Berlin gehofft: am 28. November 1854 erklärte Rußland, daß es die vier Punkte als Grundlage der Verhandlungen annehmen wolle. Gleich darauf aber zeigte sich, was Österreich mit seinen Vorbehalten gemeint hatte. Ohne Preußen darüber zu verständigen und ohne Rücksicht auf Rußlands erneute Nachgiebigkeit schloß es am 2. Dezember mit den Westmächten ein Bündnis, durch das es auf ein Sonderabkommen mit Rußland verzichtete und für den Friedensschluß weitere Bedingungen über die vier Punkte hinaus vorbehielt; den Westmächten sollte der Einmarsch in die Donaufürstentümer gestattet sein und wenn am Schluß des Jahres der Friede noch nicht gesichert sei, eine neue Vereinbarung über die ferneren Maßregeln stattfinden; würde Österreich dann am Kriege teilnehmen, so solle ein Schutz- und Trutzbündnis geschlossen werden; Preußen wurde der Zutritt zu diesem Verträge offen gehalten.

Osterreichisch-
westmäch-
liches Bündnis.

Wohl hatte man in Berlin ein Recht, über diese geringschätzigige Behandlung erzürnt zu sein und darin eine Mißachtung der preußischen Großmachtsstellung zu erkennen; aber als Manteuffel diesem Verdruß amtlichen Ausdruck gab, erhielt er von Frankreich die spöttische Antwort, die Rechte einer Großmachtsstellung, die man Preußen nicht bestreiten wolle, seien mit der Erfüllung ihrer Pflichten untrennbar verknüpft; wer den Ereignissen des Tages fern bleibe, könne nicht an ihrer Erledigung teilnehmen. Nun bemühte sich der König freilich die verlorene Fühlung mit den Westmächten wiederherzustellen; der einfache Zutritt zu dem Verträge vom 2. Dezember schien ihm aber Preußens unwürdig; er wollte vielmehr selbständig einen analogen Vertrag mit jenen schließen und schickte deshalb Usedom nach London und den General von Wedell nach Paris. Weder die ständigen Gesandten an diesen Orten noch Manteuffel waren damit einverstanden und erschwerten die Ausführung des Planes nach Kräften; die völlige Vereitelung war aber schließlich doch wieder das Werk der russischen Partei, die den König abermals umzustimmen wußte. Österreich hatte inzwischen die Kühnheit von Preußen die Aufstellung von 200 000 Mann bei Breslau und Posen zu fordern, weil es durch die Rüstungen Rußlands bedroht werde; auch lud es die Bundesstaaten, welche seinen Standpunkt teilten, am 14. Januar 1855 insgeheim ein ihre Truppen für den Kriegsfall unter österreichischen Oberbefehl zu stellen und setzte am 8. Februar in Frankfurt zwar nicht die geforderte Mobilmachung, wohl aber die Kriegsbereitschaft des Bundesheeres durch. Viel erreicht war damit allerdings nicht; denn Preußen, das für sich selbst die Aufstellung jener 200 000 Mann unbedingt ablehnte, setzte dabei eine Motivierung durch, durch welche die Kriegsbereitschaft nicht als gegen Rußland gerichtet, sondern als nach allen Richtungen hin verwendbar erschien, was bei den damals auftauchenden Forderungen eines französischen Durchmarsches durch Süddeutschland von großer Bedeutung war. Das rief denn

Mißachtung
Preußens.

Kriegsbereit-
schaft des Bun-
desheeres.

Sardiniens
Bündnis mit
den West-
mächten.

freilich den lebhaften Einspruch Österreichs und Frankreichs hervor und erbitterte sie noch mehr gegen Preußen; aber dieses beharrte auf seiner Ansicht und erfreute sich dabei der Zustimmung fast aller Mittelstaaten. Mißlang es also zu Österreichs großem Kummer Preußen und Deutschland ins Schlepptau zu nehmen, so war es fast noch bedenklicher, daß dafür Sardinien sich dem westmächtlichen Bündnis anschloß. Ein unmittelbares Interesse hatte der italienische Mittelstaat an dem türkischen Streite gewiß nicht; aber jede Verwicklung, die Österreich berührte, mußte seine Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen und ihn zu Vorsichtsmaßregeln veranlassen. Der Gedanke sich an dem Kriege gegen Rußland zu beteiligen hatte Cavour das ganze Jahr hindurch beschäftigt. England wünschte es in hohem Maße, weil es das Mißverhältnis seiner eigenen Landmacht zu der französischen durch den Eintritt eines dritten Verbündeten abzuschwächen hoffte; es dachte sich die Sardinier freilich mehr als englische Hilfstruppe wie als gleichberechtigte Bundesgenossen. Auch Napoleon war dem Plane sehr zugethan; doch lag für ihn der Hauptwert darin, daß die Einschiffung der sardinischen Armee nach dem Oriente Österreich vor einem Angriff in der Lombardei sicherstellte und dadurch das Hauptbedenken, das man in Wien der Teilnahme am Kriege entgegenhielt, beseitigte. Für Cavour konnte es freilich nicht sehr verlockend sein gemeinsam mit Österreich zu kämpfen; denn die Hoffnung auf unmittelbaren Gewinn ging dabei verloren. Aber einerseits schützte doch die Teilnahme Österreichs am Kriege auch Sardinien vor einem Angriff, andererseits konnte die europäische Verwicklung sehr leicht ungeahnte Dimensionen annehmen, und in diesem Fall war es für den kleinen Staat von größter Wichtigkeit am Tage der Abwicklung nicht vor der Thür, sondern mit im Beratungssale zu stehen. Als daher nach dem Vertrage vom 2. Dezember 1854 Österreichs Beitritt zu der westmächtlichen Allianz zweifellos zu sein schien und nun von London und Paris die erneute Aufforderung zum Anschluß auch an Sardinien erging, war Cavour und mit ihm der König entschlossen nicht mehr zu zaudern. Die weitverbreitete Abneigung gegen ein Zusammengehen mit Österreich war zum Teil schon vorher von ihnen erfolgreich bekämpft; Alfons Lamarmora, der Kriegsminister, hatte seine gewichtigen Bedenken fallen lassen; andere, wie der Minister des Auswärtigen, Dabormida, zogen sich wenigstens auf die Forderung zurück, daß Österreich einen Schritt der Annäherung thue und die Güter der flüchtigen Lombarden freigebe, welche es nach einem leichtsinnigen Aufstandsversuche in Mailand am 13. Februar 1853 mit Beschlag belegt hatte. Cavour war von Anfang an sehr nachdrücklich zu Gunsten dieser Flüchtlinge eingetreten, aber seine Verwendung blieb, obgleich von Frankreich und England unterstützt, ohne Erfolg, und die lebhaften diplomatischen Erörterungen, die sich daran knüpften, hatten endlich zur Abberufung der beiderseitigen Gesandten aus Wien und Turin geführt. Jetzt einen Versuch zu machen durch die Westmächte die Aufhebung des Sequesters als Preis des

sardinischen Bündnisses zu erlangen konnte Cavour nicht abschlagen; auch wünschte er das bestimmte Versprechen zu erhalten, daß bei den Friedensverhandlungen der Zustand Italiens in Betracht gezogen werden solle. Aber in London und Paris wollte man auf keine Bedingungen eingehen, die Österreichs Haltung nachtheilig beeinflussen konnten, und so ließ Cavour sie umsomehr fallen, als einige der angesehensten Flüchtlinge ausdrücklich baten den Vertrag nicht daran scheitern zu lassen. Dabormida aber konnte sich zu diesem Verzicht nicht entschließen und legte am 10. Januar 1855 sein Amt nieder, worauf Cavour als Minister des Auswärtigen an demselben Tage den Bündnisvertrag mit dem Herzog von Gramont und Sir James Hudson abschloß. Er verpflichtete sich ein Heer von 15 000 Mann aufzustellen, das von einem sardinischen General geführt, aber auf englische Kosten nach dem Kriegsschauplatz gebracht werden sollte; Hilfgelder bedang er sich nicht aus, obgleich viele das wünschten; er wollte die Sardinier nicht in das schlechte Licht eines Söldnerheeres stellen; dagegen leistete England die Gewähr für eine dreiprozentige Anleihe von einer Million Pfund, deren Sardinien nicht entraten konnte. Die Verhandlungen in den Kammern begannen am 3. Februar, und obgleich Ultramontane und Radikale sich gegen den Vertrag verbündeten, trug er doch in beiden Häusern eine Mehrheit von 30 bis 40 Stimmen davon; alle Nationalgesinnten jubelten über diesen Schritt, und auch die freisinnigen preußischen Staatsmänner freuten sich des „Pistolenschusses“, der hart an Österreichs Ohren vorbeigegangen war.

Der Vertrag
vom 10. Ja-
nuar 1855.

Der Kriegsschauplatz, nach dem die sardinischen Truppen am 21. April unter Lamarmoras Führung eingeschifft wurden, war die Krim. Seit sieben Monaten lagerte dort bereits das Heer der Verbündeten um die gewaltige Seefeste Sebastopol zu bezwingen. Als der Kriegsrat in Warna am 21. Juli 1854 auf Antrieb Napoleons die Landung auf der taurischen Halbinsel beschloß, hegte man die Hoffnung den wichtigen Waffenplatz durch einen Handstreich zu gewinnen; niemand besorgte, daß dies Unternehmen ein volles Jahr und die größten Opfer erfordern werde. Am 5. September begann die Einschiffung, vierzehn Tage später waren 58 000 Mann bei Eupatoria gelandet. Den Oberbefehl über die Russen in Sebastopol führte Fürst Menschikoff; er verhinderte die von der starken feindlichen Flotte gedeckte Ausschiffung nicht, sondern beschloß den Vormarsch, der durch mehrere von Ost nach West strömende Flüsse erschwert wurde, zu vereiteln. An dem nördlichsten derselben, der Alma, kam es am 20. September 1854 zur Schlacht, in der die Verbündeten dank ihrer überlegenen Bewaffnung und einer geschickten Umgehung, die General Bosquet leitete, nach heißem Kampfe siegten. Menschikoff zog sich in das Innere der Halbinsel zurück und begnügte sich unter Preisgebung der folgenden Flußlinien den Vormarsch der Verbündeten in der Flanke zu bedrohen. Um nicht auch im Rücken durch anmarschierende russische Heere gefährdet zu werden beschlossen

Landung in
der Krim.

Schlacht an
der Alma.

diese sich südlich von Sebastopol bei Balaklawa und der westwärts da-
 von gelegenen Kamieschbucht zu lagern. Sebastopol liegt an einem
 3/4 Meilen tief östlich ins Land einschneidenden Meerbusen, der in der
 Mitte eine gleichfalls weit eindringende Bucht nach Süden entsendet.
 Diese bildete den Kriegshafen, zwischen dessen westlicher Seite und der
 Südküste des Hauptbusens die eigentliche Stadt lag, während sich an
 dem östlichen Ufer die Schiffervorstadt (Karabelnaja) und an dem Nord-
 rande des Hauptbusens die Vorstadt Severnaja ausdehnte. Von der
 Seeseite her anzugreifen wurde den Verbündeten dadurch unmöglich ge-
 macht, daß die Russen am 23. September die Einfahrt in den Busen,
 welche die beiden Forts, Konstantin im Norden, Alexander im Süden,
 deckten, durch Versenkung ihrer Flotte vollständig sperrten. Auch die
 Severnaja kam unter diesen Umständen für den Angriff nicht in Betracht.
 Der Altstadt diente eine Reihe von Forts und Bastionen zur Deckung,
 die sich von der Südspitze des Kriegshafens und dem Thale, das ihn
 landeinwärts fortsetzte, zum Fort Alexander hinzogen; gegenüber diesen
 Befestigungen lagerten die Franzosen, denen die Kamieschbucht als Hafens-
 platz diente. Die Engländer hatten auf Balaklawa gestützt den Raum
 von dem Hafenthale bis zur Tschernaja, die in die innerste Spitze des
 Hauptbusens mündet und nahe ihrem Ausflusse bei Inerman überbrückt
 war, inne. Die ihnen gegenüberliegende Karabelnaja war mit ganz
 jungen Festungswerken versehen, unter denen der große Redan nicht
 weit von der Südspitze des Kriegshafens, der Malakoff nordöstlich da-
 von und der kleine Redan wieder etwas weiter nordöstlich die bedeutendsten
 waren. Alle diese Werke wurden von den Russen unermüdlich vervoll-
 ständig und der ausgezeichneten Kunst des Obersten Tottleben, dem
 dies oblag, gelang es ihnen unter den Augen der Verbündeten eine
 furchtbare Stärke zu geben. Die Türken, 8000 Mann an der Zahl,
 standen an der Tschernaja zur Beobachtung Menschikoffs.

St. Arnauds
 Tod.

Schlacht bei
 Balaklawa.

Noch ehe die Franzosen ihre Stellungen bezogen, übergab St. Arnaud,
 der schwer an der Cholera erkrankt war, den Oberbefehl dem General
 Canrobert; schon am 29. September 1854 starb er an Bord des Schiffes,
 das ihn nach Konstantinopel bringen sollte. Eine regelrechte Belagerung
 wurde nunmehr eingeleitet; am 9. Oktober konnten die Laufgräben, am
 17. die Beschießung eröffnet werden. Bis dahin hatte Menschikoff nichts
 gethan um die Angreifer zu beunruhigen; Ende des Monats aber glaubte
 er sich durch Zuzüge von der Donauarmee, welche die Generale Liprandi
 und Dannenberg herbeiführten, stark genug zu einem Schlage. Liprandi
 griff am 25. die Türken an, nahm ihre Feldschanzen östlich von Bala-
 klawa und rückte gegen diese Stadt vor; ein furchtbarer Angriff der
 englischen Reiterei, der zu den glänzendsten Waffenthaten der Neuzeit
 gerechnet wird, zwang ihn zum Rückzug. Eine Erneuerung des Kampfes
 am nächsten Tage wurde mit leichterer Mühe von Sir de Lacy Evans,
 der einst die englische Legion in Spanien geführt hatte, zurückgeschlagen.
 Menschikoff ruhte nun mehrere Tage um Dannenbergs Truppen vollends

herankommen zu lassen. Am 5. November ließ er dieselben die Tschernaja bei Inkerman überschreiten und bedrängte die Engländer so hart, daß nur das Eintreffen der französischen Reserve unter Bosquet sie rettete; gleichzeitig schlug das französische Belagerungskorps unter Forey einen heftigen Ausfall zurück. Bei Inkerman kam die Schlacht lange zu keiner Entscheidung; endlich siegte das französische Ungestüm über die russische Zähigkeit, Dannenberg zog sich mit einem Verlust von 12 000 Mann zurück; aber wenn die Verbündeten auch nur ein Drittel dieser Zahl eingebüßt hatten, so war dieser Verlust für sie doch viel schwerer zu verschmerzen. Die rauhe Jahreszeit hatte begonnen, und mit ihr waren Fieber, Typhus, Skorbut und andere Krankheiten in dem Lager ausgebrochen. Die Verpflegung der Heere, besonders die des englischen, war außerordentlich mangelhaft; die notwendigsten Schutzmittel gegen die Unbill des Wetters trafen erst ein, als der Winter zu Ende ging; ganz ungenügend waren die Anstalten für die Pflege und Heilung der Kranken. Raglan so wenig wie einer der anderen Generale hatte die entstehenden Bedürfnisse vorhergesehen, da keiner je auch nur eine Division bei einander gehabt hatte; denn unter Wellingtons Einfluß war während der 40 Friedensjahre jede Zusammenziehung größerer Truppenmassen unterblieben. Als freilich der fürchterliche Notstand in England bekannt wurde, regte sich unter dem Druck des allgemeinen Unwillens die amtliche wie die private Hilfsthätigkeit in großartiger Weise. An die Spitze trat Prinz Albert, der sofort auch die Reorganisation der Armee dringend betrieb. Allein für die Hinterbliebenen der gefallenen Soldaten waren schon Ende des Jahres über 25 Millionen Mark gesammelt; um die Ordnung der Hospitalpflege erwarben sich Miß Florence Nightingale und später Miß Stanley, die mit 80 Pflegerinnen nach der Krim gingen, die größten Verdienste. Aber inzwischen hatte die Not viele Wochen gedauert und unzählige Opfer gefordert; im Januar 1855 war der Effectivstand von Raglans Truppen auf weniger als die Hälfte, auf 10 400 Mann, gesunken. Es war ein Glück für die Belagerer, daß auch die Russen sich zu einem neuen Angriff außerstande fühlten und so die Wintermonate ohne kriegerische Vorfälle verstrichen. Wohl aber bereitete man sich auf beiden Seiten vor im Frühjahr mit vermehrten Streitkräften aufzutreten; Frankreich vergrößerte sein Heer durch eine starke Aushebung, England warb eine Fremdenlegion und nahm 20 000 Türken in seinen Sold, die Sardinier sollten mit 15 000 Mann eine wertvolle Verstärkung bringen. Andererseits schickte der Zar alle entbehrlichen Truppen in die Krim und ordnete am 10. Februar die Bildung einer allgemeinen Reichsmiliz an. Mit gespannter Erwartung sah man dem Wiederbeginn der Kämpfe entgegen.

Da durchslog Europa plötzlich die ungeahnte Kunde von dem Tode des russischen Herrschers. Am 2. März 1855 starb Nikolaus I. im sechzigsten Lebensjahre. Tags vorher hatte er die Nachricht erhalten, daß Liprandi am 18. Februar bei Eupatoria eine schwere Schlappe und

Schlacht bei
Inkerman.Beschwerden
des Winters.

Rüstungen.

Nikolaus'
Tod.

obendrein von den verachteten Türken erlitten habe. Das gab ihm einen furchtbaren Stoß; schwer leidend hatte er dann doch bei entsetzlicher Kälte trotz der Warnungen seines Leibarztes, der solches Verfahren einen Selbstmord nannte, eine Musterung abgehalten und war totkrank in den Palast zurückgekehrt. Was war von diesem Thronwechsel zu erwarten? Der Nachfolger des Zaren, sein 1818 geborener Sohn Alexander II., galt für einen milden, aufgeklärten und friedensfreundlichen Mann; aber durfte er es wagen mit der Politik seines Vaters zu brechen? Seine ersten Maßregeln sahen nicht danach aus. Eine Ansprache an sein Volk verkündete, daß er in den Bahnen Peters des Großen, Katharinas, Alexanders I. und Nikolaus' fortschreiten werde; die Ersetzung Menschikoffs durch Gortschakoff deutete auf die Absicht einer entschlosseneren Kriegsführung. Andererseits aber erklärte Fürst Nesselrode sich am 10. März zu Verhandlungen in Wien bereit und schon am 15. begannen dieselben unter Beteiligung Rußlands, Englands, Frankreichs, Oesterreichs und der Türkei; Preußen war ausgeschlossen. Über die beiden ersten Punkte, die Aufhebung der russischen Schirmherrschaft in den Donaufürstentümern und die Freiheit der Donauschiffahrt, verständigte man sich schnell; um so ergebnisloser waren die Verhandlungen über den dritten, die Beschränkung der russischen Macht im Schwarzen Meere. Die Westmächte forderten die Herabsetzung der russischen Flotte auf ein ganz geringes Maß, Oesterreich wollte die frühere Stärke zugestehen und verriet seinen Ärger über die Zulassung Sardinien's zu dem Bündnis durch die Erklärung, es könne aus ein paar Linien-schiffen mehr oder weniger keinen Kriegsfall machen; allen berechtigten Forderungen der Westmächte werde vollauf genügt, wenn Rußland die Unversehrtheit der Türkei feierlich verbürge und wenn durch Aufhebung des Meerengenvertrages von 1841 England und Frankreich das Recht erhielten auch mit ihrer Seemacht ins Schwarze Meer einzulaufen; sollte der Zar künftighin seine Flotte im Schwarzen Meere doch über das bestimmte Maß vergrößern, so wolle Oesterreich sich vertragsmäßig verpflichten, das als Kriegsfall zu betrachten. Rußland endlich, dessen Vertretung in den Händen Gortschakoffs, des bisherigen Gesandten am Bundestage, lag, erklärte rundweg, es werde sich durch nichts zu einer Beschränkung seiner Flotte auf ein bestimmtes Maß bewegen lassen. So stellte sich denn nach sechswöchentlichen Beratungen die Unmöglichkeit einer Verständigung heraus; das englische Kabinett erklärte den österreichischen Vorschlag für schlechterdings unannehmbar, da er das russische Übergewicht nicht beseitige, sondern legitimiere und statt eines sicheren Friedens die Aussicht auf einen neuen Krieg schaffe, und Napoleon stimmte dem nach einigem Zögern am 5. Mai zu. Da Drouyn de l'Élys und Lord John Russell, die an den Wiener Konferenzen teilgenommen hatten, persönlich, wenn auch unverbindlich, sich anders geäußert hatten, so wurde jener durch Walewski, den bisherigen Botschafter in London, ersetzt; Russell dagegen ließ sich nicht allein bewegen im Amte

Alexander II.

Wiederbeginn
der Verhandlungen.

zu bleiben, sondern verteidigte sogar die Ablehnung der österreichischen Vorschläge sehr lebhaft, als die Peeliten, besonders Gladstone, Graham und Lowe, das Ministerium deshalb angriffen. Die Stimmung des Landes und des Parlamentes war äußerst entschieden für die Fortsetzung des Krieges; die Reden der Friedensfreunde wie Gibson, Cobden, Bright, erregten lebhaften Unwillen, und aus den immer wieder erneuten parlamentarischen Debatten ging das Kabinett siegreich hervor. Den Forderungen der Tories, daß die Wiener Verhandlungen ganz abgebrochen, daß die Thür, wie Disraeli sagte, endlich geschlossen würde, geschah am 4. Juni Genüge; da insolgedessen aber Buol in einer Depesche, die veröffentlicht wurde, Ruffells anfängliche Haltung verriet, sah dieser sich gezwungen am 16. Juli 1855 doch seine Entlassung zu nehmen.

Die bedeutsamste Änderung der Lage bestand in der neuen Stellung Österreichs; es bestritt, daß die Westmächte in ihrer Behandlung des dritten Punktes sich auf den Vertrag vom 2. Dezember berufen könnten; es wollte ihnen nicht wehren ihre weitergehenden Ansprüche geltend zu machen, aber es leugnete, daß es selbst zur Unterstützung derselben verpflichtet sei, und verweigerte diese Unterstützung. Eine Verminderung seines Heeres in den Donaufürstentümern zeigte deutlich, daß es die Wahrscheinlichkeit eines kriegerischen Zusammenstoßes mit Rußland als erheblich gemindert betrachtete. Am Bunde trat es freilich gerade jetzt noch einmal für die Aufrechterhaltung der Kriegsbereitschaft auf und verlangte eine zustimmende Erklärung zu seiner bisherigen Politik. Beides wurde ihm auf Preußens Antrag am 26. Juli bewilligt, aber thatsächlich folgten Bayern und bald auch Preußen dem Beispiel, das Österreich selbst gegeben, und verminderten ihren Heeresstand.

Oesterreichs
veränderte
Stellung.

Die Belagerung von Sebastopol hatte indessen einige Fortschritte gemacht. Am ungeduldigsten drängte Napoleon auf eine Entscheidung. Da er den langsamen Fortgang der Operationen auf die mangelnde Einheit des Oberbefehls schob, wollte er selbst zum Heere abgehen und solche Verstärkungen mitbringen, daß der Erfolg unzweifelhaft werde. Die englischen Minister, die durch einen Brief des Kaisers an Palmerston vom 26. Februar 1855 die erste Kunde von diesem Plane erhielten, waren davon wenig erbaut; Clarendon, der Minister des Auswärtigen, reiste selbst sofort nach Boulogne, wo Napoleon Truppen inspizierte, um ihn davon abzubringen; es gelang ihm doch nicht vollständig; erst als das Kaiserpaar sechs Wochen später der Königin Victoria in Windsor den Besuch erwiderte, den Prinz Albert im vergangenen September im Lager von Boulogne abgestattet hatte, wurde die Sache aufgegeben und statt dessen von den beiderseitigen Kriegsministern, Marschall Baillant und Lord Panmure, am 21. April eine Vereinbarung über den ferneren Kriegsplan, die Frucht zweier langer Beratungen, unterzeichnet. Unterdes hatten Ende Februar und Anfang März die Franzosen Stürme auf die Werke, welche Tottleben vor dem Malakoff und besonders auf dem Grünen Hügel (Mamelon vert) südlich vom großen Redan hatte errichten

Belagerung
von Sebastopol.

lassen, unternommen. Sie scheiterten; aber als die Russen am 22. März einen großen Ausfall machten, wurden auch sie blutig zurückgeworfen. Canrobert richtete nun seine Hauptanstrengungen gegen den westlichen Teil der Befestigungen, der gleichfalls im Winter durch vorgeschobene Werke verstärkt war, und General Bazaine gelang es am 1. Mai die Außenwerke der Centralbastion, des Hauptforts an dieser Seite, zu nehmen und zu behaupten. Dieser Erfolg rettete Canrobert doch nicht vor der Abberufung, die in Paris schon beschlossen war. An seine Stelle trat am 16. Mai General Bélissier, der sich durch seine ebenso glückliche wie grausame Kriegsführung in Algier einen Namen gemacht hatte. Dieser erneute zwar vom 22.—24. Mai die Angriffe bei der Centralbastion und nahm noch einige neue Werke in Besitz; aber den Hauptnachdruck verlegte er auf die östliche Hälfte der Festung, da nach dem Gutachten Riels, den Napoleon zur Besichtigung der Belagerungsarbeiten abgeschickt hatte, von dem Besitz des Malakoff die Einnahme Sebastopols abhing. Zur Sicherung der Angriffe von dieser Seite schien vor allem die Beherrschung der Tschernaja-Linie nötig, weil nur dadurch Flankenangriffe der Russen verhindert werden konnten. Canrobert, der jetzt unter Bélissier diente, erhielt deshalb am 25. den Auftrag mit Omer Pascha und Lamarmora den Feind ins Innere zurückzuwerfen und löste denselben vollkommen. Aber noch in anderer Weise sollte die russische Entsatzarmee geschwächt werden. Sie bezog ihre Verstärkungen und Zufuhren nur zum geringeren Teile auf dem schwierigen Landwege über die Enge von Berekop; der weitaus größere Teil wurde ihr zu Schiff über das Nowische Meer zugeführt. Gelang es daher den Verbündeten sich dort zum Herren zu machen, so war Gortschakoffs Stellung wesentlich verschlechtert. Kapitän Lyons und Bruat liefen also mit 66 Schiffen aus, besetzten am 25. Mai Kertsch und Jenikale und kehrten, nachdem sie die großen Vorräte in den Küstenstädten und alle Fahrzeuge der Russen vernichtet hatten, am 6. Juni 1855 nach Balaklawa zurück.

Bélissier.

Schlacht an
der Tschernaja.Die Flotte im
Nowischen
Meere.Der Sturm
vom 18. Juni

An demselben Tage waren die Parallelen gegen die Außenwerke des Malakoff und der beiden Redans eröffnet, am nächsten Morgen begann der Sturm. Unter schweren Verlusten auf beiden Seiten gelang es doch den Franzosen sich des Mamelons und der Weißen Werke vor dem kleinen Redan zu bemächtigen, während die Engländer die Steinbrüche vor dem großen Redan nahmen. Nun glaubte Bélissier einen Sturm auf die Hauptwerke wagen zu dürfen. Nach 24stündiger Beschießung begann am 18. Juni der Angriff. Während Sir John Campbell gegen den großen Redan und General Brunet gegen den Malakoff voringen, überstieg General d'Autemarre die Verbindungsmauer zwischen beiden und wandte sich gleichfalls gegen den Malakoff. Aber zwischen zwei feindliche Feuer gestellt, mußte er mit schweren Verlusten wieder zurück; den Hauptkolonnen gelang ihr Vorhaben nicht besser; alle Stürme prallten ab, und der Tag endete ohne jeden Erfolg mit einem Verlust

von beinahe 5000 Mann für die Verbündeten; Campbell und Brunet hatten ihren Tod gefunden.

Nun mußte man also auch gegen die Hauptwerke die gewöhnlichen Belagerungsarbeiten vornehmen, so schwierig dieselben auch in dem harten Felsboden waren. Reichlich elf Wochen verstrichen darüber. In dieser Zeit starb, und zwar schon am 29. Juni, Lord Raglan; an seine Stelle trat General James Simpson. Die Russen machten nur einmal einen ernstlichen Versuch den Feind zu stören. Am 16. August rückte Gortschakoff mit 48 000 Mann gegen die mittlere Tschernaja vor und griff die befestigten Höhen des linken Flußufers an; der Kampf entschied sich aber ziemlich schnell zu Gunsten der Verbündeten, unter denen die Sardinier zu Cavours großer Freude besonders Gelegenheit fanden sich auszuzeichnen. Anfang September waren die Belagerungsarbeiten so weit gediehen, daß Napoleon einen Brief an Péliissier zu veröffentlichen wagen durfte, in dem er die Erwartung aussprach, daß der Fall der Festung jetzt nahe bevorstehe. Vom 5. September an wurde die immer schon heftige Beschießung der Stadt auf eine beispiellose Stärke gebracht, die bis mittags am 8. anhielt; Schlag 12 Uhr verstummte der Donner der Geschütze, und der Sturm begann. Während 30 000 Engländer und Sardinier die Flanke an der Infermanbrücke gegen Gortschakoff deckten, gingen Mac Mahon und Bosquet gegen den Malakoff und kleinen Redan, Codrington gegen den großen Redan, de Salles gegen die Centralbastion und die übrigen Werke der Westhälfte vor. Nur der Angriff auf den Malakoff gelang; nach vierstündigem Kampfe waren die Franzosen Herren desselben. Aber dieser eine Erfolg entschied, wie Niel vorhergesagt hatte, den Fall der Stadt und die 10 000 Menschenleben, welche der 8. September den Verbündeten gekostet hatte, waren wenigstens nicht umsonst geopfert. Gortschakoff gab noch an demselben Abend Befehl die Pulvermagazine und Minen in allen Forts der Südhälfte zu sprengen und die Besatzung auf einer Schiffbrücke, die schon seit einigen Wochen geschlagen war, nach der Severnaja hinüberzuführen; am 10. September 1855, am 350. Tage der Belagerung, zog Péliissier in die rauchenden Trümmer von Sebastopol ein.

Der Jubel über diesen langersehnten Erfolg war besonders in Frankreich ungeheuer; Péliissier ward zum Herzog von Malakoff erhoben, überdies ihm sowie Bosquet und Canrobert der Marschallstab verliehen. Es war nicht allein der militärische Triumph, worüber sich Napoleon freute; er sehnte sich auch nach dem Frieden, den er doch ohne die Einnahme Sebastopols zu schließen nicht hätte wagen dürfen. Fortan hatte er an der Weiterführung des Krieges kein sonderliches Interesse mehr. Da von einem Vordringen in das Innere Rußlands nicht die Rede sein konnte, so mußten sich die ferneren Waffenthaten wesentlich auf den Seekrieg beschränken; dabei konnte Frankreich aber nur die zweite Rolle spielen, die vor Sebastopol den Engländern zugefallen war. Außer dem waren bedeutende Erfolge weder bisher zur See errungen noch

Lord Raglan's Tod.

Fall von Sebastopol.

Friedliche Strömungen.

Der Seekrieg.

fernerhin zu erwarten. Aufgetreten waren die verbündeten Flotten freilich in allen russischen Gewässern und kein feindliches Geschwader hatte ihnen gegenüber die See zu halten versucht; aber so empfindlich sie auch durch strenge Blokaden den russischen Handel schädigten, so ließ sich davon doch keine entscheidende Wirkung erwarten. Einige schwächere Küstenplätze waren gefallen, und als am 17. Oktober die Festung Kinburn am Dnjepr-Busen genommen war, gab es im Schwarzen Meere kaum noch etwas zu thun. Wollte man jetzt noch einen ernstlichen Schlag führen, so mußte man den Krieg in die Ostsee verlegen und Kronstadt erobern, eine Aufgabe, gegen welche die Belagerung von Sebastopol als Kleinigkeit erschien. Im ersten Kriegsjahre hatten Sir Charles Napier und Baraguay d'Hilliers den Seekrieg im finnischen und bottenischen Busen mit großem Eifer begonnen, aber die Erfolge hatten sich auf die Einnahme der Festung Bomarsund auf den Ålandsinseln am 16. August 1854 beschränkt. Maßlos wie die Erwartungen, die man in England von Napiers Energie gehegt hatte, gewesen waren, rief dieser dürftige Erfolg das größte Mißvergnügen hervor und führte überdies zu heftigen, vor dem Publikum geführten Kontroversen zwischen dem Admiral und dem Ministerium. Im zweiten Jahre gab es gar keinen Triumph zu verzeichnen, außer etwa, daß Admiral Dundas im August durch ein zweitägiges Bombardement die Docks und Arsenale von Sweaborg zerstörte. Auch die Hoffnung Schweden durch die Anwesenheit des verbündeten Geschwaders zu Feindseligkeiten gegen Rußland zu verleiten war gescheitert. Der Marschall Canrobert, der sich im November 1855 als außerordentlicher Gesandter nach Stockholm begab, brachte nur einen Vertrag (vom 21. datiert) zurück, in dem Schweden sich verpflichtete in keinerlei Gebietsabtretungen oder Austausch mit Rußland sich einzulassen, sondern etwaige Vorschläge dieser Art den Westmächten anzuzeigen, die sodann mit genügenden Streitkräften den Übergriffen Rußlands entgegenzutreten sich bereit erklärten. Es hatte der Vertrag also nur den Fall der Abwehr im Auge, und daß Rußland diesen nicht herbeiführen werde, lag auf der Hand. So waren denn auch in der Ostsee die Verhältnisse nicht danach angethan eine Verlängerung des Krieges den Verbündeten wünschenswert zu machen, und die englische Kriegspartei mußte sich wohl oder übel davon überzeugen, daß die Zeit zum Frieden gekommen sei.

Vertrag mit
Schweden.

Der Krieg in
Asien.

Einige militärische Erfolge in Kleinasien erleichterten es dem Zaren selbst den ersten Schritt der Annäherung zu thun. Murawieff war im Juni 1855 mit 30 000 Mann in Armenien eingefallen und belagerte Kars, das von den Türken unter der Leitung des Generals Williams und ungarischer Flüchtlinge tapfer verteidigt wurde. Am 29. September erlitt er vor der Stadt eine ernsthafte Niederlage, die ihm 5000 Mann kostete. Als aber Omer Pascha, der von der kaukasischen Küste zum Entsatz heranrückte, am 6. November zurückgeschlagen wurde, konnte sich das „Bollwerk Kleinasien“ nicht mehr halten und ergab sich am 28. November 1855 an Murawieff. Für weitere Angriffsbewegungen in Klein-

afien, bot es einen trefflichen Ausgangspunkt, und so konnte seine Eroberung wohl dazu dienen Rußlands Friedensanträge ein wenig des demütigenden Scheines, der ihnen anhaftete, zu entkleiden. Alexander ergriff die Gelegenheit um so lieber, als die diplomatische Lage einen solchen Schritt ebenso rätlich wie vorteilhaft erscheinen ließ. In Paris hatte nämlich die russenfreundliche Partei, seit Walewski das Auswärtige Amt leitete, sehr an Einfluß gewonnen und der Kaiser hatte Verhandlungen mit Oesterreich genehmigt, deren Zweck ein neuer Vermittlungsversuch war. Erst als die beiden kaiserlichen Regierungen sich über den einzuschlagenden Weg völlig geeinigt hatten, ließ er in London Mitteilung von dem Plane machen und forderte den Beitritt Englands. Das Verlezende dieser Handlungsweise suchte er durch einen Brief an die Königin (vom 22. Nov. 1855) zu mildern. Er meinte, es gebe nur drei Wege, die man einschlagen könne: entweder müsse man die Offensive aufgeben und Rußland durch Blokade und fortgesetzte Rüstungen entkräften; oder das Nationalitätsprinzip proklamieren und die Herstellung Polens, die Unabhängigkeit Finlands, Ungarns, Italiens, Kaukasiens auf seine Fahne schreiben; oder Oesterreichs Vermittlung auf Grund der vier Punkte annehmen mit der Bedingung, daß wenn Rußland sich weigere darauf einzugehen, Oesterreich ihm den Krieg erkläre. Den letzteren Weg habe er eingeschlagen, und es sei unrecht, wenn England um mikroskopischer Vorteile willen ihm darauf nicht folgen wolle. Übrigens versicherte er, daß er ebensoweit davon entfernt sei einen schlechten Frieden anzunehmen, wie England einen guten auszuschlagen. Die Königin antwortete umgehend in ebenso freundlicher wie fester Weise. Auch sie halte den dritten Weg für den einzig möglichen; aber es handle sich bei den Differenzen nicht um mikroskopische Vorteile. Drei Dinge müsse das englische Kabinett verlangen: daß es selbst an der Abfassung des österreichischen Ultimatums teilnehme, daß dieses wirklich ein Ultimatum sei und keine Gegenvorschlüge Rußlands in Betracht gezogen würden, daß endlich die Neutralisation des Schwarzen Meeres eine Wahrheit werde und nicht eine illusorische Phrase; das aber würde sie sein, wenn die österreichisch-französischen Abmachungen zu Grunde gelegt würden; denn diese umgingen den schwierigen Punkt einfach dadurch, daß sie bestimmten, Rußland und die Türkei sollten sich untereinander über das Maß ihrer Seemacht im Schwarzen Meere einigen. Napoleon erkannte die Berechtigung dieses Standpunktes an und erklärte bestimmt, daß er sich von der englischen Allianz nicht trennen werde; es führte deshalb auch zu nichts, daß der Zar durch den sächsischen Gesandten in Paris, Baron Seebach, seine Geneigtheit zu erkennen gab auf die Bedingungen des projektierten österreichischen Ultimatums einzugehen, wenn dasselbe nicht als Ultimatum überreicht werde. Vielmehr wurde dasselbe nun unter englischer Mitwirkung umgearbeitet und dabei den früheren vier Punkten ein fünfter hinzugefügt, der die Abtretung eines allerdings nur schmalen Landstrichs an der Donaumündung forderte und den kriegführenden Mächten überdies das

Friedensverhandlungen.

Recht wahrte im europäischen Interesse auch noch andere Bedingungen zu stellen; daß die Verpflichtung die Mandsinseln nicht wieder zu befestigen — denn das war englischerseits damit gemeint — ausdrücklich in dem Ultimatum erwähnt wurde, konnte das Londoner Kabinett nicht erreichen. In Petersburg war man über alle diese Vorgänge ziemlich genau unterrichtet; der Zar wollte deshalb dem Ultimatum zuvorkommen und ließ am 23. Dezember in Wien eine Note überreichen, in der er seinerseits Vorschläge zur Neutralisierung des Schwarzen Meeres machte. Aber sie wurde nicht mehr angenommen; denn am 16. bereits war das Ultimatum nach Petersburg abgegangen und der 18. Januar 1856 als letzte Frist für die Annahme gestellt. Eine militärische Konferenz, die für den 10. Januar nach Paris berufen wurde, und an der der Herzog von Cumberland, Admiral Lyons, Lamarmora, Prinz Napoleon, Baillant, Canrobert, Niel und andere englische und französische Militärs und Diplomaten teilnahmen, sollte Zeugnis ablegen für den festen Entschluß der Mächte den Krieg fortzuführen. Unter diesen Umständen gab Alexander noch einen Schritt nach und ließ am 16. Januar 1856 seine bedingungslose Annahme der fünf Punkte in Wien erklären. Infolgedessen traten am 1. Februar die Bevollmächtigten Oesterreichs, Rußlands, Englands, Frankreichs und der Türkei in Wien zusammen, bestätigten die allseitige Annahme der fünf Punkte und verabredeten die Eröffnung eines Friedenskongresses in Paris. Außer Rußland waren alle Staaten durch ihre Minister des Auswärtigen vertreten: es erschienen Walewski, der den Vorsitz führte, Clarendon, Cavour, Ali Pascha, Buol und an Nesselrodes statt Graf Orloff; zu zweiten Bevollmächtigten waren die Gesandten in Paris ernannt, Cowley, Billamarina, Djemil Pascha, Hübner, für Rußland der Gesandte in Frankfurt Brunnow und für Frankreich der Gesandte in Wien Baron Bourqueney. Das Protokoll führte Benedetti. Preußen war zur Teilnahme nicht aufgefordert; weil aber der dritte Punkt, die Regelung der Flottenverhältnisse im Schwarzen Meere, nicht ohne Änderung des Meerengenvertrags von 1841 geordnet werden konnte und Preußen zu dessen Unterzeichnern gehörte, so beschloß man am 10. März eine nachträgliche Einladung nach Berlin ergehen zu lassen und vom 18. an nahmen Manteuffel und der preußische Gesandte in Paris, Graf Hatzfeld, an den Sitzungen teil. Wie sehr das Ansehen Preußens gesunken war, konnte man besonders daraus ersehen, daß noch im letzten Augenblicke Clarendon den Versuch machte die Teilnahme der preußischen Staatsmänner auf jene eine Frage zu beschränken; hauptsächlich den Erklärungen Frankreichs hatte Manteuffel es zu danken, daß ihm diese Demütigung erspart blieb.

Die Wiener
Prälimina-
rien.

Der Pariser
Kongreß.

Der Pariser
Friede.

Gleich in der ersten Sitzung hatte der Kongreß einen Waffenstillstand zu Land und Meer bis zum 31. März 1856 beschlossen. In siebzehn darauf folgenden Sitzungen wurde der Friedensvertrag im einzelnen beraten, in der 19. Sitzung am 30. März fand die Unterzeichnung statt. Das Schwarze Meer ward für neutral erklärt; keine Arsenale sollten

an seinen Küsten errichtet, keine Kriegsschiffe in demselben zugelassen werden; nur je zehn leichte Schiffe für den Küstendienst wurden Rußland und der Türkei zugestanden und außerdem jeder der Vertragsmächte das Recht eingeräumt zwei solche Fahrzeuge an die Donaumündung zu senden um die Freiheit der Schifffahrt auf diesem Flusse zu überwachen. Eine Kommission von Vertretern der sieben Mächte erhielt den Auftrag binnen zwei Jahren die nötigen Maßregeln für die Fahrbarkeit des Strombettes zu treffen und zur Deckung der Kosten einen Flußzoll einzuführen; darauf sollten ihre Befugnisse an eine Kommission der Uferstaaten übergehen, in der auch den drei Vasallenstaaten, Serbien, der Walachei und der Moldau, je ein Vertreter zugestanden wurde; die künftigen Verhältnisse der beiden letztgenannten zu ordnen übertrug man gleichfalls einer Kommission, die an Ort und Stelle mit Vertretern der Bevölkerung beraten und später ihre Vorschläge nach Paris richten sollte; die Vereinigung beider zu einem Staate wurde von der Türkei und Oesterreich so heftig bekämpft, daß für jetzt darauf verzichtet werden mußte die Frage zum Austrag zu bringen; dagegen wurde das gemeinsame Schutzrecht der Mächte über die drei Staaten verkündet und der Einmarsch türkischer Truppen an deren Zustimmung geknüpft. Die Moldau wurde durch den Landstrich, den Rußland am linken Donauufer abtreten mußte, vergrößert. Den christlichen Unterthanen der Pforte gegenüber entsagten alle Mächte jedem Schutz- und Einmischungsrecht; sie nahmen Kenntniß von einem großherrlichen Ferman, dem Hattihumayum, der am 21. Februar 1856 in Konstantinopel veröffentlicht ward und in 21 Punkten die wohlklingendsten Versprechungen aufzählte, aber sie erklärten ausdrücklich aus der Mitteilung dieses Fermans keine Rechte ableiten zu wollen. Durch einen besonderen Artikel ward endlich noch die Türkei als gleichberechtigt unter die europäischen Staaten aufgenommen und die Unverletzlichkeit ihres Gebietes von allen Mächten verbürgt.

Mit der Unterzeichnung dieses Friedensvertrages beendete aber der Kongreß seine Thätigkeit noch nicht. Napoleon wünschte die Gelegenheit zu benutzen um durch den Anstoß zu einer großen reformatorischen Bewegung auf dem Gebiete des Seerechtes seinen Eifer für den Fortschritt der Civilisation kundzugeben. Wurde aber eine fremdartige Frage in die Verhandlungen hereingezogen, so konnte man auch andere, an denen diese oder jene Macht besonderen Anteil nahm, nicht zurückweisen. So gestaltete sich die Sitzung vom 8. April zu einer freien Besprechung verschiedener Fragen, die mehr oder weniger lebhaft das europäische Interesse in Anspruch nahmen. Außer mit der Reform des Seerechts beschäftigte man sich mit der Lage Griechenlands und Italiens, mit den Ausschreitungen der belgischen Presse und auf Preußens Anregung mit den Zuständen in Neuenburg. Aber nur in bezug auf das Seerecht wurden förmliche Beschlüsse gefaßt, die nicht allein von den Kongreßmächten sondern auf ihre Einladung auch von den übrigen Seestaaten als völkerrechtlich verbindlich angenommen wurden. Der erste Beschluß

Sonstige Verhandlungen des Pariser Kongresses.

Die Reform des Seerechts.

erklärte die Kaperei für abgeschafft, der zweite und dritte erkannten feindliche Waren unter neutraler Flagge und neutrale Waren unter feindlicher Flagge (immer jedoch mit Ausschluß von Kriegskontrebande) als gedeckt an, der vierte ließ eine Blokade nur dann als gültig zu, wenn sie wirksam sei. Diese Beschlüsse wurden am 16. April 1856 gefaßt; am folgenden Tage hielt der Kongreß seine letzte Sitzung und ging dann auseinander ohne die übrigen angeregten Fragen erledigt zu haben. Gegen die Abschaffung der Kaperei erhoben nachträglich (am 28. Juli) die Vereinigten Staaten Einspruch, nicht weil sie diese Änderung mißbilligten sondern weil sie Privateigentum zur See unter allen Umständen für unantastbar erklärt haben wollten. Da diese Forderung an Englands Widerspruch schon auf dem Kongresse selbst gescheitert war, so blieb es bei der beschlossenen halben Maßregel, die immerhin gegenüber den früheren Zuständen schon einen wesentlichen Fortschritt bildete.

Frankreichs Vorherrschaft und innere Lage.

Ergebnisse
des Krieges.

Die Christen
in der Türkei.

So war Europa denn der Friede zurückgegeben und es war an der Zeit zu prüfen, welche Früchte der Krieg getragen habe. Rußlands Antwort auf diese Frage lag in der Ansprache vor, durch welche der Zar seinen Völkern am 31. März 1856 den Friedensschluß ankündigte. Der Zweck des Krieges ist erreicht, so hieß es da, das Loß der Christen im Oriente ist gesichert. Es klang etwas sonderbar, wenn der besiegte Teil auf diese Weise seinen Willen durchgesetzt zu haben versicherte, und leicht genug war der Einwand zu erheben, daß nicht die Verbesserung des Loses der Christen, sondern die Erweiterung des russischen Einflusses im Orient der eigentliche Zweck des verstorbenen Zaren gewesen sei. Daß dieser wahre Zweck vereitelt worden, das war ein zweifelloses, wenn auch rein negatives Ergebnis des Krieges; aber wie stand es mit jenem vorgeschützten Ziele? War die Lage der christlichen Bevölkerung im türkischen Reiche wirklich sicherer und erträglicher geworden? Das Urtheil darüber hing ausschließlich von dem Werte ab, den man den Versprechungen und Verordnungen der Pforte beimaaß. Der Hatti-Humayum vom 21. Februar 1856 enthielt auf dem Papiere die allerschönsten Zusagen; die Christen wurden den Moslim in ihren Rechten vollkommen gleichgestellt; Gerichtswesen und Schulen sollten verbessert, Verwaltung und Besteuerung von Grund aus umgestaltet, Handel und Gewerbe mannigfach gefördert werden. Aber daß dies alles nun auch wirklich geschehe, dafür bürgte niemand; verzichteten die Großmächte ja doch in dem Friedensvertrag ausdrücklich auf das Recht sich in die Beziehungen der Pforte zu ihren Unterthanen zu mengen. Hingen aber alle diese Reformen des Hatti-Humayums von dem guten Willen des Sultans und seiner Ratgeber ab, so konnte man darin gewiß kein bedeutendes Ergebnis erblicken, und die Erfahrung bewies nur zu bald, daß sie nicht das Papier wert waren, auf dem sie standen. Viel wichtiger

mußte schon die veränderte Stellung der Pforte erscheinen; man hatte sie durch einen eigenen Artikel des Friedensvertrages in das öffentliche Recht Europas aufgenommen; ihre Unverletzlichkeit war nicht allein durch diesen selben Artikel, sondern auch durch einen besonderen Vertrag gewährleistet, den die Westmächte und Oesterreich am 15. April zu Paris schlossen. Die Gefahr, die den Türken von Petersburg her drohte, war dadurch, solange diese Verträge hielten, abgewandt und in der Neutralisierung des Schwarzen Meeres und der Abdrängung Rußlands von der Donau konnte man eine kleine Gewähr dafür auch auf längere Frist erblicken. Im ganzen und großen war doch aber kaum mehr erreicht, als daß der Zustand vor dem Kriege wiederhergestellt und die Entscheidung der orientalischen Frage auf unbestimmte Zeit vertagt war; auch dieser Erfolg war überwiegend negativ. So blieb denn als das wichtigste Ergebnis des Krieges die gänzlich veränderte Stellung der Mächte zu einander, und da konnte kein Zweifel sein, daß aller Vorteil Frankreich zufiel. Es lag das nicht allein daran, daß seine Armee sich als die brauchbarste und beste erwiesen hatte; es lag vielleicht noch mehr in den diplomatischen Verschiebungen, die stattgefunden hatten. Eine breite Kluft hatte sich zwischen Rußland und Oesterreich aufgethan; der Undank des Hauses Habsburg konnte in Petersburg sobald nicht vergessen werden, und kein russischer Staatsmann hielt es für nötig den gerechten Groll irgendwie zu verhehlen, am wenigsten Gortschakoff, der neue Minister des Aeußeren, der sich in sarkastischen Drohungen gegen diesen Staat, der in Wahrheit gar kein Staat sondern nur ein Ministerium sei, erging. Daß die Stunde der Vergeltung nicht sofort schlagen werde, wußte man freilich wohl; denn Kaiser Alexander war entschlossen zunächst der großen Politik zu entsagen um erst wieder neue Kräfte zu sammeln. Aber trotzdem war seine Erbitterung auf Oesterreich von großer Bedeutung; der drohende Nachbar lähmte die freien Entschlüsse des Kaiserstaates und ermutigte alle seine Feinde. In Italien lebten die nationalen Hoffnungen wieder auf, und die sardinische Regierung arbeitete planmäßig und unablässig daran einen neuen Krieg herbeizuführen und sich Frankreichs Beistand dazu zu sichern. Auch Preußen stand Oesterreich jetzt doch ganz anders gegenüber als wenige Jahre früher; des Königs Sympathie für Rußland ließ ihn die Kränkung, die dem Zaren von seinem Schützling widerfahren war, lebhaft empfinden; die hochmütige Behandlung, in der sich Oesterreich besonders am Bundestag Preußen gegenüber gefiel, verdroß ihn mehr und mehr, und es kam bald soweit, daß Friedrich Wilhelm selbst von der Möglichkeit eines Krieges sprach und in Wien die Erklärung abgeben ließ, daß seine Nachgiebigkeit zu Ende sei. Alles das wirkte direkt dahin Frankreichs Stellung zu heben. Alexander selbst war eifrig bemüht sich Napoleon zu nähern; sein Beispiel vermochte viel in Berlin wie an den kleineren deutschen Höfen; in Italien blickte wenigstens die nationale Partei hoffend und bittend nach den Tuileries. Nur etwa England war noch

Europäische
Stellung der
Türkei.

Rußland und
Oesterreich.

Italien.

Preußen.

Frankreichs
Übergewicht.

England.

imstande eine selbständige Politik Frankreich gegenüber zu befolgen; aber einerseits war durch die Kriegsgemeinschaft doch ein Band zwischen beiden Ländern geknüpft, das schon einen tüchtigen Ruck aushalten konnte ohne zu reißen; andererseits würde das englische Kabinett durch eine Trennung von Frankreich zur Annäherung an Oesterreich gezwungen sein, die einem liberalen Ministerium gewiß herzlich zuwider sein mußte; und endlich brach bald in Ostindien der gewaltige Aufstand der Hindus aus, der die Beteiligung Englands an der europäischen Politik auf ein sehr geringes Maß beschränkte. So traf alles zusammen um dem Emporkömmling auf dem französischen Throne die erste Stellung in Europa zu geben und den Schwerpunkt der Politik des Erdteils wieder einmal an die Seine zu verlegen.

Napoleon und
die europäi-
schen Höfe.

Der großen Masse wurde diese Thatsache vornehmlich klar durch die fürstlichen Besuche, welche Napoleon empfing und abstattete, und durch den Glanz, der sich an den Namen Paris knüpfte. Seit im August 1855 die englische Königin dem Kaiser den Besuch erwiedert, den er ihr im April gemacht, — das erste Mal seit 1422, daß ein englischer Souverän die französische Hauptstadt betrat — und seit im November desselben Jahres auch Viktor Emanuel sich in Paris eingefunden hatte, kamen die regierenden Fürsten und ihre Prinzen zahlreich und immer zahlreicher in die Tuilerien und befreiten den Kaiser aus der Vereinsamung, in der er sich bisher befunden. Die Könige von Württemberg und Bayern, der Großherzog von Toskana, österreichische, preussische, englische, russische, schwedische Prinzen stellten sich ein, und Zar Alexander, der in den Tuilerien als Gast zu weilen wie billig noch Bedenken trug, verabredete doch für den September 1857 eine Zusammenkunft mit Napoleon in Stuttgart, der Franz Josef vergeblich den Stachel dadurch zu nehmen suchte, daß er den heimkehrenden Zaren auf der Durchreise in Weimar begrüßte. Paris war besonders seit der Weltausstellung von 1855 das Ziel zahlreicher Wallfahrten. Hunderttausende waren damals aus allen Theilen Europas in die französische Hauptstadt geströmt und voll Staunens und Bewunderung zurückgekehrt. Bauten, wie man sie in Paris sah, von dieser Pracht, diesem Umfange, dieser Großartigkeit kannte man anderwärts noch nicht. Und auf der Bahn, die man einmal betreten, schien es keinen Einhalt zu geben. Hunderte von Millionen verwendete Haufmann, der Seinepräfekt, darauf ganze Stadtviertel niederzureißen und prächtige Straßen, schnurgerade und breit, mit Palästen besetzt, anzulegen, die nebenbei noch den Zweck erfüllten, bei etwaigen Unruhen den Kanonen und den Infanteriemassen bequemen Spielraum zu schaffen. In den ersten zwölf Jahren des Kaiserreichs wurden durchschnittlich im Jahr mehr als 100 Millionen für Bauzwecke in der Hauptstadt ausgegeben und Lyon, Marseille, Rouen wetteiferten mit diesem Vorbilde. Paris war ohne Zweifel die Königin der Städte. Paris war nicht der Mittelpunkt Frankreichs allein, es war der Sitz der Kunst, des Luxus, der Mode, die Hauptstadt

Paris.

Europas. Je weniger der Fremde in seiner eigenen Heimat fand, was er den Wunderwerken an der Seine ebenbürtiges, geschweige denn überlegenes zur Seite stellen konnte, um so maßloser war seine Bewunderung für das Genie Frankreichs. Die kleinen Nationen waren es daher, die am überschwenglichsten in die Posaunen des Lobes bliesen und am eifrigsten ihr Heil in der Nachahmung der französischen Kultur suchten; aber den Dänen und Rumänen, den Schweden und Griechen, den Holländern und Portugiesen folgte auch der Pole und der Russe, der Italiener und der Spanier, der Engländer und der Deutsche nach. Daß unter dem glänzenden Firnis viel Moder und Fäulnis wohne, war kein Geheimnis aber darüber setzte die Welt sich leichtsinnig hinweg. Der sittenlose französische Roman beherrschte die europäische Lesewelt, frivole Pariser Schauspiele und Operetten hielten ihre Triumphzüge über die fremden Bühnen. Der allgemeine Einfluß, welcher dadurch dem französischen Wesen gesichert wurde, erhielt seine besondere politische Färbung durch die Wirksamkeit der Pariser Presse und der in der Hauptstadt ansässigen fremden Korrespondenten. Was in Deutschland und selbst in England, was in Rußland oder Italien und was nun gar in den unbedeutenderen Ländern sich ereignete, das wurde einem großen Teile der übrigen Welt entweder ausschließlich auf dem Wege über Paris oder doch gewiß in französischer Zubereitung mitgeteilt. Man wußte wohl, daß diese französische Presse nichts weniger als unabhängig sei, daß sie ebenso den Winken der großen Geldmänner sich füge wie den Geboten der Regierung gehorche, daß die Widersezlichkeit eines Blattes gleichbedeutend mit seiner Unterdrückung sei; gaben doch zwei Verwarnungen, die einer Zeitung erteilt waren, dem Ministerium das Recht sie auf zwei Monate zu verbieten; konnte der Kaiser sie doch durch besonderen Befehl vollständig unterdrücken; aber trotzdem verbreitete man diese trüben Quellen in zahllosen Kanälen weiter und befestigte unaufhörlich den Einfluß des französischen Urteils auf die öffentliche Meinung Europas.

Einfluß der
französischen
Kultur.

Die Pariser
Presse.

Dieser Einfluß wurde dadurch um nichts gefahrloser, daß er zum Teil von heftigen Gegnern des napoleonischen Regimentes geübt wurde; in der Verherrlichung Frankreichs waren ja doch alle Parteien einig, und die Lobsprüche fanden im Auslande vielfach noch bereitwilliger Glauben, wenn sie mit Schmähungen auf den Kaiser verbunden waren. In Frankreich selbst durften die letzteren sich natürlich nicht hervorwagen, wemgleich allen Parteien die Veröffentlichung mindestens einer Zeitung in der Hauptstadt zugestanden blieb; aber durch die Berichterstatter auswärtiger Blätter und die Reden und Schriften flüchtiger Franzosen wurden sie doch an den Markt gebracht. Die Anfeindungen, die so gegen den Kaiser gerichtet wurden, hatten meist etwas Kleinliches und Gehässiges; man fühlte ihnen die Ohnmacht ihrer Urheber an; man sagte sich, daß von dieser Seite dem Kaiserreiche gewiß keine Gefahr drohe, und hörte und las sie deshalb vielleicht um so lieber. Daß der

Die Feinde
des Bonapar-
tismus.

Die Aussichten
der Dynastie.

Thron Napoleons für die nächste Zukunft feststehe, galt für ganz zweifellos, sofern nicht außerordentliche Zwischenfälle eintraten. Denn freilich wenn der Kaiser starb, wenn ein Mordversuch auf ihn glücklicher ausfiel als die, welche der Garibaldianer Pianori am 29. April 1855 und bald darauf der Schuhmacher Bellemare gemacht hatten, dann war der Fortgang der Ereignisse nicht zu übersehen. Napoleon selbst verhehlte es sich gewiß nicht, daß dann die Thronfolge des Sohnes, der ihm am 16. März 1856 geboren war, sehr unwahrscheinlich sei; in seiner Antwort auf den Glückwunsch des Senates gedachte er ernst der Schicksale derer, die vor diesem „Kinde von Frankreich“ als Thronfolger geboren waren; ein Regenschaftsgesetz, das im Juli vom Senate genehmigt wurde, sollte, soweit das möglich war, die Schwierigkeiten im Fall eines vorzeitigen Todes des Kaisers hinwegräumen. Aber schwerlich gab es viele Leute, die einiges Vertrauen in diese papierene Stütze setzten. Das Kaiserreich beruhte ganz augenscheinlich auf zwei Augen; nicht die Kaiserin und nicht der Prinz Napoleon, Jérômes Sohn, waren geeignet in der Stunde der Gefahr den Zusammenbruch zu verhüten. Die Kaiserin genoß freilich in strengkirchlichen Kreisen großer Verehrung, weil sie treu zum Ultramontanismus hielt; aber nicht bei den Ultramontanen lag im Fall einer Revolution die Entscheidung. Und wenn andererseits der Prinz Napoleon mit den Republikanern liebäugelte, so war doch nur ein verschwindender Teil dieser Partei für seine Zukommenheiten empfänglich, und zu größerem Einfluß hätte er besten Falls doch nur durch ein Mittel gelangen können, durch die Aufopferung des kaiserlichen Prinzen. Das Regiment, unter dem Frankreich stand, war also im allerstrengsten Sinne ein rein persönliches; die Partei, auf welche es sich stützte, folgte lediglich dem Kaiser und seinem Glück. Solange er Ämter und Ehren zu verleihen hatte, solange unter seinem Schutze das Börsenspiel blühte und Handel und Wandel in glänzendem Aufschwung begriffen waren, solange sein Wort Europa ängstlich lauschen machte und Frankreich mit dem Bewußtsein erfüllte die erste der Nationen zu sein, solange blieb der große Troß der Ämterfüchtigen und Ruheliebenden, der Erwerbslustigen und Gleichgültigen seiner Fahne treu, solange waren die feindlichen Parteien zur Unthätigkeit verurteilt. Aber weder das Heer noch die Landbevölkerung, die beiden breiten Pforten, auf denen das Kaisertum ruhte, waren danach angethan die Fortdauer des Systems durch thätiges Eingreifen zu verbürgen, wenn der Kaiser einmal die Augen schloß.

Parteidemon-
strationen.

Im einzelnen der Kundgebungen zu gedenken, durch welche die alten Parteien zeigten, daß sie noch am Leben seien, würde leicht eine falsche Vorstellung von ihrer Wichtigkeit hervorrufen. Mit besonderer Vorliebe wurden die Beerdigungen bedeutender Gegner des Kaisertums zu solchen Demonstrationen benutzt; die Ruhe des Friedhofs und das Gezänk der Parteien traten in eine Wechselbeziehung, als ob kein Verstand und kein gesundes Gefühl sich dagegen empörte. Kleine Verschwörungen, meist

von nichtigen und einflußlosen Leuten angezettelt, tauchten bald hier bald dort auf und wurden ohne Mühe erstickt, mochten sie nun die republikanische oder die legitimistische Farbe tragen. Der Haß und die Bosheit der Unterdrückten fand dann wohl in bitteren Reden der Angeklagten und ihrer Verteidiger eine kleine Genugthuung, aber dieser ärmliche Trost war selbst wieder eine Quelle des Verderbens für die Besiegten; es entschwanden ihnen die großen praktischen Gesichtspunkte unter den hohlen Phrasen ihrer Advokaten und den kleinlichen Nergeleien und Nadelstichen, mit denen sie die Regierung zu ärgern suchten. Die monarchischen Parteien der Bourbons und der Orleans trugen sich eine Zeitlang von neuem mit dem Gedanken ihren Einfluß durch eine Verschmelzung zu mehren. Der Graf von Chambord empfing in den Jahren von 1853—1856 Besuche und Briefe von den Herzögen von Nemours und Montpensier und hatte mit Louis Philipps Witwe Begegnungen in England und Italien. Aber ganz aufrichtig waren selbst diese Annäherungen nicht, die Herzogin von Orleans und ihr Sohn, der Graf von Paris, standen ihnen fern und schließlich kam es selbst zwischen Nemours und Chambord wieder zum Bruch. Napoleon hatte die Befriedigung, daß aus dem Doppellager des Königtums mancher geldbedürftige oder kampfes müde Mann in seine Reihen übertrat, daß besonders der Adel immer weniger den Genuß der hohen Staatsämter verschmerzen konnte und äußerlich seinen Frieden mit der herrschenden Partei machte. In dem gesetzgebenden Körper bestand die kaiserliche Mehrheit vorzugsweise aus vormalig Königlichen. Eigene Parteigenossen, die sich zu Volksvertretern geeignet hätten, waren nur spärlich aufzutreiben; denn die Kaiserlichen geboten nur über wenige Männer von geistiger Bedeutung und gesellschaftlicher Stellung, und diese wenigen mußten an wichtigeren Stellen verwendet werden als in der einflußlosen Kammer. Daß die

Die Monarchisten.

Die Kammer.

Befehrten, welche hier unter der Leitung einiger erprobter Bonapartisten das Wort führten, nicht abtrünnig wurden, dafür sorgte einerseits die Verachtung, in die sie bei ihren früheren Gesinnungsgenossen gefallen waren, andererseits die Gewalt, welche die Regierung über sie hatte. Jeder wußte, daß alle Wahlen von den Präfekten und Maires gemacht wurden, daß nur die offiziellen Kandidaten Aussicht auf Erfolg hatten und daß ein Unzuverlässiger sicher war bei der Wiederwahl durchzufallen. Erst durch die Erneuerung der Kammer im Jahre 1857 kamen ein paar vereinzelt Gegner des Bonapartismus in das Palais Bourbon. Der Mut, mit dem sie ihre Ansichten vertraten, war aller Ehren wert; aber eine fruchtbare parlamentarische Thätigkeit hätten sie auch bei größerer Zahl nicht entwickeln können, denn der gesetzgebende Körper war zu völliger Ohnmacht verurteilt. Er hatte nicht das Recht die Vorlagen der Regierung zu verbessern, außer wenn der Senat seine Zustimmung gab; er bewilligte den Staatshaushalt in etwa 50 großen Posten und selbst diese schwache Schranke, die der finanziellen Willkür des Kaisers gezogen war, konnte durch einfache Verordnung überschritten,

Gelder, die zu dem einen Zweck bewilligt waren, zu dem anderen verwandt werden. Der gesetzgebende Körper durfte keine Bittschriften in Empfang nehmen, keine Interpellationen an die Minister richten; er hatte nicht das Recht sich in Adressen an den Kaiser zu wenden oder ungehindert zum Volke zu reden. Seine Verhandlungen wurden in amtlicher Zusammenziehung veröffentlicht und der Presse jede unparteiische oder besser gesagt jede andere Mitteilung als solche im Sinn der kaiserlichen Partei unmöglich gemacht.

Zukunftslosigkeit des kaiserlichen Systems.

Auf diese Weise schnitt sich der Bonapartismus selbst die Zukunft ab; aber freilich konnte er sie sich nur erobern durch die schwerste Gefährdung der Gegenwart. Gerade die Eigentümlichkeiten, in denen das Wesen des Bonapartismus bestand, prägten ihm den Stempel eines zukunftslosen Übergangssystems auf. Napoleon wollte die Wohlfahrt und die Gleichberechtigung der Massen durch eine ihrem Wesen nach absolute Regierung herbeiführen, aber er konnte sich nicht verhehlen, daß der Augenblick kommen werde, wo diese Massen der Vormundschaft überdrüssig werden und sich aus ihrer eigenen Mitte heraus würden regieren wollen. Die Freiheit, so hatte er am 14. Februar 1853 gesagt, hat nie ein dauerhaftes politisches Gebäude gründen helfen, sie kann es nur krönen. Also nötig war doch auch sie, ohne sie war das Gebäude nicht vollendet und gleichwohl war es dem Kaiser unmöglich zu ihr hinüberzuleiten, unmöglich sich eine lebensfähige parlamentarische Partei zu schaffen. Die Möglichkeit dazu gewähren hieß die Freiheit gewähren, und das konnte er wiederum nicht eher, als bis er eine ehrenhafte und tüchtige Partei, die den Kampf mit den anderen aufzunehmen vermochte, hinter sich hatte. Er befand sich in einem fehlerhaften Kreise, aus dem nicht herauszukommen war.

Fürsorge für die Massen.

So blieb also kein anderes Mittel zur Befestigung des bestehenden Regiments als die Befriedigung der Massen. Daran ließ es der Kaiser nicht fehlen. Die großartigen Bauten, die er anordnete, gaben der Arbeiterbevölkerung reichlichen Verdienst, der Bauer wurde durch aufmunternde Worte, durch die Erhaltung der Ordnung, durch die Verbesserung der Verkehrsstraßen festgehalten, der kleine Bürger, der Kaufmann, der Industrielle gewann durch den unerhörten Aufschwung des Handels und der Gewerbe, durch den sich Aus- und Einfuhr in den 15 Jahren nach 1850 von 2 $\frac{1}{2}$ Milliarde auf das dreifache hob. Auch die geistige und sittliche Förderung des Volkes ließ Napoleon sich, soweit es ging, angelegen sein; der Verbreitung des Volksunterrichts widmete er unausgesetzt sein Interesse; in Paris z. B. stiegen die Ausgaben für das Schulwesen von 1847—1867 von etwas über eine Million auf das sechsfache; Arbeiterwohnungen, die zu ganzen Stadtvierteln anwachsen, und Hilfskassen, bei denen 1859 über eine halbe Million Arbeiter beteiligt waren, beförderten nicht nur den Wohlstand der unteren Stände, sondern auch den Familiensinn und das Gefühl der Gegenseitigkeit, also die wirksamsten sittlichen Triebfedern. Wo sich eine

Gelegenheit bot dem atemlosen Jagen nach Gewinn, dem leichtsinnigen und sittenlosen Treiben der Hauptstadt entgegenzutreten, ließ Napoleon sie sich nicht entgehen. Er wußte recht wohl, wie gefährlich es sei sich nur auf den Materialismus des Volkes zu stützen, und je mehr ihn seine Lage gerade dazu zwang, um so begieriger benutzte er die spärlichen Anlässe auch dem Idealismus ein Wort zu gönnen. Die Bundesgenossenschaft, die sich bei solchen Gelegenheiten ihm aufdrängte, der katholische Klerus, war freilich auch wieder gefährlich. Wenn durch die Begründung von Gemeindebibliotheken und durch den Hausverkauf belehrender Schriften die Bildung des Volkes gehoben, wenn durch das Verbot des Vertriebes unsittlicher Bücher (in zwei Jahren wurden ihrer an 6000 verfehmt) der zunehmenden Verwilderung ein Riegel vorgeschoben werden sollte, so dienten diese Maßregeln, da sie unter Mitwirkung und Obhut der Geistlichkeit ausgeführt wurden, doch auch zur Verstärkung des Einflusses der Kirche nicht bloß in den Richtungen, wo er ihr bereitwillig einzuräumen war. Die Mirakelsucht und der Marienkultus mehrten sich in erschreckender Weise, seit 1853 die Jungfrau in La Salette einigen Hirtenkindern erschienen war und der Papst dies Wunder beglaubigt hatte. Auch das Unterrichtswesen befand sich in bedenklicher Abhängigkeit von den Bischöfen, und schon wagten es die Heißsporne unter denselben das Studium der griechischen und römischen Klassiker aus den höheren Schulen verdrängen und die Kirchenväter an deren Stelle setzen zu wollen. Mit den gemäßigten Männern, die noch auf vielen Bischofsstühlen saßen, wie mit dem Erzbischof Sibour von Paris, den ein halbverrückter Priester 1857 in der Kirche ermordete, konnte die Regierung allerdings sehr wohl zusammen wirken ohne dem Staate etwas zu vergeben; aber diese Gemäßigten hatten einen schweren Stand gegen die Hitzköpfe, für die Louis Veuillot im Univers das Wort führte. Sibour nahm den Kampf mit ihnen mutig auf und verbot das übereifrige Blatt; allein der Papst selbst ergriff 1853 für Veuillot Partei und der Erzbischof mußte sich dem Zeitungsschreiber unterwerfen. Zuweilen wagte der Kaiser es wohl den Klerikalen in deutlicher Weise sein Mißvergnügen zu erkennen zu geben; aber im allgemeinen suchte er sich sorgsam ihre Freundschaft zu erhalten, da ihre Feindschaft ihm nur zu leicht die Unterstützung der Landbevölkerung kosten konnte.

Alles in allem stand also der Bonapartismus für den Augenblick fest: solange der Kaiser lebte, lag die Gefahr einer neuen Umwälzung in weiter Ferne. Heer, Geistlichkeit und Beamtentum waren für die bestehenden Verhältnisse gewonnen, Arbeiter, Bürger und Bauernstand zufrieden. Die Verwaltung des Reiches war in geschäftskundigen und gewandten, wenn auch nicht immer reinen Händen. Zu Veränderungen in seinem Ministerium griff der Kaiser nicht leicht, wenn ihn nicht Todesfälle dazu zwangen. An St.-Arnauds Stelle war 1854 Baillant als Kriegsminister getreten, als Fortoul 1856 starb, übernahm Rouland den Unterricht. Drouyn de l'Huys allerdings räumte Walewski den

Der katholische Klerus.

Die Verwaltung.

Platz im Auswärtigen Amte, als Mitte 1855 die Verhandlungen mit Rußland in Wien scheiterten, und Maigne ging aus dem Handels- in das Finanzministerium über; Fould und Abbaticci waren mit ihm seit 1852 im Amte, Villault seit 1854, Rouher und der Admiral Hamelin seit 1855. Da der Kaiser allein verantwortlich war und alle diese Männer von Grundsätzen nicht viel hielten, sondern vorzugsweise auf Bewahrung ihrer Stellung bedacht waren und etwaige Schwankungen daher bereitwillig mitmachten, so war zu häufigerem Wechsel in der That auch kein Anlaß vorhanden. Der Schein von Beständigkeit aber, der dadurch erzielt wurde, kam dem ganzen Regierungssystem zugute und befestigte den Glauben an des Kaisers überlegene Konsequenz und Klugheit, einen Glauben, der den ganzen Erdteil beherrschte und der rückwirkend dem Einfluß Napoleons und der Macht Frankreichs nicht geringen Vorschub leistete.

So verstrichen die nächsten Jahre nach dem Pariser Frieden, ohne daß bedeutende Ereignisse die Ruhe gestört hätten. Die Schwierigkeiten, die sich bei der Ausführung des Friedensvertrages herausstellten, wurden meist durch den Einfluß des Kaisers beseitigt, und mehr als eine Konferenz, die zu diesem Zwecke in Paris abgehalten wurde, rief den Völkern die Thatsache ins Gedächtnis, daß die Leitung Europas in Frankreichs Händen sich befinde. Manche andere Verwickelung, die sonst noch auftauchte und in derselben Weise geschlichtet wurde, wird im weiteren Verlaufe der Erzählung noch zu berühren sein. Man hätte glauben sollen, daß allmählich das Vertrauen in die friedfertigen Absichten des Kaisers ausschließlich die Herrschaft erlangen werde. Allein das war nicht der Fall, obgleich niemand die eigentümlichen Worte kannte, mit denen Napoleon am Schluß des Kongresses den kriegslustigen Grafen Cavour entlassen hatte: „Beruhigen Sie sich, ich habe das Gefühl, daß der Friede nicht lange dauern wird.“ Dies Gefühl war in der That allgemein. Da trat plötzlich eines jener unvorhergesehenen Ereignisse ein, die das Leben des Kaisers und damit die bestehende Ordnung bedrohten und zwar so ernstlich, daß Napoleon sich dadurch zu den folgenreichsten Entschlüssen für seine innere wie äußere Politik bestimmen ließ.

Ordnis
Mordversuch.

Am Abend des 14. Januar 1858 fuhr der Kaiser mit der Kaiserin in die Oper. Schon seit einiger Zeit hatte die Polizei Kenntnis von einem Mordanschlag, den ein gewisser Pieri beabsichtige. Ein großes Aufgebot von Polizisten wurde daher stets bereit gehalten die Person des Monarchen zu schützen und war auch an diesem Abend vor der Oper aufgestellt. Unter der Volksmenge, die sie von dem Betreten des Trottoirs abzuhalten hatten, befand sich ein Mensch, der dies Verbot hartnäckig mißachtete; er wurde verhaftet und als Pieri erkannt. Ein paar Minuten später rollte der Wagen des Kaisers heran; in demselben Augenblicke flog eine Bombe durch die Luft, der gleich darauf zwei andere folgten; sie platzten vor und unter dem Wagen und verwundeten durch ihre Splitter 141 Personen, einige davon tödlich. Das Kaiser-

paar blieb unverletzt; nur ein Glassplitter ritzte dem Kaiser die Nase, auch sein Hut wurde durchbohrt. Ein paar Minuten später erschien er, von einem lauten Jubelsturm begrüßt, in seiner Loge und wohnte mit seiner Gemahlin der Vorstellung bis zu Ende bei.

Unter den Verhafteten befand sich ein Italiener, Namens Gomez, der ohne Ausreden sich als Diener des Flüchtlings Felix Orsini bekannte und dessen Wohnung angab. Die Polizei suchte ihn auf und fand ihn im Bett, von einem Bombensplitter im Gesicht verwundet. Weder er noch Pieri machten den Versuch zu leugnen. Orsini war 39 Jahre alt; sein ganzes Leben war eine fast ununterbrochene Kette von Verschwörungen gewesen. Zweimal in die Gewalt der Regierungen gefallen und beidemal dem Gefängnis entkommen, 1846 durch die Amnestie des Papstes, 1855 durch eine abenteuerliche Flucht aus Mantua, hatte er sich zuletzt in London aufgehalten und dort den Entschluß gefaßt Napoleon zu ermorden, weil er schuld an dem Scheitern der italienischen Erhebung von 1848 sei. Zu Genossen seines Planes hatte er einen flüchtigen Franzosen Bernard und seine Landsleute Pieri, Gomez und Rudio gewonnen; Bernard war jedoch nicht mit aus England herübergekommen. Das Geständnis der Verschwörer und die bei ihnen aufgefundenen Papiere ließen alle wesentlichen Punkte mit hinreichender Sicherheit erkennen, insbesondere auch den Umstand, daß der gefürchtete Mazzini, mit dem Orsini in schlechtem Einvernehmen lebte, durchaus unbeteiligt war. Die Verteidigung des Rädelshäufers übernahm Jules Favre, wenn man es anders eine Verteidigung nennen wollte; denn bei dem Eingeständnis des Angeklagten beschränkte sich der berühmte Advokat darauf die Beweggründe seines Schüßlings in ein möglichst günstiges Licht zu setzen und seine That als die Äußerung einer irgeleiteten Vaterlandsliebe hinzustellen. So wollte auch Orsini seine Handlungsweise aufgefaßt wissen. Ohne für sich um Gnade zu bitten richtete er angesichts des Todes am 11. Februar 1858 einen Brief an den Kaiser, in welchem er ihn beschwor Italien zu Hilfe zu kommen. Nicht einer unmittelbaren Unterstützung bedürfe es; Italien werde sich selbst befreien, wenn Frankreich nur verhindere, daß Deutschland Österreich seinen Beistand leihe. Befreien Sie mein Vaterland, so schloß der Brief, und der Segen von 23 Millionen folgt Ihnen in die Nachwelt.

Der Proceß.

Orsini's Briefe.

Das merkwürdige Schriftstück blieb nicht ohne Eindruck auf das Gemüt des Kaisers; er gestattete, daß Favre es vor dem Gerichtshofe verlas und daß es veröffentlicht wurde. Dafür ihm zu danken schrieb Orsini einen zweiten Brief, am 3. März 1858. Die Teilnahme des Kaisers für sein Vaterland gewähre ihm, so versicherte er, keinen geringen Trost; er bereue seine That, biete willig sein Leben als Sühne für die unschuldigen Opfer derselben und beschwöre seine Landsleute nicht ferner den Mord zu den politischen Mitteln zu zählen. Die Begnadigung, die er nicht erbeten, erhielt er auch nicht; am 13. März erlitten er und Pieri den Tod auf dem Schafott, Rudio und Gomez wurden deportiert.

Einfluß auf
die innere
Politik.

Espinasse.

Die Sicher-
heitsgesetze.

Die Opposition
in der Kammer.

Espinasses
Rücktritt.

Die nächste Folge des Ereignisses war eine Verschärfung des Polizeisystems und ein rücksichtsloses Einschreiten gegen die Reste der alten Parteien. Da der Polizeipräfekt Pietri und Villault, der Minister des Inneren, den Plan der Verschwörer trotz mancher Fingerzeige nicht rechtzeitig entdeckt hatten, mußten beide am 6. Februar ihre Posten verlassen und das Regiment an den General Espinasse abgeben, der sich zwar nicht gerade durch Feinheit und Verschlagenheit, umsomehr aber durch brutale Energie empfahl. Die Einteilung des ganzen Landes in die fünf Militärbezirke von Paris, Lyon, Toulouse, Tours und Nancy erleichterte die Verwendung der Truppen an jedem Orte, wo es not thun mochte. Die Presse wurde durch Verwarnungen und Unterdrückungen eingeschüchtert. Der Hauptschlag aber bestand in dem Erlaß der Sicherheitsgesetze, durch die eine Unzahl von politischen Vergehen mit der Verbannung oder der Verweisung nach Algerien oder in ein beliebiges Departement Frankreichs bedroht und überdies der Regierung das Recht gegeben wurde dieselbe Maßregel, wenn ernste Thatsachen es erforderlich machen sollten, ohne richterlichen Spruch über alle die zu verhängen, welche wegen der Ereignisse von 1848 bis 1851 verurteilt worden seien. Mit neunfacher Majorität genehmigte der gesetzgebende Körper am 14. Februar diese Anträge; nur 24 Stimmen erhoben sich dagegen und nach der selbstverständlichen Zustimmung des Senats konnten die Sicherheitsgesetze am 27. Februar 1858 veröffentlicht und sogleich in Vollzug gesetzt werden. Dies geschah in der rücksichtslosesten Art. Die Präfekten wurden nach Paris entboten und erhielten von Espinasse den Auftrag so und soviel Verhaftungen vorzunehmen; etwa 2000 Opfer wurden, oft ohne den geringsten Anhaltspunkt, auserkoren und teils in die Gefängnisse teils unter den größten Mißhandlungen nach Algerien geschafft. Unter diesen Umständen war jeder Widerstand gegen die Regierung eine gefährliche Sache; besonders bedenklich mußte es erscheinen sich von der Opposition in die Kammer wählen zu lassen. Mancher, der sonst gern die Vertretung von Paris, das soeben Nachwahlen zu vollziehen hatte, übernommen haben würde, trat deshalb schein zurück; zwei Männer aber wurden gewählt, die fortan mit den drei 1857 gewählten Republikanern, Emil Ollivier, Darimon und Hénon, zu einer geschlossenen Opposition zusammentraten: Jules Favre und Ernst Picard. Diese Gruppe der Fünf bildete mehrere Jahre hindurch den unscheinbaren aber unschätzbaren Mittelpunkt, von dem aller Widerstand gegen das Kaiserreich ausging, und ihrer geschickten Kampfweise war es zu danken, daß die Fahne der Opposition nicht allein hochgehalten wurde, sondern auch neue Kämpfer um sich sammelte, so daß mit jeder neuen Wahl sich das Häuflein ihrer Verteidiger vermehrte.

General Espinasse mußte übrigens seinen Ministerposten schnell wieder fahren lassen. Er verdarb es mit der Geistlichkeit, indem er die Wohlthätigkeitsanstalten zwingen wollte ihr unbewegliches Vermögen zu verkaufen und das Geld in Staatspapieren anzulegen. Der Stimme

des Klerus, die des Ministers Rücktritt forderte, konnte der Kaiser nicht widerstehen und ersetzte ihn schon im Juni durch Delangle, welcher den Prozeß gegen Orsini geleitet hatte. Gleichzeitig wurde für den Prinzen Napoleon ein neues Ministerium, das der Kolonien und Algeriens, geschaffen, und da der Prinz sich von jeher mit seinen liberalen Ideen und Verbindungen gebrüstet hatte, so konnte man von seiner Ernennung, zumal sie mit Espinasses Entfernung zusammenfiel, immerhin eine Lockerung der straff angespannten Zügel erhoffen.

Die auswärtige Politik Napoleons wurde durch Orsinis That in doppelter Weise beeinflusst; sie begann einen Feldzug gegen die Flüchtlinge in den Nachbarländern, und sie faßte entschlossener den Gedanken ins Auge, mit dem der Kaiser sich schon lange getragen: die Befreiung Italiens vom österreichischen Joch. Gleich nach dem Attentate mußten die Kammern dem Kaiser ihren Unwillen darüber aussprechen, daß gewisse Nachbarländer den Empörern und Meuchelmördern Gastfreundschaft gewährten; eine Adresse der Obersten der Armee schlug denselben Ton an, und gestützt auf diese „öffentliche Meinung“ verlangte Walewski von dem britischen Kabinett und den kleineren Nachbarstaaten, Sardinien, Belgien und der Schweiz, Maßregeln für die Sicherheit Frankreichs. Daß die Grenzländer Hauptherde der Verschwörungen gegen das Kaisertum waren, ließ sich nicht bestreiten. Man brauchte nur die Schaufenster der Buchhandlungen in Brüssel oder Genf zu betrachten um zu sehen, wie hier alles Gift und alle Bosheit gegen den Bonapartismus sich ansammelte. Auch die liberalen Zeitungen dieser Grenzländer standen zum großen Teil im Kampfe wider Napoleon und unter dem Einfluß französischer Flüchtlinge. Zu wiederholten Malen schon hatte das Pariser Kabinett das Einschreiten der Nachbarregierungen gegen diese Anfeindungen erzwungen. Am bereitwilligsten war ihm Sardinien entgegengekommen, wo Cavour schon nach dem Staatsstreich im Februar 1852 einen Gesetzentwurf durchgebracht hatte, der die Beleidigung fremder Staatsoberhäupter den Geschworenen entzog und den Strafantrag des Beleidigten für unnötig erklärte. Als jetzt ein piemontesisches Blatt den Meuchelmord zu verteidigen wagte und nach dem bestehenden Rechte freigesprochen wurde, beeilte sich der Minister ein neues Gesetz vorzulegen, das solche Urteile in Zukunft verhindern sollte. In glänzender Rede wies er am 16. April 1858 den Vorwurf zurück, daß er fremdem Druck unwürdig nachgebe; nur dem Druck des Gewissens gehorche er; Italien könne der Allianzen nicht entbehren und dürfe sie nicht durch die Maßlosigkeiten seiner Presse verscherzen. So zahlreich die Gegner der Vorlage auch anfangs gewesen waren und wie heftig sie sich widersetzten, Cavour trug doch den Sieg davon, und Napoleon rechnete ihm diesen Dienst hoch an.

Auch Belgien hatte schon ein paar Jahre früher auf Frankreichs Verlangen einschränkende Gesetzesbestimmungen getroffen. Zur Zeit des Pariser Kongresses waren die Angriffe der Brüsseler Zeitungen auf den

Auswärtige
Politik.

Beschwerden
über die
Flüchtlinge.

Sardinien.

Belgien.

Kaiser so heftig geworden, daß Walewski in der Sitzung vom 8. April erklärte, wenn die belgische Regierung nicht aus eigenem Antriebe die Presse zur Ruhe bringe, so müsse Frankreich es ihr begreiflich machen, daß es die erste aller internationalen Pflichten sei keine Gefährdung der Ordnung in den Nachbarstaaten zu dulden. Dieser Sprache mußte sich das klerikale Ministerium, das damals am Ruder stand (de Decker, Vilain XIV., Nothomb), fügen und die gewünschten Verschärfungen der Preßgesetzgebung durchführen; eine Änderung der Verfassung lehnte es aber unbedingt ab. Zur Zeit des Drsinischen Attentates hatten die Liberalen die Regierung in den Händen. Das klerikale Ministerium hatte nämlich 1857 ein Wohlthätigkeitsgesetz eingebracht, das die Macht der Orden in bedenklicher Weise erhöhte, indem es das Vermögen frommer Stiftungen der Staatsaufsicht entzog und der Aufsicht der großentheils klerikalen Gemeindebehörden unterstellte. Schon bei der Beratung der Vorlage drohte Rogier, der Führer der Liberalen, damit, daß der Unwille des Volkes sich in einem Klostersturm Luft machen werde, und als das Gesetz am 27. Mai wirklich angenommen ward, begannen in der That in den großen Städten sofort blutige Straßenunruhen. Der König, der im Jahre vorher bei der Feier seines Regierungsjubiläums die dankbare Huldigung aller Parteien entgegengenommen hatte, war sehr erzürnt über dieses Benehmen der Liberalen. Ich steige zu Pferd, rief er entrüstet aus, um die Volksvertretung zu schützen, ich lasse die Mehrheit nicht beschimpfen! Trotz aller Unparteilichkeit und trotz seiner eigenen liberalen Gesinnungen waren ihm doch die Klerikalen im Ministerium bequemer; die Liberalen, pflegte er zu sagen, sind wie ein Band von Sand; sie waren unter sich oft uneinig und erschwerten ihm, wenn sie am Ruder waren, sehr die Regierung. Bei reiferer Überlegung konnte sich der Monarch aber doch nicht verbergen, daß die Aufreizung von dem Ministerium ausgegangen war. Das Wohlthätigkeitsgesetz war nichts weniger als unentbehrlich, es hatte keinen anderen Zweck als den, das Übergewicht der katholischen Partei dauernd zu machen. Jede Maßregel aber, die einer der beiden großen Parteien die Herrschaft dauernd verbürgen sollte, war für Belgien eine Gefahr. Das erkannte Leopold und sprach es in einem Briefe an den Minister des Inneren am 13. Juni 1857 unumwunden aus; er riet der Mehrheit das gefährliche Gesetz bis zur Beruhigung der Gemüther liegen zu lassen und schloß die Kammer für dieses Jahr. Die Stimmung wurde infolgedessen auch wirklich ruhiger, aber bei den Gemeindevahlen im Herbst bewies die ungeheuere Mehrheit, welche die Liberalen gewannen, daß sie in der That das Volk hinter sich hatten. Das Ministerium bot daher am 31. Oktober seine Entlassung und wurde durch Rogier, Frère-Orban, Tesch, die Führer der Opposition, ersetzt. Auch die zweite Kammer mit ihrer klerikalen Mehrheit mußte nun aufgelöst werden, und die Wahlen vom 10. Dezember ergaben fast eine Zweidrittelmajorität für die neue Regierung. Für das Verhältnis zu Frankreich war dieser starke Rückhalt sehr nützlich. Das

Ministerium durfte sich dem Drängen Walewskis, der Sicherheitsmaßregeln forderte, nicht widersetzen und würde bei schwächerer Mehrheit durch den Abfall einzelner Parteigenossen vielleicht eine Niederlage erlitten haben. Wie aber die Dinge jetzt standen, brachte es seine Vorschläge über Fremdenpolizei und Beleidigungen fremder Regenten ohne Schwierigkeit im Februar und März durch, und Napoleon war befriedigt.

Der dritte der kleinen Nachbarstaaten, die sich dem Gebote Frankreichs fügen mußten, war die Schweiz. Für sie waren Beschwerden über das Asylrecht eine längst gewohnte Sache. Wie nach 1830, so war auch nach 1848 und zwar vorzugsweise von Österreich alles aufgegeben um die Bundesbehörden einzuschüchtern. Einen sehr unfreundlichen Notenwechsel hatte schon Ende 1852 die Ausweisung der fremden Klostergeistlichen aus dem Kanton Tessin veranlaßt; Österreich drohte als Gegenmaßregel die Vertreibung aller Tessiner aus der Lombardei an. Da kam am 6. Februar 1853 noch die unglückliche Mailänder Erhebung hinzu, die von der Schweiz aus befördert sein sollte. Sogleich wurde mit der Ausweisung der Tessiner Ernst gemacht, eine strenge Grenzsperrung gegen den Kanton verhängt und vom Bundesrate die Entfernung der Flüchtlinge aus Tessin und Bürgerschaften für die Zukunft verlangt. Allein in Bern blieb man fest und ließ sich auch durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen (am 21. Mai) nicht einschüchtern. Es erforderte das umsomehr Mut, als man auch mit Preußen wegen Neuenburgs auf dem schlechtesten Fuße stand. Für Friedrich Wilhelm IV. war dieser an sich so unbedeutende Streitpunkt zu einer Herzens- und Ehrensache geworden, und es bereitete ihm schweren Kummer, daß er seiner Partei in Neuenburg nicht zum Siege verhelfen konnte. Durch ein Londoner Protokoll vom 24. Mai 1852 war sein Besitzrecht zwar von den Großmächten anerkannt worden, aber bei keiner fand er Teilnahme für seine Bemühungen um Wiedererwerb eines Ländchens, das nach Wellingtons treffender Bemerkung Frankreich jeden Augenblick besetzen und Preußen nie verteidigen konnte. Nicht einmal die entwickelten Verhältnisse während des Krimkrieges brachten das Berliner Kabinett seinem Ziele näher, und als Herr von Manteuffel in der großen Sitzung des Kongresses vom 8. April 1856 die Aufmerksamkeit der Versammlung auf den einzigen Punkt in Europa lenkte, wo allen Verträgen zuwider noch immer die Revolution herrsche, fand seine Klage nicht den leisesten Widerhall. Wenige Monate darauf wurde die Angelegenheit in weitaus wirksamerer Weise Europa ins Gedächtnis gerufen. Die kleine preussische Partei in Neuenburg erhob sich am 3. September 1856 mit bewaffneter Hand, geführt von den Bourtales, Meuron, Besdehlen und anderen Adelsgeschlechtern des Landes. Man bemächtigte sich des Schlosses, nahm den Staatsrat gefangen und erklärte die Wiedereinsetzung des Königs in sein Fürstentum. Der Umschwung hielt aber kaum 24 Stunden vor. Schon anderen Tags eroberten 1500 Republikaner unter Oberst Denzler das Schloß und nahmen die 6—700 Königlichen

Die Schweiz.

Der Neuenburger Handel.

gefangen. Friedrich Wilhelm hatte dem Butsche seiner Anhänger durchaus fern gestanden; jetzt für sie einzutreten war trotzdem zweifellos ein Gebot der Ehre. Das nächste, was er verlangte, war die Freilassung der Gefangenen; zugleich forderte er die Großmächte auf ihm auf diplomatischem Wege zu seinem Rechte zu verhelfen. Allein keines der Kabinette beilegte sich dieser Einladung nachzukommen; sie begnügten sich in Bern die Freilassung der Gefangenen zu unterstützen und erboten sich sogar, wenn diese erfolgt sei, Preußen zur Anerkennung der Unabhängigkeit Neuenburgs zu veranlassen. Eigensinnig steifte sich der Bundesrat jedoch darauf, daß diese Anerkennung der Entlassung von Pourtalès und 34 anderen Royalisten, die noch in Haft waren, vorausgehen müsse, und ließ sich weder durch die Abberufung des preußischen Gesandten von Sydow, noch durch die angedrohte Mobilmachung von vier Armeekorps und die Gestattung des Durchzugs preußischer Truppen durch die süddeutschen Staaten einschüchtern. Freilich lag eine Ermütigung für ihn darin, daß Österreich am 28. Dezember diesen Durchmarsch beanstandete und erst vom Bundestage genehmigt wissen wollte, was Preußen durchaus ablehnte. Dagegen unterstützte Frankreich ernstlich die Forderung der Freilassung der Gefangenen und verbürgte sich in diesem Fall gleichsam für Preußens Verzicht auf Neuenburg, so daß man in Bern denn doch einlenkte und am 15. Januar 1857 die Gefangenen freigab. Nun unterblieb die Mobilmachung und es begannen unter Frankreichs Vermittelung und Teilnahme der anderen Großmächte am 5. März Verhandlungen. Während derselben kam Herr von Bismarck in außerordentlicher Mission nach Paris. Er fand Napoleon sehr liebenswürdig und gar nicht unzufrieden damit, wenn das Schweizer Demokratennest ausgenommen würde; doch suchte er dem preußischen Ehrgeiz größere Ziele vorzuhalten, sprach von einem Krieg in Italien gegen Österreich als nahe bevorstehend, empfahl Preußen sich mit Hannover und Holstein zu arrondieren und wünschte für Frankreich nur eine kleine Grenzberichtigung am Rhein, da größere Erwerbungen die Koalition heraufbeschwören würden. Bismarck lehnte diese Eröffnungen mit der Bemerkung ab, der Kaiser werde auf diesem Wege in einen Sumpf geraten; in der Neuenburger Frage aber blieb Preußen nur der Rückzug möglich. Es kam endlich zu dem Vertrage vom 26. Mai 1857, der seitens Preußens den Verzicht auf Neuenburg, seitens der Schweiz eine vollständige Begnadigung, die Zahlung einer Entschädigung von einer Million Franken und einige untergeordnete Zugeständnisse enthielt. Unmittelbar nach Abschluß des Vertrages erklärte der preußische Gesandte, daß sein König auf die Geldentschädigung verzichte, daß er aber seinen Fürstentitel weiter führen werde, wogegen die Schweiz natürlich nichts einwenden konnte.

Die Flüchtlingsfrage.

Für den glücklichen Ablauf dieser langwierigen und gefährlichen Verwicklung war man in Bern jedenfalls Napoleon den größten Dank schuldig. Ihn zu bethätigen gewährte das Orsinische Attentat eine recht unerwünschte Gelegenheit. Neue gesetzliche Bestimmungen zu treffen war

allerdings nicht nötig, da der Bundesrat alle Vollmachten, deren er bedurfte, besaß; aber die Anwendung derselben war doch eine sehr unangenehme Sache. Der Kanton Genf widersetzte sich denn in der That auch der Ausweisung von siebzehn Italienern, die von ihm verlangt wurde; aber die Festigkeit des Bundesrates zwang ihn zum Nachgeben und seine nachträgliche Beschwerde bei der Bundesversammlung wurde abgewiesen. Der französische Kaiser hatte also in allen drei Nachbarstaaten seinen Willen erreicht, und wenn man auch mit Recht der Ansicht sein mochte, daß kein Gesetz imstande sein werde Männer von verzweifelttem Charakter von verzweifeltsten Unternehmungen abzuhalten, so war doch eine jede Erschwerung solcher Pläne für Napoleon sicher als ein Gewinn zu betrachten.

England und der Aufstand in Ostindien.

Aber den unmittelbaren Anlaß zu Beschwerden hatten doch bei dem Orsinischen Attentate nicht Sardinien und nicht Belgien oder die Schweiz gegeben, sondern England. Die Hauptsache war also, daß auch dort Napoleons Forderungen befriedigt wurden. Wenn dies nicht geschah, so lag es nicht an dem Ministerium, an dessen Spitze des Kaisers bester Freund in England, Lord Palmerston, stand. Schon im Januar 1855 war nämlich die gemischte Verwaltung, die Lord Aberdeen im Dezember 1852 gebildet, von den peelitischen Elementen gereinigt, die in der That bei ihrer ausgeprägten Friedensliebe während des Krieges nicht an ihrem Platze waren. Die fortgeschrittenen Liberalen rechneten ihnen überdies die Unfruchtbarkeit des Kabinetts an inneren Reformen zur Schuld an, und einer von ihnen, einer der wenigen, die Lord Palmerstons kräftige äußere Politik von jeher bewundert hatten, Roebuck war es, der den allgemeinen Unwillen über die Zustände im Lager von Balaklava zu benutzen wußte um seinen Freund an die Spitze der Regierung zu bringen. Der eigentliche Urheber der Krisis war indes Lord John Russell. Er hatte bereits im November 1854 den Versuch gemacht, das Kabinett zu sprengen, indem er verlangte, daß der Herzog von Newcastle das Kriegsministerium, dem er nicht gewachsen sei, an Palmerston abtrete. Diese Forderung stieß jedoch bei Aberdeen und den meisten Mitgliedern des Kabinetts, auch bei Palmerston selbst, auf so entschiedenen Widerspruch, daß Russell sie fallen ließ ohne selbst von seinem Posten zurückzutreten. Allein kaum war das Parlament eröffnet, so trat Roebuck mit dem Antrage hervor einen Ausschuß zur Prüfung der Mißstände in der Heeresverwaltung und der Verantwortlichkeit des Ministeriums für diese Mißstände zu ernennen. Noch an demselben Tage forderte Russell seine Entlassung und gestand dadurch seinerseits im voraus zu, daß zur Entschuldigung des Kabinetts nichts vorzubringen sei. Unter dem Eindruck dieser Thatsache wurde Roebucks Antrag mit 305 gegen 148 Stimmen

England und
die Flücht-
lingsfrage.

Ministerium
Aberdeen.

angenommen; Aberdeen mußte mit dem ganzen Kabinett zurücktreten. Nun aber zeigten sich die größten Schwierigkeiten, wie man zu einer Neubildung des Ministeriums gelangen sollte. Derby, den die Königin zuerst berief, hatte keine Mehrheit im Unterhause; ein Versuch sich mit Palmerston, Gladstone und Sidney Herbert zu verständigen mißlang. Lord Lansdowne, der greise Führer der Whigs, unter dem sowohl Russell wie Palmerston zu dienen bereit waren, lehnte aus Gesundheitsrücksichten bestimmt ab. Russell selbst, an den sich die Königin nur zögernd wandte, mußte die Erfahrung machen, daß sein jüngster Schritt ihm in der eigenen Partei arg verübelt wurde und daß er nicht einmal auf den Beistand langjähriger Freunde zählen könne. So verging eine Woche, bis endlich Palmerston die Kabinettsbildung zustande brachte; es waren bis auf Aberdeen, Russell und Newcastle die Männer des früheren Ministeriums; Gladstone, Sidney Herbert und Sir James Graham gehorchten den dringenden Bitten ihres bisherigen Chefs, indem sie blieben. Schon nach 14 Tagen fanden sie ihre Stellung aber doch unhaltbar und traten wieder aus, worauf durch die Berufung Russells und einiger minder bedeutender Männer das Kabinett sich zu einem rein whiggistischen gestaltete. Sehr fest war begreiflicherweise die Stellung auch dieses Ministeriums den verschiedenen Parteien gegenüber nicht; zu inneren Reformen fand es ebensowenig wie seine Vorgänger Zeit oder Kraft; tauchte irgend eine Frage auf, die ihm die fortgeschrittenen Liberalen entfremdete, so war sein Sturz unvermeidlich. Und solch eine Frage rührte nun Napoleon durch seine Beschwerden gegen die Flüchtlinge übereilterweise auf. Palmerston glaubte ihm eine gewisse Genugthuung nicht versagen zu dürfen und brachte am 8. Februar 1858 ein Gesetz ein, das jede Verschwörung zum Zweck des Mordes, auch wenn sie gegen Fremde gerichtet sei, mit Zwangsarbeit bis zu fünf Jahren bedrohte. Diese Nachgiebigkeit gegen den französischen Kaiser führte zum zweitenmale seinen Sturz herbei. In zahlreichen Meetings erhob die englische „öffentliche Meinung“ Verwahrung gegen solche Handlangerdienste, die bei dem Stande der englischen Gesetzgebung oben drein ganz überflüssig seien, und das Unterhaus beschloß am 19. Februar mit 234 gegen 215 Stimmen ein Tadelsvotum, weil das Ministerium eine derartige Vorlage gemacht habe ohne vorher die französische Beschwerde note vom 20. Januar zurückzuweisen. Das Kabinett reichte darauf seine Entlassung ein, und bei der völligen Zerfetzung der liberalen Partei fiel nun den Tories die Regierung zu: Lord Derby trat an die Spitze des Ministeriums, Malmesbury übernahm das Äußere, Disraeli die Finanzen. Um den Bogen nicht zu scharf anzuspannen lenkte darauf auch Napoleon etwas ein und ersetzte seinen Gesandten in London, Herrn von Persigny, durch den Marschall Pelissier, der als Sieger vom Malakoff für eine den Engländern genehme Person gelten durfte. Wirklich stellte sich das gute Einvernehmen auch schnell wieder her und als im August der Kriegshafen von Cherbourg eingeweiht wurde, drückte der Besuch der

Ministerium
Palmerston.

Palmerstons
Sturz.

Napoleons
Rückzug.

Königin von England der auf beiden Seiten gewünschten Versöhnung den öffentlichen Stempel auf.

Die Tories übernahmen von ihren Vorgängern eine so schwere kriegerische Erbschaft in Asien, daß sie einen Bruch mit Frankreich in der That selbst dann nicht hätten verantworten können, wenn ihnen der Kaiser minder bereitwillig entgegengekommen wäre. Einen Krieg mit Persien hatte Lord Palmerston vor Jahresfrist zwar glücklich beendet; aber einen Krieg mit China und schlimmer als das, einen furchtbaren Aufstand in Ostindien, hinterließ er seinen Nachfolgern. Um diese asiatischen Verwickelungen zu schildern müssen wir zum Theil etwas weiter wieder zurückgreifen.

Die Zustände in Persien und Afghanistan hatten seit dem Rachezuge Bollocks und der Rückkehr Dost Mahomets im Jahre 1842 keinen Anlaß zu kriegerischer Einmischung geboten, obgleich Herat nach Kamrans Tode 1843 wieder zum Spielballe der Parteien geworden war. Nach dem Beginn des Krimkrieges wünschte Rußland aber die Engländer in diesen Gegenden wieder zu beschäftigen und stiftete den Schah von Persien an, daß er einen Neffen Kamrans, Yussuf, bei einem Zuge gegen Herat unterstützte. Für kurze Zeit gelangte Yussuf 1855 wirklich in den Besitz der Stadt; bald aber wurde er wieder verjagt und rief den Schah von Persien, den er als Lehnherrn anerkannte, um Hilfe an. Diese wurde bereitwillig geleistet, obgleich ein englisch-persischer Vertrag von 1853 es verbot, und am 26. Oktober 1856 mußte Herat sich den Persern ergeben. Umgehend erklärte England darauf den Krieg. Eine Flotte unter Admiral Leake mit Landungstruppen, deren Befehl später Sir James Outram übernahm, lief im November in den persischen Meerbusen ein und nahm von der Insel Karrat und der Stadt Buschir für die englische Krone Besitz. Ins Innere vorzudringen hielt Outram nicht für geraten, sondern begnügte sich, die Perser am 8. Februar 1857 bei Kuschab zurückzuschlagen und das nahe der türkischen Grenze gelegene wichtige Mohammerah zu besetzen. Inzwischen aber war in Paris unter französischer Vermittelung am 4. März ein Frieden geschlossen, durch den Persien gegen Rückgabe der englischen Eroberungen auf Herat verzichtete und in künftigen Streitigkeiten mit den Afghanen zunächst Englands gute Dienste anzurufen versprach. Im April konnte Outram mit seinen Truppen nach Indien zurückkehren und kam gerade rechtzeitig um dort zur Unterdrückung des großen Aufstandes mitzuwirken. Auch nach der Einverleibung des Pendschab hatte Lord Dalhousie seine Vergrößerungspolitik fortgesetzt und jede Gelegenheit, die ihm der Todesfall eines indischen Fürsten bot, benutzt um weitere Gebiete für verfallen zu erklären und bisher bezahlte Pensionen zurückzuhalten; einer von denen, welche darunter litten, war Nena Sahib, der bald eine hervorragende Rolle spielen sollte. Gegen Osten hin gab ein Krieg gegen Birma Gelegenheit zur Machtentfaltung. Zwei englische Rheder waren von einem birmanischen Gerichtshofe zu einer Strafe von 125 Pfund verurteilt

Der persische Krieg.

Ausdehnung der britischen Herrschaft in Ostindien.

Krieg mit Birma.

worden, die sie obendrein anderen englischen Unterthanen zu zahlen hatten. Auf ihre Beschwerde erschien im November 1851 ein Geschwader unter Kommodore Lambert vor Rangun, dem einige Monate später eine Landungsarmee unter General Godwin folgte. Der Krieg dauerte bis in den April 1854 und endete mit der Abtretung der ganzen Ostküste, soweit sie nicht schon in dem Kriege von 1826 an England überlassen war.

Das Königreich
Auddh.

Die folgenreichste Einziehung, zu der Lord Dalhousie schritt, war aber die des Königreichs Auddh mit der Hauptstadt Luckno zwischen dem mittleren Ganges und dem Himalaya. Die Zustände, die hier unter der Regierung des Wajid Ali seit 1847 herrschten, waren allerdings so, daß ihre Fortdauer unter den Augen eines britischen Agenten eine Schmach für England war. Wir haben einen Narren zum König, einen Buben zum Minister, und beide stehen unter dem Einfluß des gewandtesten und gewissenlosesten Schurken, so lautete das zusammenfassende Urteil dieses Agenten. Freilich brauchte deshalb nicht gerade gleich das ganze Land eingezogen zu werden; aber Lord Dalhousie bestand darauf und Sir James Outram erklärte im Februar 1856 an der Spitze eines Heeres den Wajid Ali, der eine Pension von 120 000 Pfund erhielt, für abgesetzt, und die 4—5 Millionen Menschen, welche das Königreich bewohnten, der unmittelbaren britischen Herrschaft unterworfen.

Indische Zu-
stände.

Die gesamte Bevölkerung des indischen Reiches konnte um diese Zeit auf 175 Millionen geschätzt werden, von denen etwa der siebente Teil in Vasallenstaaten lebte. Die bewaffnete Macht der Kompanie belief sich auf reichlich 300 000 Mann, von denen kaum ein Sechstel Europäer waren, ein buntes Gemisch aus den niederen Ständen Großbritanniens aber gestählte und waghalsige Naturen. Die einheimischen Truppen, Sepoys genannt, teils Hindus, teils Mohammedaner, zählten in der wichtigsten der drei großen Armeen, der von Bengalen, viele Brahmanen; in den anderen beiden waren fast nur Hindus der niederen Kasten. Auf ihre Treue war schon seit Jahrzehnten kein ganz sicherer Verlaß; ihr Mangel an Disziplin wurde seit den zwanziger Jahren von den englischen Offizieren bitter beklagt und gelegentlich kamen die Widersetzlichkeiten offenem Aufstande fast gleich. Die europäischen Truppen waren den Sepoys an Zahl bei weitem nicht gewachsen und überdies durch das ungeheure Land zerstreut, „wie Pfeffer, den man aus einer Pfefferbüchse schüttet“. Bei einem großen Aufstande der Eingeborenen waren diese vereinzelt Häuserlein der drohendsten Gefahr ausgesetzt und bestenfalls mußte geraume Zeit verfließen, ehe sich an irgend einem Punkte eine achtunggebietende europäische Streitmacht versammeln konnte.

Unzufrieden-
heit.

Die Möglichkeit eines solchen Aufstandes war aber seit langem von den leitenden Männern in Indien sehr wohl erkannt worden; seit zwanzig Jahren waren alle ihre Berichte voll von Befürchtungen für die Zukunft. Die Hindus waren durch Neuerungen aller Art, Einführung der Impfung, Verbot des Kindermordes und der Wittwenverbrennung, Errichtung von

Mädchenschulen u. dgl., empfindlich gereizt; die Mohammedaner erbitterte es einen ihrer Fürsten nach dem anderen seiner Macht beraubt und nun zuletzt auch das Königreich Nudh, die letzte Erinnerung an das Reich des Großmoguls, vernichtet zu sehen. Sie waren es, von denen der Anstoß zur Empörung ausging, die durch Priester und Fakire, durch briefliche Verbindungen und Anschläge an den Thüren der Moscheen Aufregung zu erzeugen suchten, die geheimnisvoll von dem bevorstehenden Erscheinen eines Avatars, eines Erlösers, sprachen und eifrig eine alte Prophezeiung verbreiteten, laut deren die Europäer nicht länger als hundert Jahre in Indien herrschen sollten. Nun war aber der 22. Juni 1857 der Tag, an welchem Lord Clive vor hundert Jahren durch die Schlacht von Plassey die britische Macht am Ganges begründet hatte; auf diesen Tag wurde deshalb der Ausbruch der Verschwörung festgesetzt; mit einem Schlage sollten die zerstreuten Europäer niedergemetzelt und ein einheimisches Reich errichtet werden. Aber die Erregung, die man in den Sepoy-Regimentern genährt hatte, ließ sich nicht so lange zurückhalten; ein geringfügiger Umstand beschleunigte ihren Ausbruch. Zu Anfang des Jahres verbreitete sich das Gerücht, die Patronen zu der Enfield-Büchse, die eben eingeführt wurde, seien mit Schweine- oder Kuhfett verfezt, Schweinefett, das der Mohammedaner, Kuhfett, das der Hindu und besonders der Brahmane, wie alles was von jenen Tieren herkommt, ohne Verunreinigung nicht berühren darf. Fast gleichzeitig wurden von Dorf zu Dorf, von Regiment zu Regiment kleine Mehlkuchen verbreitet, die aus dem Pendschab kamen und als Zeichen der Verschwörung dienten. Die Folge war, daß der verborgene Zunder hier und da vor der Zeit Feuer fing. Brandstiftungen und Widerseßlichkeiten kamen schon im Februar in einzelnen Garnisonen vor, denen die neuen Patronen ausgeteilt waren. In größerem Umfange traten sie im April in Mierut, 11 Stunden nordöstlich von Delhi, auf; aber die britischen Offiziere achteten diese Anzeichen gering und glaubten durch Strenge jede Unbotmäßigkeit unterdrücken zu können. Etwa 80 Sepoys die sich geweigert hatten, sei es die alten sei es die neuen Patronen anzunehmen, wurden zu zehnjährigem Gefängnis verurteilt und der Vorsitzende des Kriegsgerichts glaubte damit die Sache abgethan; noch am 9. Mai 1857 berichtete er: Wir werden nichts weiter von einer Verschwörung hören. Aber schon anderen Tages ging der Sturm los. Die Kameraden der Verhafteten erbrachen das Gefängnis und stürzten sich auf die ahnungslosen Europäer; zwei Infanterie-Regimenter und ein Teil der Bevölkerung schlossen sich ihnen an; es begann ein scheußliches Gemetzel, in dem der Oberst Finnis mit anderen Offizieren, Frauen und Kindern den Tod fand. Allerdings gaben die Meuterer Mierut dann sofort auf ohne sich in einen Kampf mit der europäischen Besatzung verwickeln zu lassen. Sie eilten nach Delhi, wo nur einheimische Truppen standen, die sofort auf ihre Seite traten und die Greuelszenen von Mierut in noch entseßlicherer Weise wiederholten. Ein reiches Kriegs-

Ausbruch der
Empörung.Aufstand in
Mierut.

in Delhi.

material, 64 schwere und gegen 100 leichte Kanonen, große Vorräte von Gewehren, Pulver und Kugeln, dazu etwa zwei Millionen Pfund Sterling in barem Gelde fielen in ihre Hände. Auch ein Haupt, das der ganzen Bewegung den Namen geben sollte, fanden sie hier: den 90jährigen Schah Akber, den Sohn des letzten, 1806 gestorbenen Moguls, den sie am 11. Mai 1857 als Herrscher von Indien ausriefen. Einfluß gewann der alte Mann nicht im entferntesten und von einer gemeinsamen Leitung des Aufstandes war überhaupt nicht die Rede. Planlos wirkten die Führer in den verschiedenen Gegenden nebeneinander, und Nena Sahib, Tantia Topih und wie sie alle heißen mochten, erkannten keinen höheren über sich an. Die Kunde von den Vorgängen in Delhi war überall, wohin sie kam, das Zeichen zum Aufstande. Nur wo englische Truppen neben den Sepoys standen, heuchelten diese Treue und Anhänglichkeit; wo das nicht der Fall war, ging es sofort ans Plündern und Morden, und die furchtbarsten Frevelthaten eröffneten fast allerorten den Aufstand. Glücklicherweise that der Telegraph den Engländern gute Dienste und brachte in die ferneren Teile des Landes die Nachricht so früh, daß Vorsichtsmaßregeln getroffen und viele Sepoy-Regimenter entwaffnet werden konnten. Die Präsidentschaften von Madras und Bombay sowie das Pendschab, wo Sir John Lawrence befehligte, blieben insolgedessen von der Empörung fast ganz verschont; die Sikhs, die eben erst unterworfen waren, enthielten sich jeder Teilnahme und kämpften sogar tapfer an der Seite der Engländer. Auch die Ghorkas und andere Bergstämme des Himalaya blieben treu und was noch wichtiger war, die Landbevölkerung zeigte sich fast überall vorsichtig und zuverlässig. Ihre Haupttriumphe feierte die Empörung im Gebiete des mittleren Ganges und des Dschumna, wo britische Truppen nur in sehr geringer Zahl standen. Hier waren nur vier Garnisonen außer der von Meerut imstande sich zu behaupten, die von Benares unter Oberst Bonsonby, von Luckno unter Sir Henry Lawrence, von Kanpur unter Sir Hugh Wheeler und von Agra, wo Oberst Thompson befehligte. Diese inselartigen Citadellen rechtzeitig zu entsetzen mußte die erste, Delhi, das Hauptquartier der Aufständischen, wiederzugewinnen die andere Aufgabe sein, deren Lösung in Angriff zu nehmen war. Benares konnte auf dem Ganges leicht erreicht werden und war bald außer Gefahr; Kanpur umgekehrt fiel, ehe ihm Hilfe gebracht wurde. General Wheeler hatte dem Aufstande, der dort am 5. Juni ausbrach, drei Wochen lang in einer verschanzten Kaserne getrotzt; ein Ausfall am 26. Juni kostete ihm das Leben, und nun entschloß sich die bedrängte Besatzung zu einer Kapitulation, durch die ihr freier Abzug verbürgt wurde. Allein Nena Sahib, der sich den Ruf erwarb von allen diesen indischen Wüterichen der grausamste und hinterlistigste zu sein, brach den Vertrag, überfiel die Abziehenden, schleppte die Frauen in die Gefangenschaft und ließ alle Männer ermorden. So blieben also nur Luckno und Agra, die auf Entsatz harrten. An beiden Orten gab es

Abfall Ben-
galens.

Die britischen
Citadellen.

Der Fall von
Kanpur.

Luckno und
Agra.

viele und heiße Kämpfe mit den Schwärmen der Belagerer, und hier wie dort erhielten die Kommandanten Sir Henry Lawrence und Oberst Thompson bei heldenmütiger Verteidigung die Todeswunde. Aber die Hoffnung auf Errettung hielt die Bedrängten aufrecht und ließ sie den schwersten Entbehrungen und Mühsalen trotzen. Von zwei Seiten her war Hilfe im Anmarsch: aus dem Pendschab kam der Oberbefehlshaber der indischen Armeen, Lord Anson, ein alter, gebrechlicher Mann, den die Nachricht von den schrecklichen Ereignissen aus seiner Sommerresidenz Simla (im Gebiete des oberen Sutledsch) aufgeschreckt hatte; von Osten her auf dem Ganges nahen Sir Henry Havelock und Sir James Dutram. Anson nächstes Ziel mußte Delhi sein und trotz mangelhafter Ausrüstung seiner Truppen und glühender Sommerhitze rückte er eilig darauf los; denn hier galt es, wie Sir John Lawrence antreibend ihm zurief, die Sicherheit des Reiches, gegen die alle Bedenken, die aus den Regeln der Kriegskunst erwachsen mochten, zurücktreten mußten. Aber kaum hatte Anson den Vormarsch begonnen, so starb er am 27. Mai an der Cholera. General Barnard, der ihn ersetzte, traf am 8. Juni vor Delhi ein und erkämpfte sich eine feste Stellung vor der Stadt; doch ehe die Belagerungsgeschütze nachkamen, raffte auch ihn Anfang Juli die Cholera dahin. Beinahe zwei Monate verstrichen unter schweren Kämpfen ehe General Wilson, der jetzt die oberste Leitung hatte, am 14. September 1857 den Befehl zum Sturm erteilen konnte; es gelang in die Stadt einzudringen, aber bis zum 20. dauerte der Kampf in den Straßen und über 1200 Mann betrug der Verlust des kleinen englischen Heeres. Schah Akber, der mit den Seinen entflohen war, wurde etwa drei Meilen von der Stadt eingeholt und gefangen; vor Beendigung des Prozesses, der gegen ihn angestrengt wurde, starb er im Gefängnis. Daß die Grausamkeiten der Empörer auch bei den Engländern wilden Rachedurst geweckt hatten, war nur zu begreiflich, und das Strafgericht, das über Delhi und die gefangenen Rebellen erging, war schrecklich. Indes beinahe die ganze Streitmacht derselben war entkommen, und Wilson hatte daher noch die schwierige Aufgabe sie zu verfolgen; den Entschluß von Luckno und Agra mußte er Havelock überlassen, der trotz seiner geringen Mittel einen glücklichen Anfang damit gemacht hatte. Ein schneller Marsch von Allahabad aus, in der Gabel zwischen Ganges und Dschumna, führte ihn nach drei siegreichen Schlachten in kaum drei Wochen am 17. Juli zunächst nach Kanpur, das südöstlich von Luckno liegt. Nena Sahib's Heer wurde in diesen Kämpfen auseinander gesprengt, er selbst aber entkam. Havelock setzte nun unmittelbar seinen Marsch auf Luckno fort; allein die Feinde, die sich ihm entgegenstellten, waren so zahlreich, daß es langer Kämpfe bedurfte, ehe er die Hauptstadt von Audh erreichte, und nachdem er sich am 30. September endlich den Zugang zu den Belagerten, die nur noch die sogenannte „Residenz“ besetzt hielten, erstritten hatte, schlossen sich alsbald wieder die Reihen der Aufständischen, und es war nicht mehr erreicht als eine Verstärkung der

Einnahme
von Delhi.

Havelocks
Marsch nach
Kanpur.

Erster Entschluß
von Luckno.

Besatzung, bei den geringen Vorräten an Lebensmitteln ein zweifelhafter Vorteil. Glücklicher war der Oberst Greaded, der zum Entfah von Agra aufgebroschen war und zwar etwas später, am 10. Oktober, dort eintraf, dann aber in seinen weiteren Bewegungen ungehemmt blieb.

Entfah von Agra.

Sir Colin Campbell. Havelock mußte seine eigene Befreiung jetzt von Sir Colin Campbell erwarten, der als Ansons Nachfolger im Oberkommando Ende Oktober von Kalkutta aufbrach. Über Kanpur näherte er sich Mitte November den hart Bedrängten und vereinigte sich am 17. mit ihnen. Es konnte nicht seine Absicht sein Luckno mit den Streitkräften, über die er verfügte, gegen die ungeheuere Überzahl der Rebellen zu behaupten; es kam zunächst darauf an Frauen und Kinder, Verwundete und Kranke in Sicherheit zu bringen und einen leichter zu verteidigenden Punkt möglichst nahe bei Luckno zu besetzen um von da aus später den Angriff wieder aufzunehmen. Während er selbst mit den Geretteten nach Kanpur zurückkehrte und sie von dort nach Kalkutta sandte, erhielt Dutram den ehrenvollen Auftrag mit etwa 4000 Mann bei Alumbagh, kaum zwei Stunden von Luckno, die Wiederaufnahme des Angriffs abzuwarten, Seinen treuen Kampfgenossen Havelock erteilte hier am 25. November der Tod an der Ruhr. Wochen vergingen ehe Campbell imstande war von Kanpur wieder vorzurücken; denn ehe dies geschah, mußte er in seinem Rücken das Land am rechten Ganges-Ufer von feindlichen Banden gesäubert haben. Glücklicherweise trafen jetzt reichliche Verstärkungen aus Europa ein; in vielen Gefechten wurden die Auführer von Gwalior zurückgeschlagen, und als der Obergeneral selbst sich wieder nach Auddh begab, konnte er den General Sir Hope Grant mit genügenden Truppen zurücklassen um sein Werk in diesen Gegenden zu vollenden. Dutram hatte während dieser langen Zeit allen Angriffen auf Alumbagh siegreich widerstanden. Mitte Februar ward er aus seiner gefährlichen Lage befreit, und von verschiedenen Seiten rückten die Engländer, allein an Fußvolk 50 000 Mann stark, gegen Luckno vor. Auch so war die Eroberung der inzwischen stark befestigten Stadt keine leichte Sache und vom 9. bis 19. März 1858 wurde fast täglich gekämpft und gestürmt bis endlich die Rebellen sich zur Flucht wandten.

Kämpfe in Gwalior und Auddh.

Zweite Einnahme von Luckno.

Die Unterwerfung von Auddh war damit allerdings noch keineswegs gesichert, denn die 50 000 Auführer, die sich in die Berge und Sümpfe gerettet hatten, sammelten sich leicht wieder zu neuen Angriffen. Ebenso dauerte in den anderen Provinzen der Krieg ununterbrochen fort; allein die einzelnen Thatsachen desselben, die Belagerungen und Eroberungen von Städten, das Zersprengtwerden und Wiederzusammenlaufen der Rebellencharen, trugen doch nur das Gepräge eines großartigen Guerillakrieges: nach dem Fall von Luckno konnte über den Ausgang des Kampfes kein Zweifel mehr obwalten, und die Auszeichnungen, welche die Königin den hervorragenden Generalen verlieh, insbesondere die Erhebung Campbells zum Lord Clyde of Clydesdale, waren wohlverdient. Von den bedeutenderen Häuptern des Aufstandes verteidigte sich Nena Sahib lange

Nena Sahib.

in Gwalior; als im Juni 1858 Sir Hugh Rose diese Stadt und die Burg erstürmte, entfloh er und warf sich in die nördlichen Grenzdistrikte; über seinem Ausgang schwebt ein Dunkel; angeblich soll er in Nepal 1859 gestorben sein. Tantia Topih, von allen Führern der Empörung der ausdauerndste und fähigste, kämpfte bis in den April 1859 gegen die Engländer, wurde dann von einem Freunde verraten und durch ein Kriegsgericht zum Galgen verurteilt. Erbarmen kannten die Sieger nicht und durften sie nicht kennen; es galt nicht allein Frevel zu strafen, die zum Teil alle Vorstellung übertrafen, sondern es konnte auch der Wiederkehr ähnlicher Erhebungen nur durch rücksichtslose Strenge vorgebeugt werden; Gnade würde nur mißverstanden sein, und die Gefangenen selbst wußten sehr wohl, welches Schicksal sie verdient hatten. Zu Hunderten wurden sie vor die Kanonen gebunden und weggeblasen, wie der übliche Ausdruck lautete; nur denen, die keinen Teil an der Ermordung britischer Unterthanen gehabt, wurde Verzeihung versprochen, wenn sie vor dem 1. Januar 1859 die Waffen niederlegten. Je geringer die Aussichten auf Sieg im Laufe des Herbstes wurden, um so häufiger wurde von dieser Begnadigung Gebrauch gemacht, und wenn auch zu Anfang des Jahres 1859 noch zahlreiche bewaffnete Banden vorhanden waren, so war in weitaus den meisten Gegenden doch die Ruhe wiederhergestellt. Die Gefangennahme und Hinrichtung Tantia Topih's durfte als der Endpunkt des Krieges bezeichnet werden.

Tantia Topih.

Strafgerichte.

Die ostindische Kompagnie erlebte diesen Endpunkt nicht mehr. Schon vor dem Ausbruch der Empörung war in England wie in Indien eine kräftige Bewegung im Gange um dieses Kaufmannsregiment zu beseitigen; ohne die Rebellion würde aber doch wohl alles beim alten geblieben sein, da die Kompagnie-Privilegien erst 1853 mit einigen Beschränkungen erneuert waren. Doch hatte man sich diesmal nicht wie 1833 für zwanzig Jahre die Hände gebunden, sondern die Privilegien nur bis dahin verlängert, wo das Parlament andere Bestimmungen treffen werde, und so konnte jetzt die unerläßliche Reform sofort begonnen werden. Eine Verzögerung trat allerdings durch den Ministerwechsel ein, den das Orsinische Attentat im Gefolge hatte. Die indische Bill Palmerstons war kaum am 18. Februar 1858 mit beinahe 150 Stimmen Mehrheit durch die erste Lesung gegangen, als ihr Urheber zurücktreten mußte. Die Tories brachten dann eine neue, nicht sehr verschiedene Vorlage ein, und nachdem das Parlament diese im Juli angenommen hatte, legte das Direktorium der Kompagnie am 1. September 1858 seine Herrschaft nieder, und Lord Stanley übernahm als Minister für Indien die Verwaltung, unterstützt von einem Regierungsrate, der zum Teil aus den bisherigen Direktoren bestand. Zum Vizekönig des mächtigen Reiches wurde der bisherige General-Statthalter Lord Canning ernannt, der während des Aufstandes mit großer Umsicht und Mäßigung seines Amtes gewaltet hatte. Die Finanzen Indiens blieben von denen Englands gesondert, wurden aber den Beschlüssen des britischen Parlamentes

Aufhebung der ostindischen Kompagnie.

unterworfen. Sie waren schon vor 1857 ungünstig genug gewesen und durch die gewaltigen Kosten des Krieges vollends zerrüttet, so daß ihnen nur durch Anleihen und starke Zollerhöhungen aufgeholfen werden konnte. Trotz des Reichthums des Landes und des mächtigen Aufschwungs des Handels, dem durch die Erschließung von China und Japan, durch die Herstellung der Telegraphenverbindung mit England und durch die Eröffnung des Suezkanals neue Wege gewiesen wurden, wollte das Gleichgewicht im indischen Budget jahrelang nicht wiederkehren und Mißernten, die schwere Hungerstot im Gefolge hatten, verhinderten es, daß die Zerstörungen, welche die Empörung angerichtet hatte, so schnell überwunden wurden, wie man unter anderen Umständen wohl hätte erwarten können.

Verwicklungen in Ost- und Mittelasien.

China. Gleichzeitig mit dem indischen Aufstande hatte England auch gegen China kämpfen müssen um dort die Durchführung der früher erlangten Zugeständnisse zu erzwingen. Der Hafen von Kanton, der nach dem Frieden von 1842 dem englischen Verkehr geöffnet werden sollte, war trotzdem geschlossen geblieben. Auch die Vereinigten Staaten, die 1843, und Frankreich, das 1844 einen Handelsvertrag mit China vereinbart, konnten gegen die Halsstarrigkeit der Chinesen nichts ausrichten. Schreckliche Bürgerkriege, die im Inneren des Reiches wütheten und ganze Provinzen von demselben losrissen, machten die Verhältnisse noch schwieriger. Im Süden des Landes war seit Anfang der fünfziger Jahre die Regierung in Peking ohne jede Macht; statt ihrer herrschte ein Abenteurer, Namens Hung-Siutsuen, der das Reich des Taiping, d. h. des großen Friedens, gestiftet hatte. Volksschullehrer seines Zeichens, hatte er durch den Missionar Gützlaff das Christentum kennen gelernt und diese Kenntnis zur Grundlage der wunderbarsten Lehren gemacht. Seine Götzenbilder warf er aus dem Hause, las die Bibel und verbreitete sie in seinem Stamme, ließ sich aber nicht etwa taufen, sondern erklärte, er sei selbst ein jüngerer Bruder Christi. Bald hatte er so bedeutenden Anhang gewonnen, daß er sich im Herbst 1851 in der Provinz Kuangsi als Kaiser ausrufen lassen konnte. Binnen einem Jahre fiel ihm fast das ganze Land südlich vom Yang-tse-kiang und östlich vom Tsekiang zu; den Gipfel der Macht erreichte er, als es ihm gelang am 19. März 1853 Nanking zu erobern. Über die genannten beiden Flüsse vorzudringen, vermochte er jedoch nicht, und ebenso blieben die Seestädte ihm lange verschlossen. Die Hoffnungen, die man in europäischen Kreisen anfangs auf diese Bewegung gesetzt hatte, verschwanden, sobald man sie genauer kennen lernte und sie des falschen christlichen Schimmers entkleidet wurde. Die traurigen Zustände in den Taiping-Provinzen, das jammervolle Bild der Verwüstung, das vor allem Nanking, die einst so reiche und blühende Stadt, bot, die Unmöglichkeit, irgend welche geordnete Handels-

Die Taipings.

Die europäischen Mächte.

beziehungen mit den Empörern anzuknüpfen, alles das würde schon längst das Einschreiten der Europäer herbeigeführt haben, wenn diese nicht mit der rechtmäßigen Regierung in ununterbrochenem Streite gelegen hätten. Eine Beleidigung der englischen Flagge im Hafen von Kanton brachte die Feindseligkeiten endlich im Oktober 1856 zum offenen Ausbruch. Kontre-Admiral Seymour bombardierte und erstürmte die Forts von Kanton und die Stadt selbst, und bohrte am 5. November 23 Kriegsschiffen in den Grund. Der Fremdenhaß der Chinesen schwoll dadurch noch mehr an. Sie scheuten sich nicht auch die Flagge der Vereinigten Staaten zu verletzen und die Faktoreien von Kanton in Brand zu stecken. Da nun Seymour zu wenig Truppen bei sich hatte um die sämtlichen Forts zu behaupten und der amerikanische Kommodore Armstrong sich damit begnügte einige Verschanzungen des Feindes zu zerstören, so äscherten die Engländer Anfang Januar 1857 einen Teil der Stadt ein, räumten die Festungswerke und beschränkten sich auf das eine Fort Teatotum. In der Heimat riefen diese Vorgänge große Aufregung hervor; je mehr das entschlossene Drauflosgehen Seymours, der übrigens auf die Weisungen Sir John Bowrings, des Statthalters von Hongkong, handelte, den Beifall Palmerstons hatte, umsoweniger waren die Tories und die Manchesterleute damit zufrieden, obgleich den letzteren Bowring, ein eifriger Schüler Benthams, sehr nahe stand. Im Oberhause trug die Regierung bei einem Mißtrauensvotum Lord Derbys den Sieg davon, im Unterhause aber brachte Cobden, von den unabhängigen Whigs und den Tories unterstützt, am 4. März eine Mehrheit von 16 Stimmen zusammen, die das Völkerrecht durch die Beschießung von Kanton für verletzt und die britische Ehre für gefährdet erklärte. Palmerston kannte die Nation jedoch zu gut um aus solch einem Anlaß zurückzutreten; er löste das Parlament auf und gewann nicht allein eine Mehrheit sondern hatte auch den Triumph, daß Cobden, Bright, Milner Gibson, kurz alle Führer der Manchesterpartei, unterlagen. Zur Wiederherstellung des Friedens wurde nun Lord Elgin nach China geschickt, zugleich aber für den Fall, daß die Fortsetzung des Krieges notwendig sein sollte, ein Bündnis mit Frankreich geschlossen. Elgin bemühte sich vergebens den Streit auf gütlichem Wege zu erledigen; er verhängte deshalb am 8. August 1857 die Blokade über den Fluß und Hafen von Kanton und nahm die Stadt, durch ein französisches Geschwader unter Rigault de Genouilly unterstützt, am 29. Dezember zum zweitenmale ein. Aber auch jetzt blieb die chinesische Regierung hartnäckig; weder die Einsetzung einer den Verbündeten verantwortlichen Verwaltung in Kanton noch die Unterstützung, welche die Bevollmächtigten Rußlands und der Vereinigten Staaten Putjatin und Reed den Vorstellungen Elgins und seines französischen Kollegen Baron Gros schenkten, erschütterte ihre Standhaftigkeit. Der Krieg mußte also weiter verfolgt werden: das verbündete Geschwader dampfte im Mai 1858 nordwärts und lief in die Mündung des Peiho ein, nachdem es die

Englisch-chinesischer Krieg.

Krisis in England.

Lord Elgin.

Frankreichs Teilnahme am Kriege.

Rußland und die Vereinigten Staaten.

Der Friede
von Tientsin.

Forts von Taku, welche dieselbe beschützten, am 20. genommen hatte. Erst als die Flotte den Strom bis Tientsin hinaufgefahren war, entschloß sich der Kaiser Hienfong zum Frieden, und am 26. und 27. Juni 1858 kamen Verträge mit den Verbündeten, mit Rußland und der Union zum Abschluß, die allen das Recht Gesandtschaften nach Peking zu schicken einräumten, der christlichen Religion Schutz versprachen und England und Frankreich eine Kriegsentschädigung sicherten. Überdies wurden elf neue Häfen den verbündeten Flaggen eröffnet und die Schifffahrt auf dem Yang-tse-kiang freigegeben. Lord Elgin fuhr darauf mit seinem Geschwader den Strom hinauf bis Hankau und begab sich dann nach Japan um auch mit diesem Staate einen Handelsvertrag abzuschließen.

Die Franzosen
in Cochinchina.

Der französischen Flotte war dagegen eine zweite kriegerische Thätigkeit zugewiesen. Wiederholte Christenmorde in dem Königreiche Annam und besonders neuerdings die Niedermetzlung des spanischen Bischofs Diaz von Tonkin veranlaßten Frankreich und Spanien zu einem gemeinsamen Feldzuge. Rigault de Genouilly dampfte also südwärts nach der Bucht des Turon und blockierte im September die an demselben liegende Hauptstadt von Annam, Hue. Anfang 1859 verlegte er aber seine Angriffe weiter nach Süden und eroberte am 17. Februar die Stadt Saigun, die zur französischen Flottenstation ausersehen war. Mehrere Heere, die zum Entsatz herankamen, wurden mit großen Verlusten zurückgeschlagen, und im Juni bat der König von Annam um Frieden. Durch die Schuld beider Teile zerschlugen sich aber wiederholte Unterhandlungen, und der Krieg dauerte, mehrfach unterbrochen, noch jahrelang fort. Die französische Regierung war sich selbst nicht völlig klar darüber, ob sie einen großen Teil des Landes sich abtreten lassen oder sich mit einigen Hafenstädten begnügen sollte. Erst 1866 erloschen die Feindseligkeiten, doch auch weiterhin war die neue Kolonie noch mannigfachen Gefahren ausgesetzt und gewährte Frankreich kaum einen anderen Vorteil als den einer Kohlenstation in diesen Gewässern.

Der zweite
chinesische
Krieg.

Das Verhältnis der europäischen Mächte zu China war durch den Frieden von Tientsin auch nur für kurze Zeit geordnet. Kaum waren die fremden Flotten fort, so gab sich in Peking wieder die alte Halsstarrigkeit kund. Die kaiserliche Bestätigung des Friedensvertrages blieb aus, und was noch bedenklicher war, die Forts am Peiho wurden wiederhergestellt. Ein kleines Geschwader, das unter dem Befehle des Admirals Hope mit den Gesandten Englands, Frankreichs und der Union an Bord am 24. Juni 1859 in den Fluß einfahren wollte, wurde von den Kanonen von Taku gewaltsam daran gehindert, und da China jede Genugthuung verweigerte, mußte der Krieg von neuem beginnen. Im April 1860 vereinigte sich ein ansehnliches Geschwader bei Shanghai und erzwang die Einfahrt in den Peiho. Diesmal war man entschlossen bis Peking selbst vorzudringen. Allerdings stellten sich in Tientsin wieder Friedensboten ein, aber ohne die Verhandlungen deshalb abzulehnen rückten die Verbündeten bis Lung-tschao, vier Meilen von Pe-

king, vor. Hier machten sie Halt und schlossen eine Waffenruhe. Allein die Chinesen brachen dieselbe am 18. September und zogen sich dadurch am 21. bei Palikao eine große Niederlage zu, die dem französischen Befehlshaber Cousin-Montauban den Titel eines Grafen von Palikao einbrachte. Der Eindruck dieses Sieges, den 7000 Europäer über 50 000 Chinesen davongetragen, und vielleicht noch mehr die Plünderung des prachtvollen kaiserlichen Sommerpalastes durch die Franzosen und seine Verbrennung durch die Engländer erschreckten den Kaiser im höchsten Maße. Er selbst floh nach Norden, der Prinz Kong, sein Stellvertreter, unterhandelte mit den Verbündeten, und im Oktober zogen Elgin und Gros, von je tausend Mann begleitet, in die Hauptstadt ein. Am 6. November 1860 wurde der Friede von den Chinesen amtlich veröffentlicht; er gewährte neben den früheren Zugeständnissen den Fremden freien Zutritt in alle chinesischen Städte, dazu eine neue Zahlung an Kriegskosten und das Recht Tientsin samt den Forts am Peiho besetzt zu halten. Kaiser Hienfong überlebte diese Demütigung nicht lange, sondern starb schon 1861, und da sein Sohn Kitfiang erst sechs Jahre alt war, so leitete Prinz Kong, der den Europäern freundlich war, die Regierung anfangs an der Spitze eines Regentschaftsrates, dann, da dieser ihm hinderlich in den Weg trat, nach einem glücklichen Staatsstreich im November 1861 unter dem Beirat von Männern, die ihm treu ergeben waren. Daß seine Politik China zum Vorteil gereichte, bewies alsbald die Unterstützung, welche die Europäer ihm bei der Unterdrückung der Taipings leisteten. Diese begingen die Unklugheit durch Einnahme von Ningpo und Shanghai sich selbst mit den Engländern und Franzosen in Streit zu bringen. Zu der Befreiung der beiden Hafenstädte wirkten die Truppen der Verbündeten unmittelbar mit; für die weitere Fortsetzung des Krieges gestatteten dieselben hervorragenden Offizieren, Sherard Osborne, Coligny u. a., denen sich auch der Amerikaner Ward anschloß, in chinesischen Diensten Fremdenlegionen zu bilden, mit deren Hilfe die Taipings immer mehr zurückgedrängt wurden, bis der Fall ihrer Hauptstadt Nanjing am 19. Juli 1864 ihre völlige Niederlage besiegelte.

Auch andere europäische Staaten zogen aus der veränderten Richtung der chinesischen Politik ihren Vorteil. Die junge preussische Flotte erschien in den ostasiatischen Gewässern, und Graf Eulenburg schloß als außerordentlicher Gesandter am 2. September 1861 einen Handelsvertrag mit China; Spanien, Portugal, Belgien, Dänemark folgten in den nächsten Jahren. Daß auch in Japan gleichzeitig eine den Europäern freundliche Strömung zur Herrschaft kam und die chinesischen Verträge daher durch japanische ergänzt werden konnten, erhöhte den Wert beider. Den ersten Vertrag mit Japan schlossen die Vereinigten Staaten durch den Kommodore Perry schon am 31. März 1854 ab; er gab ihnen aber noch kein weiteres Recht als in den Häfen Hakodadi auf Jesso und Simoda auf Nipon Holz, Wasser und Proviant für ihre Schiffe einzunehmen und Konsuln zu ernennen. Schon 1856 und 57

Schlacht von
Palikao.Friedens-
schluß.

Prinz Kong.

Besiegung der
Taipings.Die preussische
Flotte in Ost-
asien.Japanische
Handelsver-
träge.

Rückschlag in
Japan.

Ausbruch der
Feindselig-
keiten.

Neue Verträge.

folgten dann aber weitergehende Verträge mit Holland und Rußland, 1858 auch mit den Vereinigten Staaten, durch die der freie Handel in Nangasaki, Kanagawa und Hakodadi gestattet wurde, Häfen, denen in den nächsten Jahren Yokohama und andere hinzugefügt wurden. Lord Elgin und Baron Gros erwarben 1858 die gleichen Rechte für England und Frankreich, Graf Eulenburg am 24. Januar 1861 für Preußen und den Zollverein. Dann aber trat ein Rückschlag in Japan ein, der durch die Anhänger des Alten herbeigeführt wurde. Diese fanden sich hauptsächlich unter den Daimios, dem hohen Adel des Landes, dessen Zustimmung der Taikun, selbst ein Daimio, der thatächlich statt des Mikado, des wahren Souveräns, die Regierung führte und daher von den Europäern als der weltliche Herrscher von Japan bezeichnet zu werden pflegte, bei seinen Maßnahmen bedurfte. Im Fall, daß zwischen dem Taikun und den Daimios keine Einigung erzielt werden konnte, stand dem Mikado, der für gewöhnlich nur geistliche Funktionen auszuüben hatte, die Entscheidung zu. Seinem Spruche konnte sich der Taikun nicht entziehen und kündete den europäischen Mächten durch ein Rundschreiben vom 1. Mai 1861 an, daß er sich durch die Wirkungen der Verträge sehr enttäuscht finde. Die Lebensmittel würden im Lande von Tag zu Tage teurer, das Volk verarme und es sei sogar eine Revolution zu fürchten; die Häfen, deren Eröffnung versprochen sei, müßten daher einstweilen geschlossen bleiben und auf neue Verträge einzugehen sei die Regierung außer stande. Die europäischen Mächte ließen sich infolgedessen einen fünfjährigen Aufschub gefallen, aber gewaltsame Ausbrüche der Mißstimmung des Volkes blieben doch nicht aus. Schon Anfang 1861 war ein Dolmetscher des amerikanischen Gesandten ermordet worden, im Juli wurden zwei Engländer im Hause der Gesandtschaft schwer verwundet, im September 1862 ein anderer von dem Gefolge eines Daimios getötet und im folgenden Februar wieder die Wohnung des Gesandten überfallen. Für alle diese Gewaltthaten sagte der Taikun Genugthuung zu und bekundete auch durch eine Gesandtschaft, die 1862 nach Europa reiste, seinen guten Willen; aber er mußte doch der Volksstimmung Rechnung tragen und sich zur Erfüllung der europäischen Forderungen wenigstens dem Anscheine nach zwingen lassen, auch im Frühjahr 1863 von neuem den Gesandten anzeigen, daß der Mikado die Aufhebung der Verträge und die Ausweisung der Fremden befehle; sie möchten also durch ihre Flotten in den verschiedenen Häfen für die Sicherheit ihrer Landsleute selbst sorgen. Daß die Warnung guten Grund hatte, lehrten die Ereignisse sehr bald. Zwei der mächtigsten Daimios, die von Nagato und Satsuma, wagten es amerikanische, französische und holländische Dampfer anzugreifen. Die Antwort darauf war das Bombardement von Simonosaki durch französische und von Kagosima durch englische Kriegsschiffe im Juli und August 1863. Die Mehrzahl der Daimios wurde dadurch eingeschüchtert und auch der Mikado gab seinen Widerspruch auf. Eine neue Gesandtschaft wurde nach

Europa geschickt um die Feindseligkeiten beizulegen und womöglich auch die Fremden auf gütlichem Wege zur Verzichtleistung auf einen Teil ihrer Rechte zu veranlassen. Als diese Bemühungen scheiterten, schlossen die Gesandten am 24. Juni 1864 auch ohne das einen neuen Vertrag mit Frankreich ab, und der Taikun gestattete einer französisch-englisch-holländischen Flotte den Daimio von Nagato, der seine feindliche Haltung beibehielt, zum Gehorsam zu zwingen. Bei der Ankunft des Geschwaders im September 1864 zog der unruhige Fürst es vor sich scheinbar zu fügen; wirklich beseitigt war aber sein und seiner Genossen Widerstand nicht, und die Stellung des Taikun blieb nach wie vor eine sehr schwierige. Die Mittel, deren er sich bediente um gegen eine Empörung gewaffnet zu sein, die Einübung seines Heeres durch europäische Offiziere und die Einführung europäischer Sitten und Einrichtungen, waren sehr gefährlich, weil sie ihm die Gemüter des Volkes immer mehr entfremdeten. Auch die Haltung des englischen Gesandten, der die feindliche Partei durch Entgegenkommen versöhnen wollte und sogar bei dem Fürsten von Satsuma als Gast weilte, untergrub seine Macht, indem sie den Glauben zerstörte, daß die Fremden ihn in jedem Falle unterstützen würden. So griff denn endlich im Jahre 1866 der Daimio von Nagato mit vielen Verbündeten in offener Empörung zu den Waffen, und ein Bürgerkrieg begann, der durch den Tod des Taikun im September nur für kurze Zeit unterbrochen wurde. Denn sein regelrecht gewählter Nachfolger, Stotsbaschi, konnte keine andere Politik verfolgen als sein Vorgänger, und der Angriff der Daimios war auch keineswegs bloß gegen die Person des Taikun gerichtet, sondern gegen das Taikunat selbst. Stotsbaschi fühlte sich bald außer stande seinen Gegnern zu widerstehen und entschloß sich auf sein Amt zu verzichten. Sofort begann unter den Daimios eine große Bewegung in dem Sinne, daß für den abdankenden ein neuer Taikun überhaupt nicht gewählt, sondern der Mikado wieder als einziger Herrscher anerkannt werden solle. Sie traten in einer Art von Parlament zusammen, gaben ihre Besitzungen, natürlich unter der voraus zugesicherten Bedingung sie wiederzuerhalten, in die Hände des kaum zwanzigjährigen Mikado zurück und vollzogen so, im September 1869, eine großartige Revolution, mit der auch die europäischen Mächte einverstanden sein konnten, da sie die Verhältnisse des Inselreiches wesentlich vereinfachte und der Fremdenhaß so sehr zurückgedrängt war, daß der Mikado selbst die Hauptstadt Jeddo dem freien Verkehr am 1. Januar 1869 öffnete und den fremden Kaufleuten einen bestimmten Stadtteil zum Wohnsitz anwies. Auf einen Rückschlag mußte man sich freilich immer noch gefaßt machen, aber die langsame Einwirkung europäischer Sitten, die Reisen vieler Japanesen nach Europa und Amerika, ihr eifriges Studium der dort herrschenden Kultur und die steigende Bedeutung und Verallgemeinerung der Handelsbeziehungen eröffneten doch die Aussicht, daß auch diese Gefahr von Jahr zu Jahr mehr schwinden werde.

Empörung
der Daimios.

Sturz des
Taikunats.

Rußlands
Politik in
Ostasien.

Erwerbung
des Amur-
gebietes.

In dem Verhältnis zu Japan und China hatte sich Rußland im allgemeinen auf einer Linie mit den Westmächten und den Vereinigten Staaten gehalten und bis auf einige Landabtretungen keine besonderen Ansprüche für sich erhoben. Von Japan ließ es sich 1875 den südlichen Teil der Insel Sachalin mit bedeutenden Kohlenbergwerken abtreten, wogegen es seinerseits auf die Kurilen verzichtete; von China hatte es schon 1858 das Gebiet des Amur erworben. Ohne die Bedrängnis, in der sich die Peking Regierung damals durch den Krieg mit England und Frankreich befand, würde es dem General Murawiew, den dafür der Titel Amurski schmückte, wohl nicht so leicht geworden sein diese wichtige Vergrößerung des russischen Reiches zu erlangen. Der Vertrag vom 28. Mai 1858 bestimmte, daß von der Mündung der Schilka bis zu der des Ussur in den Amur dieser Fluß die Grenze bilden sollte, während weiter stromabwärts auch auf dem südlichen Ufer und an der Meeresküste ein großer Landstrich abgetreten wurde, den ein zweiter Vertrag vom 14. November 1860 noch um ein neues Stück (bis 42° 50' N. B.) vergrößerte.

Rußlands
Politik in
Mittelasien.

Vordringen
gegen Kokand.

Khiva.

Bokhara.

In diesen Gegenden erregte das Vordringen der Russen auch bei den Engländern keine Besorgnis; anders aber stand es mit den ungleich größeren Erwerbungen, die das Zarenreich in der Richtung auf Afghanistan machte. Seit der mißglückten Expedition, die Perowski 1839 gegen Khiva unternommen hatte, lenkte Rußland sein Augenmerk vorzugsweise auf das östlichste und schwächste der turanischen Khanate, auf Kokand. Um dorthin vorzudringen brauchten die Heere nicht wie gegen Khiva ungeheure Wüsten zu durchmessen, sondern konnten dem Laufe des Syr Darja folgen; der Besitz von Kokand aber eröffnete wieder westwärts bequeme Straßen nach der Bucharei und nach Khiva. Als Vorbereitungen zum Kriege gegen Kokand diente die Einverleibung der Kirgisensteppe mit ihren 3 Millionen Bewohnern, die Gründung des Forts Aralsk an der Mündung des Syr Darja und die Erbauung einer kleinen Flotte am Aralsee. Als diese Einleitungen 1852 beendet waren begann der Angriff, und das Fort Perowski, einige Tagemärsche stromaufwärts vom Fort Aralsk, war die erste Beute, die den Kokandern abgenommen wurde. Selbst während des Krimkrieges wurden diese Operationen fortgesetzt und auch auf Khiva ausgedehnt, als es sich zum Schutze Kokands einmischen wollte. Ein Vertrag von 1854 gab den Russen auf zwanzig Jahre das Recht eine Besatzung nach Urgendsch, am Südufer des Aralsees, zu legen. Auch Mozaffer, der Khan der Bucharei, mischte sich ein. Er benutzte die Bedrängnis Kokands um es anzugreifen und zur Anerkennung seiner Lehnsheer zu zwingen. Nichts konnte Rußland erwünschter sein. Eine Note Gortschakoffs vom 21. November 1864 setzte den Engländern sehr gründlich und unbefangenen einander, daß die wahre Grenzlinie Rußlands in diesen Gegenden von dem Issikul über die Stadt Tschemkend an den Syr Darja führe, daß diese zur Verteidigung notwendig sei, darüber hinauszugehen aber den

eigenen Interessen Rußlands widerstreiten würde. Allein kaum war man dieser Linie sicher, so änderte sich die Meinung der russischen Staatsmänner; schon 1865 überschritt der General Tschernajeff auch jene Grenze, nahm die südlich davon gelegene Stadt Taschkend und schuf eine neue russische Provinz Turkestan. Als er dann seinem Gegner Mozaffer gegenüber einige Schlappen erlitt, wurde er abberufen, und seine Nachfolger, Romanowski und Kaufmann, verfolgten die betretene Bahn mit noch größerem Nachdruck. Ein großer Sieg bei Jedschar, den 3600 Russen über 40 000 Feinde errangen, öffnete ihnen den Weg nach Rhodschend und Samarkand, das sie am 20. Juni 1866 eroberten. Vergebens hatte Mozaffer sich mit Bitten um Hilfe nach Kalkutta und Konstantinopel gewandt; da er allein den Russen nicht gewachsen war und endlich sogar General Kaufmann sein Hauptquartier eroberte, fügte er sich in einen Frieden, der das eroberte Gebiet in den Händen Rußlands ließ, die Erbauung einer Straße nach Bokhara zusicherte und die Zölle für russische Waren auf 3% herabsetzte, während die englischen 40% bezahlten. Damit schien ein gewisser Stillstand in dem Vorrücken nach Süden wirklich eingetreten zu sein; Rußland half dem Khan von Bokhara eine Empörung seines ältesten Sohnes unterdrücken und bezwang 1870 einige Vasallenfürsten, die von Mozaffer abgefallen waren, beidemale ohne für sich eine Erweiterung der Grenzen zu fordern. Ja, als der Khan von Khiwa dem Zaren, gerade vor Ablauf des zwanzigjährigen Khiwa. Vertrages von 1854, durch die Gefangennahme einiger seiner Unterthanen den Vorwand zu einem neuen Kriegszuge gab und beim Friedensschluß (1873) auf die Ostküste des Kaspisees bis an die persische Grenze und auf das rechte Ufer des Amu Darja verzichten mußte, überließ Rußland sogar einen Teil dieses letzteren Gebietes an Bokhara.

Fast unthätig sah England dem Vorrücken seines asiatischen Rivalen Englands Verhalten. gegen Indien zu. Der alte Glaube an einen Zusammenstoß der beiden Mächte in Afghanistan war im Lauf der Jahre sehr erschüttert worden und galt trotz der düsteren Warnungsrufe, die Urquharts Nachfolger, unter ihnen besonders der ungarische Reisende Vambéry, ausstießen, nicht mehr als unantastbares Dogma. Man verkannte auch in England nicht, daß Rußlands Grenzerweiterungen noch von einem höheren Interesse geboten seien als von dem Durste nach Eroberung und Macht, daß die russischen Waffen zugleich der Wissenschaft und der Gesittung, dem Handel und dem Christentume die Wege bereiteten. Überdies widersprach es der friedlichen Strömung, die das englische Volk seit dem Beginn der sechziger Jahre unverkennbar beherrschte, eine doch mindestens zweifelhafte Gefahr, die im Schoße der Zukunft ruhen konnte, durch die zweifellosen Mühen, Sorgen und Kosten eines augenblicklichen Krieges zu beseitigen. Man begnügte sich daher in London und Kalkutta damit Persien, Afghanistan und das Reich von Kaschgar und Sarkand für die englische Sache zu gewinnen, auch das freilich nur mit geringem Erfolg. Insbesondere Jakob Kuschbegi, der Beherrscher des letztgenannten Kaschgar.

Staates, der seit 1864 die weiten Gebiete zwischen dem Thian-Schan und Kien-Lün von China losgerissen und sich unterworfen hatte, erklärte ganz offen, daß er vor dem waffenmächtigen und kriegsbereiten Zaren weit mehr Respekt habe als vor der friedfertigen Königin von England; er schlug das britische Bündnis aus und verband sich mit Rußland.

Afghanistan. In Afghanistan war der Einfluß der Engländer solange gut begründet, wie ihr früherer Feind Dost Mahomet lebte; unbeirrt hielt der alternde Fürst zu England, seit Sir John Lawrence mit ihm 1854 und 1857 Verträge abgeschlossen hatte, die seine und seiner Erben Herrschaft in Afghanistan verbürgten; auch der indische Aufstand brachte ihn nicht ins Wanken. Vor seinem Ende wünschte er sich noch Herat zu unterwerfen und kam auch noch eben ans Ziel; aber am Tage, nachdem die Stadt gefallen war, starb er im Jahre 1863. In den Fehden, die darauf zwischen seinen Söhnen ausbrachen, spielten die Engländer nicht die beste Rolle. Nach den Verträgen hätten sie dem ältesten Sohne Schir Ali beistehen müssen; weil aber ein jüngerer, Afzul Khan, anfangs vom Glück begünstigt war, so verhielten sie sich unthätig und empfahlen eine Teilung. Afzuls Schicksal wendete sich jedoch bald, er wurde ermordet; Schir Ali half sich selbst aus der Not und besiegte auch seine anderen Gegner. Jetzt waren die Engländer gern bereit ihn zu unterstützen, schickten ihm Waffen und versprachen ihm ein jährliches Geschenk von 120 000 Pfund. Schir Ali ging darauf ein und schloß im März 1869 persönlich mit dem Vizekönig von Indien, Lord Mayo, in Umballah einen Vertrag ab, durch den er sich mit England verbündete. Dessen Bemühungen waren nun unausgesetzt darauf gerichtet ihm durch Verträge mit Rußland eine gesicherte Nordgrenze zu schaffen. Zu mehr als allgemein gehaltenen Verabredungen kam es aber nicht, weil man in Petersburg die Möglichkeit einige der beanspruchten Grenzdistrikte selbst zu erwerben nicht aufgeben wollte; man einigte sich wohl über den Grundsatz eine neutrale Zone zwischen dem beiderseitigen Machtgebiete zu schaffen; aber alle Anläufe diesen Grundsatz thatsächlich zu verwirklichen scheiterten, und währenddessen schob Rußland ununterbrochen seine Grenzlinien weiter gegen Süden vor.

Englisch-rußische Verhandlungen.

Rußland nach dem Krimkriege.

Rußlands europäische Politik.

Die inneren Verhältnisse Rußlands hatten seit dem Krimkriege tiefgreifende Veränderungen erlitten. Kaiser Alexanders fester Vorsatz war es sich in keine europäischen Verwicklungen einzulassen, solange nicht die Wunden des Krieges vollständig ausgeheilt und die Versäumnisse nachgeholt waren, deren sich Nikolaus in seiner langen Regierung und besonders in den letzten Jahren schuldig gemacht hatte. Rußland schmollt nicht, es sammelt seine Kräfte — La Russie ne boude pas, elle se recueille, mit diesen Worten kündigte Fürst Gortschakoff, der im April 1856 an Messelrodes Stelle das auswärtige Amt übernahm, den

fremden Mächten diesen Entschluß an. Damit stand die Ausdehnung der russischen Macht in Asien nicht im Widerspruch, weil ernstere Verwicklungen dabei leicht vermieden werden konnten. In Europa wäre das nicht möglich gewesen, und deshalb enthielt sich Gortschakoff hier jedes selbständigen Schrittes und suchte nur durch Zugeständnisse und Höflichkeiten die guten Beziehungen zu Frankreich immer mehr zu befestigen. Die Zusammenkunft, die Alexander im Herbst 1857 mit Napoleon in Stuttgart hatte, war eine von diesen Höflichkeiten, und zu guten Diensten auf diplomatischem Felde gab es Gelegenheit genug in solchen Fragen, bei denen Rußland nicht unmittelbar beteiligt war. Dafür zeigte sich Frankreich dann in allem, was den Orient betraf, dankbar und wirkte in engem Einverständnis mit dem Petersburger Kabinett.

Daß Alexanders friedliche Haltung keineswegs den Verzicht auf die Eroberungspläne bedeutete, die seit anderthalb Jahrhunderten den roten Faden der russischen Politik gebildet hatten, dessen machte er gar kein Geheimnis; gleich in der Anrede an sein Volk, die er bei seiner Thronbesteigung veröffentlichte, sprach er das ja unumwunden aus. Aber er hatte erkannt, daß seinem Reiche die Kräfte ausgehen würden, wenn es bei seinem schnellen äußeren Wachstum nicht durch innere Reformen gefestiget werde, und sein friedliebender Charakter erleichterte es ihm sehr diese Politik einzuschlagen. Sein ganzes Wesen erinnerte weit stärker an seinen Oheim Alexander I. als an seinen Vater Nikolaus. Eine weiche, heftigen Erregungen durchaus abholde Natur, war ihm die Anlehnung an starke Charaktere ein inneres Bedürfnis. Wo er einen solchen Halt einmal gefunden hatte, sei es im Kreise seiner gekrönten Bettern, sei es in dem seiner Diener, da hielt er mit großer Beständigkeit daran fest; in dieser Hinsicht war er seinem Oheim unzweifelhaft weit überlegen. Ohne Hast und Leidenschaft verfolgte er die Pläne, die er sich einmal vorgesteckt; besondere Wärme für ihre Ausführung verriet er äußerlich nur selten; im Gegentheil hätte die kaltgleichgültige Haltung, die er in der Regel zeigte, oft auf vollständige Teilnahmslosigkeit schließen lassen können. In Wahrheit aber bewies er große Konsequenz in dem, was er einmal begonnen; wo er eine Schwenkung in seinen Regierungsmaßregeln vornahm, geschah es gewiß erst, nachdem die Männer, welche ihn bisda geleitet, vollkommen die Zeit und Gelegenheit gehabt hatten ihren Weg zu gehen, und nicht früher als bis sich die Unmöglichkeit dieses Weges unzweideutig herausgestellt hatte. Der aufgeregten Stimmung des Tages war er wenig zugänglich; aber Vorteil aus ihr zu ziehen, sie zu lenken und auszubeuten, überhaupt die Gunst des Augenblickes zu benutzen verstand er sehr wohl. Vielleicht war es mehr das Verdienst seiner Ratgeber als sein eigenes solche Momente rechtzeitig auszuspähen; jedenfalls wußte der Kaiser das zu würdigen und ließ nicht durch Unentschlossenheit die günstige Gelegenheit wieder entschwinden. Auch Vorurteile und berechtigten Groll zu unterdrücken erwies er sich in wichtigen Fragen als fähig; den hartnäckigen Haß seines Vaters

Alexander II.

kannte er nicht. Allen seinen Reformen lag augenscheinlich nicht allein kluge Berechnung, sondern ebenso sehr menschliches Wohlwollen zu Grunde, und wenn die Durchführung dieser Reformen in der That für Rußland zu einer Lebensfrage geworden war, so konnte es sich Glück dazu wünschen, daß in diesem wichtigen Zeitpunkte gerade dieser Kaiser auf dem Throne saß.

Neue Männer.

Unmöglich konnte sich Alexander bei seinen Plänen der Männer bedienen, die seinen Vater beraten hatten; dennoch trennte er sich von ihnen nicht eher, als bis die Sachlage es gebot. Den wichtigsten Posten hatte seit 1848 Fürst Alexis Orloff bekleidet, der Vorstand der kaiserlichen Kanzlei, Abteilung drei, d. h. der Geheimpolizei. Sein Einfluß war so groß gewesen, daß man die übrigen Minister, etwa den des Krieges ausgenommen, einfach als seine Untergebenen betrachtete. Die Erziehung Bibikoffs, der das Innere, und Kleinmichels, der die Bauten unter sich gehabt hatte, durch Lanskoj und Tschewkin machte daher auch nur geringen Eindruck. Aber als Orloff seinen Platz räumen mußte und der wohlwollende, wenn auch unbedeutende Dolgoruki an seine Stelle trat, begrüßte lauter Jubel diese Maßregel als den entscheidenden

Die Presse.

Umschwung. Ein ganz neuer Geist schien in das öffentliche Leben zu fahren und vor allem in der Presse einen Ausdruck zu suchen. Mit äußerster Strenge hatte Nikolaus diese unterdrückt; seine Zensur ließ nicht allein in Rußland keine Kritik aufkommen, sondern erstickte erfolgreich auch die Stimme des Auslandes; nicht der zehnte Teil der fremden Blätter, die den Einlaß suchten, fand ihn; alle bedeutenderen Bücher wurden grundsätzlich ausgeschlossen, und da ein Paß zur Reise ins Ausland 500 Silberrubel für ein Jahr kostete, so war auch die Möglichkeit sich persönlich über die öffentliche Meinung Europas zu belehren nur wenigen gegönnt. Jetzt schwand die hohe Steuer, die auf die Überschreitung der Grenze gelegt war, es schwand der Druck, der auf der Presse ruhte. So groß war die Zahl der neuen Zeitschriften, daß von 1858—60 gegen 80 wieder eingehen mußten, obgleich ihnen die größte Teilnahme entgegenkam. Weitauß die meisten dieser Blätter huldigten dem fortgeschrittensten Liberalismus, und mit den Schriftstellern wetteiferten die Zensoren an Freisinnigkeit. Wenn es trotzdem Übelstände genug gab, die kein russisches Blatt berühren durfte, so war doch dafür gesorgt, daß auch diese nicht ungesagt blieben. In London, später in Genf erschien nämlich seit 1855 eine Zeitung unter dem Titel Kolokol (die Glocke), deren Herausgeber, der Flüchtling Alex. Herzen, in der rätselhaftesten Weise sich von den geheimsten Dingen Kenntnis zu verschaffen und ebenso auf niemals aufgeklärten Wegen sein Blatt in Tausenden von Abdrücken durch

Parteien.

Rußland zu verbreiten wußte. Die einheimische Presse und mit ihr der einheimische Liberalismus spaltete sich in zwei sich allmählich sondernde Gruppen. Während die eine sich mit westeuropäischer Kultur zu durchdringen suchte und daher den Beinamen der Sapadniki, d. h. der Westlichen, erhielt, legte die andere den Hauptnachdruck auf die russische

Nationalität und wurde daher gewöhnlich als die der Slawenfreunde bezeichnet. In des Kaisers Gunst stand zunächst die erste am höchsten; ihr Führer war der Bruder des Zaren, Großfürst Konstantin, und nicht selten bezeichnete man sie nach ihm als die der Konstantinowzen. Mehr oder minder entschieden gehörten ihr einige der bedeutendsten Minister an, so Gortschakoff und vor allem Walujeff, der anfangs die Domänen und seit 1861 das Innere verwaltete, ein Mann, der schon zu Nikolaus' Lebzeiten, als er noch in untergeordneter Stellung in Livland lebte, durch seine schonungslosen amtlichen Denkschriften über die Branntweinpacht, die Leibeigenschaft und andere Gegenstände Freimut und Scharfblick bekundet hatte. Die Slawenfreunde hatten ihren Hauptsitz in Moskau; auch sie zählten in ihren Reihen vortreffliche Schriftsteller, wie Aksakoff oder Katkoff, und bedeutende Staatsmänner wie die Brüder Miljutin. In den Anfängen der Regierung Alexanders standen sie den Sapadniki noch nicht so feindlich gegenüber wie später; die Lösung der starren Bande, in die Nikolaus alles geschlagen hatte, war beiden Parteien gleich erwünscht. Die Entsetzung betrügerischer Beamten, die Unterdrückung des Spioniersystems, die Befreiung der Universitäten von den Einschränkungen, die ihnen auferlegt waren, die Begnadigung der Unglücklichen, die seit dem Dekabristenaufstande oder der polnischen Revolution in Sibirien schmachteten, die Erbauung von Eisenbahnen, der Nikolaus sich hartnäckig widersetzt hatte, die Verminderung des Heeres, der Erlaß der Rekrutierung für vier Jahre, die Niederschlagung der Steuerrückstände im Belauf von 24 Millionen Rubel, alles das waren Maßregeln, denen der junge Liberalismus jeder Färbung zujauchzte und die den Namen des Kaisers im ganzen Reiche, ja in ganz Europa populär machten.

Aber einschneidender als alle diese Reformen war der große Entschluß, den Kaiser Alexander faßte, die 23 Millionen Leibeigener seines Reiches zu befreien. Der Einsicht, daß dieser Schritt endlich einmal geschehen müsse, hatte sich selbst Nikolaus nicht entzogen. Dreimal, 1826, 1836 und 1839, hatte er Ausschüsse niedergesetzt um die Frage zu prüfen, alle dreimal war er vor der Ausführung zurückgebebt. Aber noch auf dem Totenbette, so erzählte man, war er zu diesen Ideen zurückgekehrt und hatte sie dem Thronfolger warm empfohlen. Alexander war denn auch entschlossen Ernst damit zu machen. Unter dem Adel war das Gerücht verbreitet, ein geheimer Artikel des Pariser Friedens verpflichte ihn dazu, und der Gouverneur von Moskau bat insolgedessen den Kaiser bei seiner Anwesenheit im August 1856 um beruhigende Versicherungen. Alexander erklärte darauf, er habe zwar nicht die Absicht schon jetzt die Sache in die Hand zu nehmen; aber lange könne die Leibeigenschaft nicht mehr bestehen und es sei besser, daß sie von oben her, als daß sie von unten abgeschafft werde. Er schloß mit der Bitte an den versammelten Adel über diese Sache nachzudenken.

In demselben Sinne äußerte er sich bei seiner Krönung im September

Reformen.

Aufhebung
der Leibeigen-
schaft.

1856 auch gegen die Adelsmarschälle der übrigen Provinzen und trug ihnen auf in ihren Kreisen dafür zu wirken. Ein geheimer Ausschuß, den er in Petersburg niederlegte und in dem sein Bruder Konstantin bald eine bedeutende Rolle spielte, sollte die ersten Vorbereitungen treffen. Die Unlust, mit welcher die meisten Mitglieder desselben an die schwierige und opfervolle Aufgabe herantraten, lähmte dessen Thätigkeit jedoch sehr und die Bedingungen, über die man sich endlich einigte, waren engherzig genug. Alles Landeigentum, mit Ausnahme der Uçadba, d. h. des kleinen Gärtchens, des Hauses und der Stallung, die jeder Bauer innehatte, sollte im Besitze des Edelherrn bleiben; die Uçadba sollte der Bauer binnen zehn Jahren abverdienen und erst nach Ablauf dieser Frist sollte die Befreiung eintreten. Selbst diese Bedingungen konnten indes nicht auf den Beifall des Adels rechnen, die Zustimmungserklärungen, auf die der Zar gehofft hatte, blieben aus, und als endlich im November 1857 der Gouverneur von Litauen eine solche einsandte, da war sie gefälscht, und niemand war mehr überrascht als der litauische Adel, als ihm ein kaiserliches Schreiben den Dank des Monarchen für die bewiesene Bereitwilligkeit aussprach und ihn anwies einen besonderen Ausschuß zu bilden und mit der Ausarbeitung von detaillierten Entwürfen zu beauftragen. Abschriften dieses Erlasses wurden an alle Adelsmarschälle des Kaiserreichs geschickt um durch gelinden Druck die Bewegung in Gang zu bringen; der Petersburger Adel erhielt unmittelbar vom Kaiser die Aufforderung zur Bildung eines Ausschusses zu schreiten. In den Grundlagen der Befreiung waren inzwischen bereits einige Änderungen als unerläßlich erkannt, insbesondere die Notwendigkeit den Bauern außer ihrer Uçadba noch so viel Land zu geben, wie zu ihrem Unterhalt erforderlich war. Dadurch wurde es dem Adel noch schwerer sich dem kaiserlichen Auftrage zu fügen, und ein Jahr beinahe verging, ehe die Ausschüsse in allen Provinzen ins Leben traten. Auch machte sich in vielen derselben eine große Verbitterung Luft, und nur durch Gewalt und Drohung konnte mancher Heißsporn zur Gefügigkeit gezwungen werden. Erst im März 1859 trafen die letzten Entwürfe in Petersburg ein, und das gesamte Material wurde nun vom Kaiser einem Ausschuß überwiesen, an dessen Spitze der überaus thätige Generaladjutant Rostowzoff stand und zu dessen Mitgliedern Tscherkasski, Miljutin und andere bedeutende Männer gehörten. Bei der Ausarbeitung des Gesetzes sollte dieser Ausschuß sich der Mitwirkung von Abgeordneten bedienen, die aus allen Gouvernements nach Petersburg berufen wurden. Dieses Zugeständnis genügte dem Adel jedoch nicht. Selbst unter denen, welche die Befreiung billigten, waren viele, die eine Entschädigung nicht in Geld oder Geldeswert, sondern in politischen Rechten dafür verlangten. Es lag auf der Hand, daß die Macht des Adels in ebendem Grade gemindert wie die des Kaisers gesteigert wurde. Alle die Millionen, welche bisher den Edelmann als ihren Herrn betrachtet hatten, traten fortan in die gleichberechtigte unmittelbare Unterordnung unter den

Kaiser und konnten von der Krone gegen den Adel verwendet werden; die schwachen Bollwerke, die dem Absolutismus des Zaren bisher noch von der Aristokratie entgegengesetzt waren, wurden eingerissen. Es schien nicht mehr als billig, daß der letzteren dafür eine größere Mitwirkung an der Regierung gestattet werde; in welchem Umfange, darüber gingen die Wünsche auseinander, aber man sprach selbst von einer parlamentarischen Verfassung und wollte jedenfalls die Leibeigenen nicht aus der Hand lassen ohne vorher des Preises sicher zu sein. Dem widersetzte sich der Kaiser auf das entschiedenste und die Wortführer dieser Richtung bekamen seinen Unwillen zu fühlen; er war entschlossen die beiden Fragen völlig auseinanderzuhalten, und als die Abgeordneten nach ungnädigem Abschiede in ihre Heimat zurückgekehrt, von ihren Standesgenossen in augenfälliger Weise geehrt und in ihren Forderungen unterstützt wurden, mehrten sich die Verweise und die Strafen. Auch in dem engeren Kreise des Ausschusses platzten die Gegensätze noch scharf aufeinander, so daß der Kaiser, der es doch auch mit dem Adel nicht ganz verderben wollte, den Großfürsten in Folge einiger überscharfen Äußerungen beurlaubte und auf Reisen schickte. Die Länge der Frist, binnen welcher die Bauern ihren Landbesitz erwerben sollten, der Umfang desselben und die Frage, ob die alte russische Einrichtung des Gemeindebesitzes beibehalten werden solle, waren die hauptsächlichsten Streitpunkte. Für den letzten Vorschlag erwärmten sich besonders die Slawenfreunde, deren Wortführer Miljutin war. Wenn nicht der einzelne Bauer das Besitzrecht an seinem einzelnen Hofe erwarb, sondern statt dessen die ganze Gemeinde das Besitzrecht an sämtlichen Höfen, so war damit ebensosehr eine eigentümliche Entwicklung des russischen Lebens im Gegensatz zum westeuropäischen gesichert, wie ein bedeutender Schritt zur Ausführung der kommunistischen Ideen gethan, die in den Köpfen der slawischen Partei spukten. Den Sieg errang diese aber nicht. Nach langen Verhandlungen, die sich in tiefes Dunkel hüllten, trat die Entscheidung endlich in dem Gesetz vom 3. März 1861 ans Licht. Es steckte eine Frist von zwei Jahren für die Durchführung der neuen Maßregel und ordnete in jedem Bezirke die Wahl von Friedensrichtern an, welche die etwa ausbrechenden Streitigkeiten schlichten sollten. Den Bauern wurde außer ihrer Uqadba ein bestimmtes Maß von Landeigentum zugesprochen, das sie allmählich abverdienen sollten; die gutscherrliche Polizei ward aufgehoben und die Bauernhöfe zu Gemeinden zusammengelegt. Daß eine so gewaltige Änderung nicht ohne heftige Zuckungen vor sich gehen werde, verhehlte sich der Kaiser selbst nicht; auch die Befürchtung, daß der Bauer seine Freiheit mißbrauchen und durch Faulheit und Leichtsinne dem Wohlstande des Landes neue schwere Wunden schlagen werde, klang durch die ermunternden Worte, mit denen Alexander die Veröffentlichung des Gesetzes begleitete, vernehmlich hindurch. Die aufrührerischen Bewegungen, zu denen es besonders östlich der Wolga wirklich kam, wurden schnell genug unterdrückt; selbst die 10 000 Bauern, die sich um den Anton

Bauern-
unruhen.

Petrow scharten um diesen, der sich für den vom Adel aus Petersburg vertriebenen Zaren ausgab, auf den Thron zurückzuführen waren in wenigen Tagen zersprengt. Aber die Unlust zur Arbeit und die Verschwendung des überschüssigen Ertrages der Felder, die man für die nächste Zeit befürchten mußte, trat wirklich ein, und ihre schlimmen Folgen machten sich in bösen Hungerjahren bemerklich.

Aufschwung
der Demo-
kratie.

Dazu kam als eine noch bedenklichere und nicht so klar vorausgesehene Wirkung der Aufschwung des demokratischen Geistes, der, in Rußland bisher fast unbekannt, eine ganz unerwartete Macht gewann und den Wunsch des Adels seine eigene politische Stellung zu verstärken als durchaus gerechtfertigt erscheinen ließ. In der gebildeten Jugend erwachte nach diesem einen großen Fortschritte ein ungezügelter Drang nach völlig umstürzenden Neuerungen. Die maßvolle Reform, welche dem Kaiser vorschwebte, fand in diesen Kreisen gar kein Verständnis. Für sie war das einzige Orakel Herzens Kolokol, der um so leichter alle Köpfe beherrschen konnte, als sein Name von der russischen Presse nicht genannt werden durfte und seine Lehren und Forderungen also auch nicht öffentlich bekämpft werden konnten. So bemächtigte sich der sozialdemokratische Gedanke, den Herzen vertrat, im Fluge der Gebildeten und vor allem der studentischen Jugend; ungestüm verlangten sie danach ihn auch im Volke zu verbreiten und in Flugblättern, Vorlesungen, Sonntagschulen wurde den ungebildeten Klassen, die kaum aus dem Zustande der Unfreiheit heraustraten, das sozialistische Evangelium verkündet. Darüber mußten auch die aufrichtig Liberalen unter den Sapadniki stutzig werden und der Zar selbst hielt es für geboten wenigstens auf dem Gebiete des Universitätswesens mit der Erteilung neuer Freiheiten innezuhalten. Unglücklicherweise übertrug er nun aber die Leitung dieses Zweiges der Verwaltung dem dazu gänzlich ungeeigneten Admiral Putjatin, der durch schroffes Dreinfahren und gewaltfame Unterdrückung die Studenten wieder zur Ordnung zu bringen gedachte. Statt dessen reizte er sie dadurch im Herbst 1861, während der Zar in der Krim weilte, zu Straßenaufmärschen und hitzigen Kundgebungen, die in Petersburg, Moskau, Charkow und Kiew tagelang anhielten und sich des unverhohlenen Beifalls und der Unterstützung der Bevölkerung erfreuten. So weit zu gehen war Alexanders Wille nicht gewesen; Putjatin mußte zurücktreten und wurde durch Golownin ersetzt, einen genauen Freund Walujeffs; auch Miljutin wurde als Kriegsminister in den Rat der Krone berufen, und von Reutern, der Finanzminister, Seleny, der Minister für die Domänen, die gleichzeitig mit ihm Anfang 1862 ins Amt traten, waren ebenfalls liberalgesinnte Männer. In allen Zweigen der Verwaltung wurden die Reformen daher rüstig wiederaufgenommen, allerdings nicht überall mit gleichem Glück. Aus dem Justizministerium erging eine neue Gerichtsverfassung nach westeuropäischem Muster mit Geschworenen und Friedensrichtern und lebte sich trotz zahlreicher erheblicher Mängel schnell ein, teils wegen des populären Rufes, dessen sie sich im voraus erfreute,

Studenten-
unruhen.

Neue Refor-
men.

teils weil sie wenigstens einem Übelstande der bisherigen Justiz, der Langsamkeit, wirksam abhalf. Der neue Finanzminister erschöpfte seinen Scharfsinn zwar in vielen vergeblichen Mitteln die Geldblage des Reiches zu bessern, aber er konnte doch auch nicht unwesentliche Fortschritte anbahnen. Zum erstenmale ließ er durch die Zeitungen den Voranschlag des Staatshaushaltes veröffentlichen und traf Vorkehrungen, daß Staatsgelder fortan nicht mehr wie bisher eingenommen und ausgegeben werden konnten, ohne daß das Finanzministerium etwas davon erfuhr; zahlreiche Mißstände, besonders die ganz gewöhnlichen Gehaltsauszahlungen für unbefetzte Ämter, wurden dadurch abgestellt und dem Staate so Millionen erspart. Dazu kamen Reformen wie die Umwandlung der Brauntweinpacht in eine Steuer, die Verbesserung der Zollverwaltung und die Beschränkung der Staatsindustrie durch den Verkauf von Domänen, Bergwerken und Eisenbahnen, so daß allmählich Einnahmen und Ausgaben sich ungefähr deckten und nach einem Jahrzehnt zum erstenmale gar ein kleiner Überschuß veranschlagt werden konnte.

Auch im Heerwesen wurden bedeutende Neuerungen durch Miljutin Das Heer. angebahnt. Auf diesem Gebiete machte sich die Aufhebung der Leibeigenschaft sehr stark bemerklich. Bisher war der Eintritt in das Heer eine Anwartschaft auf die Befreiung gewesen; weil man aber den Adel nicht durch zu häufige Rekrutierungen schädigen durfte, hatte die Dienstzeit 25 Jahre gedauert. Von einer Reserve konnte bei diesem System nicht die Rede sein; ein großer Teil der Soldaten war schon vor Ablauf der 25 Jahre im Grunde völlig unbrauchbar geworden. Miljutin setzte nun die Dienstzeit auf sieben Jahre herab und vermehrte die Zahl der Bataillone auf 664, in Kriegszeiten jedes zu 1000 Mann, im Frieden aber nur halb oder ein Drittel so stark. Ferner sorgte er für eine gründliche Umgestaltung der Offiziersschulen, führte eine bessere Verpflegung ein, hob die körperliche Züchtigung auf, milderte überhaupt die Strenge der Disziplin und erreichte dadurch nach allen Seiten hin die besten Resultate; beispielsweise sank die Sterblichkeit im Heere binnen weniger Jahre von 66 auf 20 Promille. An Gegnern fehlte es ihm, dem Demokraten, der sich von unten heraufgearbeitet hatte, nicht; aber da er der Hauptführer der Slawenfreunde war und diese bald in den unbestrittenen Besitz der Regierung gelangten, so hielt er allen Stürmen erfolgreich stand und konnte sein großes Werk vollkommen durchführen.

Alles in allem genommen unterlag es keinem Zweifel, daß Rußland Fortdauernde Gärung. in dem halben Jahrzehnt, das zwischen dem Pariser Frieden und der Befreiung der Bauern lag, in der „Sammlung seiner Kräfte“ schon tüchtige Fortschritte gemacht hatte und in jedem Jahre neue machte. Daß es trotzdem zu einer kräftigen Politik nach außen auch jetzt noch nicht imstande war, lag wesentlich an den inneren Gärungen, die statt abzunehmen wuchsen. Die Widersetzlichkeit des Adels und sein immer bestimmteres Verlangen nach neuen Rechten war weniger bedenklich als die unklaren sozialdemokratischen Bestrebungen, die in die Massen ge-

schleudert wurden. Räthselhafte Feuersbrünste, die besonders im Mai 1862 Petersburg in unheimliche Aufregung versetzten, ließen die dunklen Absichten ahnen, die im Hintergrunde schlummerten. Mit der Unterstützung einiger demokratischer Blätter, der Schließung verschiedener Klubs, der Verbannung verdächtiger Schriftsteller war doch gegen diese Gefahren nur wenig auszurichten; viel mehr ward schon dadurch gewonnen, daß in dem slawischen Lager eine konservative Gegenströmung aufkam, indem Katkoff, der Hauptvorkämpfer in der Presse, sich mit Erlaubnis der Regierung entschloß Herzen und seine Grundsätze offen anzugreifen. Man erkannte, freilich spät genug, daß das Versteckenspielen die Gefahr nur vergrößere, und der Erfolg lehrte, daß wirklich in dem Geheimnis eine Hauptstärke des Kolokol gelegen hatte. Sobald es gestattet war in den Zeitungen von ihm zu sprechen und gegen ihn zu kämpfen, war auch seine Alleinherrschaft in der öffentlichen Meinung gebrochen. Viel wirksamer war allerdings noch die Ablenkung, welche der Nationalgeist durch den polnischen Aufstand erfuhr. Alexander selbst und die Konstantinowzen waren von den besten Absichten gegen die Polen und überhaupt gegen die nichtrussischen Bewohner des Reiches, die Deutschen in den Ostseeprovinzen, die Finnen u. s. f. erfüllt. Es war für die Slawenfreunde ein Hauptlagepunkt, daß in Riga, Warschau und Helsingfors weit liberaler regiert werde als in Petersburg und Moskau. In den Ostseeprovinzen hatte der treffliche Suwaroff in einer dreizehnjährigen Verwaltung und ebenso seit 1861 sein Nachfolger, Baron Lieven, eine gleichmäßige, den deutschen Interessen freundliche Gesinnung bewahrt; in Finland geschahen sogar einleitende Schritte zur Einberufung der Stände, die seit 50 Jahren nicht versammelt worden waren; es schien als solle die vertragmäßige Selbständigkeit des Großfürstentums, die von Nikolaus schnöde mißachtet worden war, wieder ins Leben gerufen werden. ^{Polen.} Vollends gegen die Polen war durch Alexander von vornherein ein ungleich milderer Ton als der bisher übliche angeschlagen worden. Er hatte gleich in den ersten Jahren seiner Regierung umfassende Begnadigungen vorgenommen und bei seiner ersten Anwesenheit in Warschau, im Mai 1856, vor Träumereien gewarnt und Vergessen des Vergangenen versprochen wie empfohlen. Diese Sprache war nicht ganz wirkungslos geblieben. Ohne Zweifel war auf der polnischen Seite die Zahl derer, die aufrichtig eine Versöhnung wollten, nur sehr klein; aber diese kleine Zahl bestand aus einflußreichen Mitgliedern des Adels und hatte an ihrer Spitze einen Führer von klarem Geiste und kühnem Willen, den stolzen Marquis Wielopolski. ^{Wielopolski.} Die erste Aufwartung, die er dem Zaren machte, charakterisierte den Mann. Der Hofmarschall war in Verlegenheit, wo er dem seltsamen Gaste bei der großen Audienz den Platz anweisen sollte; da ersparte ihm Wielopolski die Mühe, indem er sagte, er werde ihn selbst sich suchen, und sich dann entschlossen unter die Gesandten der fremden Mächte stellte. Als Alexander ihn darauf freundlich aufforderte die Vorschläge, die er wegen Polens machen wollte, den

Konservative
Gegenströ-
mung.

Die Ostsee-
provinzen und
Finland.

Ministern zu übergeben, erklärte er sich dazu bereit, obgleich die Archive dieser Herren als die „Gräber der guten Ideen“ bekannt seien; und wenigstens insoweit bekam er recht, als Jahre vergingen ehe seine Anträge hinlänglich verarbeitet waren um durch den kaiserlichen Ukas vom 26. März 1861 ins Leben gerufen zu werden. Diese Zwischenzeit aber war von den polnischen Hefern, besonders von den Sendlingen Mieroslawskis und anderer Verbannten, tüchtig ausgenutzt um das Mißtrauen der Bevölkerung zu nähren und Wielopolskis Absichten als verräterisch zu brandmarken. Auch allerlei kleine Unruhen hatten sie in Warschau anzustiften gewußt, so zuerst am 30. Jahrestage der Revolution von 1830 und dann in den letzten Februartagen 1861. Von der Geistlichkeit begünstigt, führten sie eine Fahne mit dem polnischen weißen Adler in feierlicher Prozession herum und verleiteten dadurch das leicht erregbare Volk zu so feurigen Kundgebungen für die Unabhängigkeit Polens, daß es die Aufforderung der Behörden sich zu zerstreuen mißachtete und mehrere Opfer tot auf dem Plage ließ. Von diesen Vorgängen nahmen einige angesehenere Bewohner Warschaus, der Erzbischof an der Spitze, Anlaß eine Adresse an den Kaiser zu richten, in der sie das herrschende Regierungssystem hart verdammt und die unverlierbaren Rechte der Nationalität für ihr Vaterland in Anspruch nahmen. Alexander antwortete darauf zwar in sehr schroffem Tone, ließ aber dieser Antwort fast unmittelbar den erwähnten Ukas folgen, durch den er einen polnischen Staatsrat ins Leben rief und die Anordnung traf, daß die Provinzial-, Kreis- und Stadträte künftig aus Wahlen hervorgehen sollten; zugleich wurde Wielopolski in die Regierung berufen und mit der Leitung der Unterrichts- und Kirchensachen betraut. Der gute Eindruck, der durch diese Maßnahmen hätte erzielt werden können, wurde durch die nationale Partei mittels neuer Unruhen vollkommen vernichtet. Daß der Statthalter, Fürst Gortschakoff, und der Marquis Wielopolski darauf mit der Auflösung des landwirtschaftlichen Vereines antworteten, weil dieser unter der Leitung des Fürsten Zamoycki der Mittelpunkt der politischen Hefereien geworden sei, erweiterte die Kluft noch mehr; die Geistlichkeit stellte sich immer entschiedener auf die Seite der Nationalen und der Erzbischof lehnte es geradezu ab einen beruhigenden Hirtenbrief zu erlassen. Kaum eine Woche verging von da an, in der es nicht zu Aufständen gekommen wäre, die nicht selten mit Blutvergießen endeten. Die Wahlen zu den Kreis- und Stadträten mußten unter diesen Umständen vertagt werden, selbst die Verhängung des Belagerungszustandes über das ganze Königreich ward für nötig erachtet und Wielopolski erkannte, daß seine Absichten vereitelt seien, ehe sie nur begonnen hatten ins Leben zu treten. Er schied aus der Regierung wieder aus und blieb nur im Staatsrat. Inzwischen stritten die Parteien in Petersburg eifrig um den Einfluß auf Alexander. Die Sapadniki, vor allem Großfürst Konstantin, waren für Wielopolskis Absichten eingenommen und schoben das Mißlingen darauf, daß die Warschauer Regierung nicht

Unruhen in
Warschau.

Bersöhnliche
Schritte des
Kaisers.

Wachsende
Unzufrieden-
heit.

Die Parteien
in Petersburg.

standhaft genug auf dem betretenen Wege verharret sei. Etwas wahres lag ohne Zweifel in dieser Behauptung; schon äußerlich betrachtet mußte es als durchaus ungünstig erscheinen, daß in dem einen Jahre 1861 hintereinander Fürst Gortschakoff, General Suchozanet, Graf Lambert und General Lüders die Statthalterwürde bekleidet hatten; von einer gleichmäßigen folgerichtigen Politik hatte da nicht die Rede sein können. Wielopolski und die, welche mit ihm an die Möglichkeit einer Versöhnung glaubten, durften das Recht beanspruchen, daß man ihre Ideen nicht früher als unausführbar beiseite werfe, als bis ein ernstlicher, aufrichtiger und ausdauernder Versuch mit ihnen gemacht sei. Das sah Alexander ein, und um diesen Männern wirklich freie Bahn zu geben ernannte er seinen Bruder Konstantin am 11. Juni 1862 zum Statthalter von Polen und übertrug dem Marquis die ganze Civilverwaltung des Landes. Es war Ernst mit diesem Versuche und deshalb konnten die entmutigenden Anzeichen, unter denen er begonnen wurde, die Befolgung desselben nicht hemmen. Am wenigsten schreckte es den beherzten Großfürsten und den für seine Pläne begeisterten Marquis, daß das revolutionäre Gesindel von Warschau innerhalb der nächsten zwei Monate vier Mordanfälle zustande brachte, zuerst auf den bisherigen Statthalter General Lüders, dann auf Konstantin selbst und zwar gleich am Tage nach seiner Ankunft, endlich zweimal binnen acht Tagen auf Wielopolski. Viel bedenklicher war es, daß der polnische Adel nichts zur Erleichterung ihrer Stellung beitrug, daß die Zugeständnisse an den Katholizismus, die Besetzung aller fünf Gouverneurstellen mit polnischen Edelleuten, die völlige Umgestaltung der Verwaltungseinrichtungen von dem Grafen Zamoycki und einer großen Adelsversammlung in echt-polnischer Begehrlichkeit und Verblendung mit der Forderung beantwortet wurden, daß alle Provinzen, die einst zur polnischen Republik gehört, zuvor wieder mit dem Königreiche vereinigt würden. Entweder sprach aus solchem Verlangen die vollendete Unfähigkeit sich auf das politisch Erreichbare zu beschränken, oder der böswillige Wunsch dem wohlgemeinten Vorhaben Steine in den Weg zu werfen. Daß der Adel von Podolien und Litauen die erste Gelegenheit, wo er sich versammelte, ergriff um auch seinerseits die Wiedervereinigung mit Polen zu fordern, legte die Befürchtung einer planmäßigen Durchkreuzung der Versöhnungspolitik nur noch näher. Es war, als sollten die besten Freunde, die Polen in Rußland hatte, gewaltsam zu feindlichen Maßregeln gedrängt werden. Daß Zamoycki zur Verantwortung nach Petersburg geladen und auf drei Jahre ins Ausland geschickt wurde, daß der Kaiser die Adelsversammlungen auflösen und ihre Adressen abweisen ließ, war gewiß keine übertriebene Härte. Die begonnenen Reformen wurden ruhig fortgesetzt und der Kriegszustand fast im ganzen Lande aufgehoben. Aber eine Lehre glaubten der Großfürst und Wielopolski allerdings aus diesen Vorgängen ziehen zu müssen: die, daß es für die Erreichung ihrer Pläne von größter Wichtigkeit sei die schlimmsten Hezer auf möglichst vor-

Großfürst
Konstantin
und Wielo-
polski.

Unversöhnlich-
keit der Polen.

sichtige Weise unschädlich zu machen. Den Abel konnte man, wie Zamojski, auf Reisen schicken; mit den jungen demokratischen Heißspornen ging das nicht. Für sie mußten andere Wege ausfindig gemacht werden, und als der bequemste erschien der, eine neue Rekrutierung anzuordnen und diese gefährlichen Elemente ins Heer zu stecken.

Das Nationalitätsprinzip und der Orient.

Die Folgen dieses Entschlusses werden uns erst später beschäftigen. Was die Rekrutierung selbst anlangte, so lag in den augenblicklichen politischen Verhältnissen zwar kein Grund für sie vor, aber da seit sechs Jahren keine Aushebung mehr stattgefunden hatte, konnte man sie doch auch weder verfrüht nennen, noch brauchte man sie als ein Vorzeichen kriegerischer Absichten zu betrachten. Eigentümlich war es freilich, daß der kaiserliche Befehl, welcher sie anordnete, gerade am 20. September 1862 erging, das heißt an dem Tage, an welchem der Zar in Nowgorod mit seinem Volke das tausendjährige Bestehen des russischen Reiches feierte. Lag in diesem Zusammentreffen die Ankündigung verborgen, daß Rußlands Heer berufen sei die Gedanken zu verwirklichen, welche dem Feste von Nowgorod den höheren Schwung gaben, die Gedanken nicht an die Vergangenheit, sondern an die Zukunft, eine Zukunft, welche alle slawischen Völker vereinigen sollte? Dieser Gedanke des Panlawismus lebte unzweifelhaft in Rußland; die ganze junge Generation hing ihm an; die Presse der Slawenfreunde predigte ihn so unverhohlen, wie es die Rücksicht auf Oesterreich, dessen Zerstückelung seiner Verwirklichung hätte voraufgehen müssen, nur irgend zuließ. Und nun erteilte der Zar selbst gar an diesem Jubelfeste des Slawentums Orden und Auszeichnungen an die hervorragendsten Slawen der österreichischen Monarchie. Er bezeichnete sie dadurch gleichsam als Teilnehmer an diesem Feste, als Genossen der großen Familie, deren Haupt er selber sei. Selbst auf die Vorgänge in Polen mußte diese Handlungsweise ein neues Licht werfen. Die bisherige Lage dieses slawischen Landes konnte die übrigen Bruderstämme nicht eben für die Vereinigung mit Rußland begeistern. Vielleicht gelang es Wielopolski jetzt einen Zustand zu schaffen, der als lockendes Vorbild für die Verbindung Galiziens und der übrigen österreichisch-slawischen Provinzen mit dem Zarenreiche dienen konnte. Die Verwirklichung des großen Traumes brauchte deshalb keine Aufgabe des nächsten Tages zu sein. Sie bedurfte ohne Zweifel noch vieler Vorbereitungen. Aber daß auf der anderen Seite auch schon viel geschehen war, daß die Ereignisse der letzten Jahre dem Panlawismus vorgearbeitet hatten, das lag offen vor aller Augen. Die Kluft, die zwischen Petersburg und Wien sich aufgethan, das gute Einvernehmen, in dem der Zar mit Preußen und Frankreich stand, vor allem die schweren Schläge, die Oesterreich erlitten hatte, alles das berechtigte zu weitgehenden Hoffnungen. Oesterreichs Ruin war ein Gewinn, war fast schon

Der Panlawismus.

Oesterreichs
Gefährdung.

ein Sieg für den Panlawismus. Und dieser Ruin schien unaufhaltsam hereinzubrechen. Ungarn war und blieb widerspenstig und unversöhnlich, in Deutschland garte und brodelte es, und Herr von Bismarck, der am Tage vor der Nowgoroder Feier in Berlin eintraf um die Leitung der Staatsgeschäfte zu übernehmen, war der erklärte Feind Österreichs, der erklärte Freund Rußlands. Vollends nun gar in Italien hatten die großartigsten Umwälzungen sich vollzogen und der Herrschaft Österreichs, der mittelbaren wie der unmittelbaren, ein Ende gemacht. Von allen Seiten war der Kaiserstaat bedroht; sein schlimmster Feind, der nationale Gedanke, war in ganz Europa das Lösungswort des Tages; sollte dieser Gedanke nicht auch für das Slaventum sich verwirklichen lassen? Das waren die Ideen, die in Rußland lebten, die eben so eifrig wie unkritisch genährt wurden, über denen man leichtsinnig es vergaß oder verbarg, daß in Polen gerade das Nationalitätsprinzip sich gegen den Panlawismus wehrte und daß nur die größte Unwissenheit es wagen konnte, Russen und Polen und Tschechen und Kroaten in demselben Sinne als Volksgenossen zu bezeichnen wie Sardinier und Neapolitaner oder wie Preußen und Bayern, Württemberger und Hannoveraner.

Das Nationalitätsprinzip und der Panlawismus.

Napoleon und das Nationalitätsprinzip.

Aber mochte dieser Panlawismus auch eine Verirrung sein, er war jedenfalls eine Verirrung, die in der geistigen Strömung der Zeit ihren Ursprung hatte. Mehr und mehr war seit dem Ende des Krimkrieges der Druck gehoben, der länger als ein halbes Jahrzehnt schwer auf den Völkern Europas lastete. Nur diesem Drucke war es gelungen die aufstrebenden nationalen Bewegungen, die der Erdteil 1848 gesehen, niederzuhalten: sie zu ersticken war ihm nicht gelungen, und sowie der Druck nachließ, traten sie wieder hervor. Der einflußreichste Machthaber in ganz Europa, der Kaiser Napoleon selbst, war es, der ihnen dabei hilfreiche Hand leistete, der diese verpönten Bestrebungen, dieses geächtete Nationalitätsprinzip, als erster in die Kreise der entsetzten Diplomatie einzuführen wagte. Weit entfernt davon den großen Zukunftsgedanken um seiner selbst willen zu fördern bezweckte er damit allerdings nur die eigene Macht zu erhöhen und seinen Namen mit neuem Glanze zu umgeben. Aber mochten seine Beweggründe sein, welche sie wollten, mochten die Geister, die er wachrief, ihm selbst bald zu gewaltig werden und schließlich mehr als etwas sonst zu seinem Sturze beitragen, jetzt, wo er auf der Höhe seiner Macht stand, gab es keinen zweiten, der mit gleicher Kraft das Zauberwort sprechen und den nationalen Bestrebungen jenen politischen Rückhalt bieten konnte, ohne den sie vielleicht noch lange in dem Zustande der Vorbereitung hätten verharren müssen. Daß der Kaiser dies that, daß er sich zum Wortführer der unterdrückten Nationalitäten aufwarf, geschah vornehmlich um Italiens willen und war teils Folge des Orsinischen Mordversuches, teils Frucht der unermüdblichen Anstrengungen des Grafen Cavour. Aber mit seiner gewöhnlichen Vorsicht und Zurückhaltung gab Napoleon das Lösungswort nicht

sogleich in Bezug auf Italien aus; er wollte zunächst die Diplomatie an den übelberufenen Klang, den das Nationalitätsprinzip in ihren Ohren hatte, gewöhnen, und so war es denn eine ziemlich untergeordnete Frage, bei der er es zum erstenmal versuchsweise als leitenden Grundgedanken ausspielte, die Frage der Donaufürstentümer.

Der Pariser Friede hatte über die künftige Gestaltung dieser Länder nur allgemeine Grundzüge festgestellt, die insbesondere die Frage, wie weit eine Vereinigung der Moldau und Walachei zugestanden werden sollte, unentschieden ließen. Die Türkei und Österreich, denen sich England anschloß, wollten von dieser Vereinigung nichts wissen, Rußland und Frankreich, und in ihrem Gefolge Preußen und Sardinien, begünstigten sie. Nun erlosch im Juli 1856 die siebenjährige Amtszeit der beiden Hospodaren, die 1849 auf Grund des Vertrages von Balta Liman eingesetzt waren, und die Verwaltung der Länder ging einstweilen an Statthalter (Kaimakame) über, welche die Pforte ernannte, den Demetrius Ghika in der Walachei und den Nikolaus Bogorides in der Moldau. Deren nächste Aufgabe war es in Gemäßheit eines großherrlichen Fermans vom 7. Januar 1857 die Wahlen zu den Divans auszusprechen, welche Vorschläge über die künftige Gestaltung der beiden Länder machen sollten. Schon vor den Wahlen zeigte sich in der Moldau eine lebhaftere Bewegung gegen die Vereinigung, und die Wahlen selbst fielen dementsprechend aus. Frankreich aber und die ihm folgenden Mächte erklärten, dieses Ergebnis sei durch Mißachtung des Fermans künstlich erzielt, verlangten in Konstantinopel Bogorides' Abberufung und die Erneuerung der Wahlhandlung, und erzwangen diese Forderung im August 1857 durch den Abbruch des diplomatischen Verkehrs. In der That kam nun ein Divan zustande, der mit 82 gegen 2 Stimmen am 19. Oktober 1857 die Vereinigung mit der Walachei forderte und für den erblichen Thron des neuen Staates, der den Namen Rumänien führen und für neutral erklärt werden sollte, einen europäischen Prinzen wünschte: Forderungen, denen der walachische Divan sich zwei Tage später einstimmig anschloß. Die Pforte erhob sogleich nachdrückliche Einsprache und beeilte sich Anfang 1858 die Divans aufzulösen, sobald sie ihre Vorschläge der Gesandtenkonferenz in Konstantinopel übergeben hatten. Napoleon beantwortete diesen Schritt durch eine von ihm veranlaßte Schrift „Napoleon III. und die rumänische Frage“, die entschieden für die Rechte der neuen „rumänischen“ Nationalität eintrat. In den Augen der Pforte und Österreichs war diese Begründung gewiß die schlechteste, die es geben konnte; denn wenn sie zugelassen wurde, so hatten auch die Rumänen in Siebenbürgen ein Recht sich dem neuen Staate anzuschließen, so durften auch die Serben für die Wiederherstellung ihres altserbischen Reiches den Beistand der Mächte anrufen. Der Entscheid der Pariser Konferenz, welche die Frage zu lösen hatte, fiel denn auch nicht so günstig aus, wie die Rumänen im Vertrauen auf Napoleons Geneigtheit wohl gehofft hatten. Unter dem Namen der Vereinigten Fürstentümer der

Die Donau-
fürstentümer.

Napoleon III.
und die rumä-
nische Frage.

Moldau und Walachei sollte das Land zwar in Fokschani einen gemeinsamen höchsten Gerichtshof und einen aus 16 Mitgliedern bestehenden ständigen Ausschuss, eine Art von Staatsrat, erhalten, aber jedes Fürstentum sollte seinen eigenen Hospodaren und seine eigene Landesvertretung wählen, und die Abhängigkeit von der Pforte samt der Tributpflichtigkeit (der Tribut betrug 4 Millionen Piaster, d. h. etwa $1\frac{1}{4}$ Mill. Mark) wurden ausdrücklich von neuem anerkannt. Indessen die Rumänen wußten doch, über die Zugeständnisse der Mächte hinaus, ihre Wünsche durchzusetzen. Nachdem die Moldau am 29. Januar 1859 den Obersten Alexander Kusa zum Hospodaren gewählt hatte, erfor die walachische Landesversammlung 14 Tage später denselben Mann zu ihrem Fürsten. Frankreich und Rußland waren damit sehr zufrieden; die übrigen Mächte befanden sich in großer Verlegenheit. Osterreich, das an der Schwelle eines großen Krieges stand, mußte die Sache gehen lassen, England wollte sich um einen so geringen Preis nicht mit Frankreich überwerfen. So ließen sie denn die Pforte im Stich und erkannten am 6. September 1859 für die Lebenszeit Kusas, der als Alexander Johann I., Fürst von Rumänien proklamiert wurde, die Vereinigung an; der Sultan mußte sich damit begnügen, daß der Hospodar persönlich die Bestätigung in Konstantinopel einholte, und Anfang 1862 konnte der neue Staat „Rumänien“, nachdem Ende 1861 die Anerkennung Kusas durch die Pforte erfolgt war, in pomphaften Proklamationen den Völkern Europas vorgestellt werden.

Dieses Vorbild ging begreiflicherweise für die übrigen christlichen Unterthanen der Pforte nicht verloren; am stärksten mußte es auf die benachbarten Serben wirken. Aus ihren Befreiungskämpfen in den Jahren 1804—15 hatten diese in ihr politisches Leben Parteiungen mit hinüber genommen, die weit mehr persönlicher als sachlicher Art waren. Ihr erster Führer im Aufstand wider die Türken, Karageorg, der schwarze Georg, hatte 1813 nach vielen Unglücksfällen das Land verlassen müssen, und der Ruhm der Befreiung war daher seinem Nachfolger, dem Miloš Obrenowitsch, zugefallen, den die Pforte freilich erst nach dem Frieden von Adrianopel als Fürsten anerkannte. Bis 1839 behauptete dieser sich in der Herrschaft, zum Teil durch die härtesten Mittel, wie durch die Ermordung Karageorgs, der 1816 nach Serbien zurückgekehrt war. Eine ernstliche Bewegung, die gegen ihn 1835 ins Werk gesetzt wurde, veranlaßte ihn zwar eine Verfassung zu geben, durch die er sich selbst Schranken zog. Aber da weder Rußland und Osterreich noch die Pforte dieselbe billigten, trat sie nicht ins Leben, und die Gegner des Fürsten, sein Bruder Sefhrem und seine früheren Anhänger Wutschitsch und Protitsch, mußten ins Ausland fliehen. Dennoch war Miloš nur scheinbar Sieger geblieben. Auch der Sultan wünschte seine Macht zu beschränken und sandte ihm im Einverständnis mit seinen Gegnern eine Verfassung zu, durch welche fast alle Gewalt in die Hände eines unabhgbaren, aus 17 Mitgliedern bestehenden Senats gelegt wurde. Obendrein wurden nun in diesen Männer wie Sefhrem und Wutschitsch

Die Wahl
Kusas.

Serbien.

gewählt, während alle Freunde des Fürsten durchfielen. Das trieb ihn dazu eine Bauernbewegung gegen diese Neuerungen anzuzetteln. Aber Wutschitsch schlug dieselbe schnell nieder und zwang, nach Belgrad zurückgekehrt, am 13. Juni 1839 den Milosch zu Gunsten seines Sohnes Michael der Herrschaft zu entfagen und über die Grenze zu gehen. Michael wurde von der Pforte bereitwillig anerkannt; aber das Land kam dadurch nicht zur Ruhe, denn nun gerieten die Führer der Bewegung unter sich in Streit, und Wutschitsch mußte unter türkischem Schutz aus dem Lande entweichen. Den eindringlichen Vorstellungen des Sultans gelang es freilich bald ihm die Rückkehr zu erwirken; aber nun arbeitete er nur um so eifriger daran seine Gegner, besonders Jephrem und Protitsch, zu beseitigen. Schon 1842 griff er wieder zu den Waffen und Michael sah sich bald so vollständig verlassen, daß er Ende August nach dem österreichischen Semlin entfloß. Eine von Wutschitsch berufene Skuptschina erwählte darauf den 1806 geborenen Sohn Karageorgs, Alexander, zum Fürsten und der Sultan bestätigte ihn. Dagegen erhob dann freilich Rußland, lebhaft von Osterreich unterstützt, Einspruch; aber weil es nicht verkannte, daß die Wiedereinsetzung Michaels undurchführbar sei, begnügte es sich damit, daß Karageorgewitsch sich einer Neuwahl unterzog, Wutschitsch aber für einige Zeit das Land verließ. Die folgenden Jahre verstrichen ohne erhebliche Ereignisse; auch die eifrige Beteiligung der Serben an dem Kampfe ihrer österreichischen Landsleute gegen die Ungarn blieb ohne dauernde Nachwirkung. Während des Krimkrieges hielt Karageorgewitsch sich neutral, jedoch mit stets wachsender Annäherung an den österreichischen Standpunkt, obwohl die Stimmung im Volke entschieden russenfreundlich war. Teils dadurch, teils durch den Umstand, daß er jahrelang die Skuptschina nicht berufen hatte, erregte er große Mißstimmung gegen sich, die durch die günstigen Bestimmungen des Pariser Friedens keineswegs beseitigt wurde. Es kam soweit, daß im Schoße des unabsehbaren Senates eine Verschwörung gegen den Fürsten entstand, welcher er durch schnelle Verhaftung und Verurteilung der Teilnehmer die Spitze abbrechen suchte (Okt. 1857). Als aber die Pforte dieses Verfahren für ungesetzlich erklärte, wagte er nicht derselben zu trotzen, setzte die zur Abdankung gezwungenen Senatoren wieder ein und berief den alten Wutschitsch und den als Gegner Osterreichs bekannten, europäisch gebildeten Garaschanin in das Ministerium. Diese trafen sofort, von Rußland der Pforte zum Troß begünstigt, die Einleitungen zur Wahl einer Skuptschina, die am 12. Dezember 1858 eröffnet wurde. Gleich in den ersten Sitzungen zeigte sich, daß Karageorgewitsch's Partei in schwacher Minderheit war und daß die Mehrheit den alten Milosch oder seinen Sohn Michael wieder auf den Thron zu setzen wünschte. Ein türkischer Kommissär, Rabuli Effendi, der dies zu verhüten abgeschickt war, bemühte sich nun unter der Hand den alten Wutschitsch, Garaschanin und den durch seinen Reichtum gewichtigen Mischa für den Plan zu gewinnen,

Die serbische
Skuptschina.

daß sie als Kaimakame vorläufig die Regierung übernehmen sollten; allein ehe diese Intrigue ins Werk gesetzt war, forderte die Skuptschina am 22. Dezember 1858 den Fürsten zur Abdankung auf und erklärte Milosch zu seinem Nachfolger. Karageorgiewitsch floh in die Festung, die von türkischen Truppen besetzt war; er gedachte von da sich leicht wieder der Stadt bemächtigen zu können; aber Volk und Heer erklärten sich gegen ihn und Österreich, das Wien machte ihm Beistand zu leisten, wurde von dem hereinbrechenden Unwetter des italienischen Krieges überrascht. So gab der Fürst das Spiel verloren und Milosch hielt, auf Rußlands und Frankreichs Verwendung vom Sultan bestätigt, am 6. Februar 1859 seinen Einzug in Belgrad. Ihn umgab, als den Befreier vom Türkenjoch, noch immer ein nationaler Heiligenschein und trotz der Vertagung der Skuptschina, trotz Wutschitsch' Verhaftung und seines verdächtigen Todes blieb ihm die Liebe des Volkes bewahrt, bis er im Alter von 81 Jahren am 26. September 1860 starb.

Mehr noch als auf ihn baute die jungserbische Partei ihre nationalen Hoffnungen auf seinen Sohn Michael, der ihm folgte, ohne daß die Pforte das Erbrecht anerkannte, aber auch ohne daß sie es hindern konnte. Das Ziel der Nationalen war die Vereinigung von Bosnien, der Herzegowina und Montenegro mit Serbien zu einem großserbischen Reiche. In allen diesen Ländern war es seit 1856 auch unruhig genug zugegangen; blutige Aufstände waren besonders im Frühjahr 1858 ausgebrochen, und der Fürst von Montenegro, Danilo Petrowitsch, pochte trotzig auf fremden Beistand. Eine Reise nach Paris im Februar 1857 hatte große Hoffnungen in ihm erweckt, die durch die Ankunft französischer Kriegsschiffe im adriatischen Meere noch verstärkt wurden; von Rußland flossen ihm die Geldmittel ganz offenkundig zu. Allzuweit wollte man die Dinge in Petersburg und Paris aber noch nicht kommen lassen, sondern nur die Gärung unterhalten um zu passender Zeit einen Ausbruch herbeiführen zu können. Deshalb mußte Danilo jetzt mit einer Grenzregulierung, die unter Mitwirkung der Großmächte vollzogen wurde, sich zufrieden geben, und ehe er die Erlaubnis zu neuen Unruhen bekam, fand er im August 1860 seinen Tod durch die Kugel eines Feindes. Kraft eines Erbfolgefesetzes, das er vor seiner Reise nach Paris gegeben und das jeden, der Freundschaft für die Türken an den Tag lege, ausschloß, folgte ihm sein Neffe Nikita. Ein neuer Aufstand in der Herzegowina verwickelte diesen schon 1862 wieder in Krieg mit den Türken; da aber die Pforte eine bedeutende Armee unter Omer Pascha absandte, mußte sich auch Nikita zum Frieden bequemen ohne die gewünschte Ausdehnung seines Landes bis an die Küste erreicht zu haben. Wirklichen Vorteil zog aus diesen Unruhen von 1862 nur Michael Obrenowitsch von Serbien. Reibereien zwischen der türkischen Besatzung und der Bevölkerung von Belgrad hatten den Kommandanten veranlaßt seine Truppen in die Festung zurückzuziehen und von da aus die Stadt zu bombardieren. Die Mächte mischten sich ein und beschränkten im September 1862 das türkische

Flucht des Fürsten.

Fürst Milosch.

Fürst Michael.

Aufstände in Bosnien u. i. f.

Montenegro.

Streit in Belgrad.

Besatzungsrecht auf vier Zitadellen im Lande, darunter allerdings auch die von Belgrad, während in der Stadt selbst das Türkenviertel geräumt werden mußte. Dadurch besänftigte sich die aufgeregte Stimmung der Serben soweit, daß die Ruhe erhalten blieb. Aber im ganzen Norden und Westen der Balkanhalbinsel glomm das Feuer unter der Oberfläche weiter und konnte nur notdürftig verdeckt werden.

Auch die Griechen blieben von der nationalen Strömung dieser Jahre nicht unberührt; doch hatten sie keineswegs bloß Gewinn von derselben zu erwarten. Unter den slawischen Bulgaren, die sich zur griechischen Kirche bekannnten und ihre Bischöfe von dem Patriarchen von Konstantinopel erhielten, äußerte sich das erwachende Leben in einer griechenland feindlichen Weise. Man wollte seine eigene Nationalität pflegen und deshalb die hohe Geistlichkeit aus der eigenen Mitte wählen und nicht mehr stammfremde Griechen sich schicken lassen. Rußland zeigte sich diesen Ideen günstig, die Pforte nicht minder, und wenn der Streit erst gegen Ende des Jahrzehnts zur wirklichen Losreißung der Bulgaren von dem Patriarchate in Konstantinopel führte, so erregte er doch jetzt schon alle Gemüther und bedrohte das Hellenentum mit schwerem Verlust. Unter den griechischen Unterthanen der Pforte brachen gerade wie unter den serbischen mancherlei Unruhen aus, 1858 auf Randia, 1860 in Makedonien, aber da sie keine erhebliche Unterstützung aus dem Königreiche erhielten, wurden sie schnell gedämpft. In Athen war man durch die Erfahrungen des Krimkrieges sehr vorsichtig geworden. Trotz Rußlands Fürsprache auf dem Pariser Kongreß zogen die Westmächte sich aus dem Piräus erst im Februar 1857 zurück, und diese dreijährige Anwesenheit fremder Truppen in der Hauptstadt hatte die Regierung, wie auch die wechselnden Minister heißen mochten, ernstlich eingeschüchtert. Das Volk freilich vergaß die Warnung schnell und rechnete die Schmach, die dem Lande widerfahren war, dem Könige selbst zur Schuld an. Otto I. war nicht imstande gewesen auf diesem Boden wirklich festzuwurzeln; nur einer machtvollen Persönlichkeit hätte es gelingen können in diesem Gewirr von Parteiungen und Begehrlichkeiten zu Ansehen und Einfluß zu gelangen; statt dessen war der König eine lässige Natur, die sich nur schwer zu Entschlüssen aufzuraffen vermochte und gern an Kleinigkeiten haftete. Unlustig zum Regieren und fränklich, überließ er nicht allein während seiner wiederholten Reisen nach Deutschland der Königin, einer entschlossenen, aber hastigen und unbeliebten Frau, die Regierung, sondern gestattete ihr auch sonst großen Einfluß. Den Schwierigkeiten des parlamentarischen Systems war er in keiner Weise gewachsen und daß es ihm durch eine Revolution am 15. September 1843 aufgezwungen war, hatte er auch nicht vergessen. Die Willkürlichkeiten, deren sich alle seine Minister ohne Unterschied der Partei schuldig machten, die Fälschungen der Wahlen, das Polizeiregiment verbitterten die Stimmung gegen den Monarchen selbst; daß er obendrein kinderlos war, beraubte ihn auch der Stütze, die ein im Hellenentum heranwachsender Sohn ihm

Die Bulgaren.

Aufstände in
Randia u. s. f.

Griechenland.

König Otto.

Stimmung
des Volkes.

Berschwörun-
gen.

Bertreibung
des Königs.

Die Königs-
wahl.

würde gegeben haben. Kein Wunder, wenn man ihm jetzt Gleichgültigkeit gegen die höchsten Interessen des griechischen Volkes vorwarf, wenn man die Schuld daran, daß nicht längst die Grenzen des Reiches sich erweitert hatten, daß so mancher griechische Stamm vergebens sich der Türkenherrschaft zu entwinden suchte, seiner Teilnahmlosigkeit zuschrieb und von jedem anderen Fürsten eher die Erfüllung der nationalen Hoffnung erwartete. Besonders gern dachte man sich einen englischen Prinzen auf dem griechischen Throne; als sicheren Gewinn glaubte man dann die ionischen Inseln davon zu tragen, die in den letzten Jahren sich sehr lebhaft für den Anschluß an das Königreich auszusprechen begonnen hatten, und auch die Hoffnung auf Kandia, Samos und andere unzufriedene Inseln schien nicht allzukühn. Neben dieser nationalen Strömung, die in dem Könige das größte Hemmnis sah, lief eine radikale, die jedes Königtum haßte, und liefen zahlreiche persönliche Feindschaften, wie sie der Monarch in dem zerklüfteten Lande gar nicht hatte vermeiden können. Auf den Beistand der Schutzmächte durfte er nicht rechnen; mit England hatte er fast immer auf gespanntem Fuße gestanden; Rußland und Frankreich betrachteten ihn mindestens mit Gleichgültigkeit. So war die Lage, als im Jahre 1861 die feindseligen Stimmungen sich in Thaten Luft zu machen begannen. Die ersten Versuche, eine Verschwörung in Athen, ein Mordanschlag auf die Königin, mißlangen. Ernstlicher war eine Militärrevolution, die im Februar 1862 in Nauplia ausbrach und der sich die Inseln Syra, Santorin und Naxos anschlossen. Allein auch sie wurde glücklich unterdrückt, und der König suchte durch Milde die Unzufriedenheit zu beschwichtigen. Er änderte sein Ministerium, ließ den vom Aufstande heimgesuchten Gegenden beträchtliche Geldsummen durch die Kammern bewilligen, schlug die Preßprozesse nieder, erteilte eine umfassende Begnadigung und trat im Oktober mit der Königin eine Reise durch den unzufriedenen Peloponnes an. Gerade diese Reise aber war das Zeichen zum Ausbruch einer weitverzweigten Verschwörung. Am 19. erhoben sich die Rebellen in Boniza am Golf von Arta, am 20. in Patras, am 22. in Athen. Hier in der Hauptstadt erklärten sie sofort das Königtum Ottos für erloschen und bildeten eine Regierung, in die Bulgaris, Kanaris und Rufos eintraten. Otto, der sogleich nach dem Piräus zurückeilte, überzeugte sich hier durch eine Unterredung mit den fremden Gesandten, die zu ihm an Bord seines Schiffes kamen, von der Ausichtslosigkeit jeder Gegenwehr. Am 24. Oktober 1862 gab er durch eine Proklamation seinen Entschluß nach Deutschland zurückzukehren kund, verzichtete aber nicht auf sein und seiner Familie Anrecht auf die Krone. Da die vorläufige Regierung ausdrücklich die Fortdauer der monarchischen Staatsform als notwendig anerkannt hatte, mochte er hoffen, daß der Thron seinem Bruder Luitpold und dessen Nachkommen erhalten werden könne. Indes die Griechen wollten von den Bayern nichts mehr hören; alle ihre Wünsche richteten sich auf den Prinzen Alfred von England, und obgleich dieser durch den Vertrag

der Großmächte von 1832 wie alle Prinzen aus deren Häusern ausgeschlossen war, obgleich England dies in Athen ausdrücklich erklären ließ und auch mit Rußland von neuem die Verpflichtung austauschte, daß weder ein englischer noch ein russischer Prinz (der Herzog von Leuchtenberg) eine Wahl annehmen dürfe, so stimmten doch von 240 000 Wählern 230 000 für den Sohn der Königin Victoria, natürlich ohne dadurch den Entschluß des britischen Kabinetts zu ändern. Man empfand nun aber in London eine Art von Verpflichtung den Griechen andere Vorschläge zu machen, und da der zuerst empfohlene Herzog Ernst von Koburg-Gotha unbedingt ablehnte, verfiel man auf den minderjährigen zweiten Sohn des dänischen Thronfolgers, den Prinzen Wilhelm von Dänemark, dessen Schwestern mit den Erben von England und Rußland verheiratet oder verlobt waren. Die griechische Nationalversammlung griff um so bereitwilliger zu, als sie den Boden unter ihren Füßen bereits wanken fühlte, und wählte am 30. März 1863 den dänischen Prinzen einstimmig unter dem Namen Georg I. zum König. Von den Groß-

Georg I.

Die ionischen Inseln.

mächten trotz aller bayerischen Verwahrungen am 5. Juni anerkannt, traf er am 31. Oktober, ein Jahr nach Ottos Sturze, in Athen ein und brachte den Griechen als Mitgift die ionischen Inseln mit, deren Abtretung England schon im Dezember 1862 in Aussicht gestellt und ein Protokoll der Schutzmächte vom 26. Juni 1863 genehmigt hatte. Von weiteren Vergrößerungen des Königreiches aber war nicht die Rede, und was die innere Ordnung und das Parteigetriebe betraf, so zeigte sich bald, daß darin durch den Thronwechsel auch nicht die leiseste Besserung eingetreten sei.

Auch unter der türkischen Bevölkerung, die an und in ihren Grenzen so gewalthätige Bewegungen sich vollziehen sah, regte sich der Nationalstolz und, was damit zusammenfiel, der religiöse Fanatismus mit erhöhter Kraft. Daß der Hatti-Humajum den Christen die Gleichberechtigung mit den Mohammedanern zugesichert hatte, kränkte jeden Rechtgläubigen aufs tiefste, und gleich nach dem Erlasse des Gesetzes waren in den kleineren Städten des Reiches vielfache blutige Angriffe auf die Christen gemacht worden; vollends die türkischen Grundherren in Bosnien, Rumelien, Albanien plagten ihre andersgläubigen Unterthanen fortan mit verdoppelter Bosheit und reizten sie dadurch erst recht zu jenen Aufständen, von denen oben die Rede war. Andererseits klagte Rußland beständig, daß die Lage der Christen sich um nichts gebessert habe, daß der Hatti-Humajum ein leeres Wort geblieben sei; aber England und Österreich steiften sich so hartnäckig auf den neunten Artikel des Pariser Friedensvertrages, der jede Einmischung der Großmächte in die Beziehungen des Sultans zu seinen Unterthanen ausschloß, daß die russischen Beschwerden fruchtlos blieben. Zweimal indes ließ sich der muselmännische Fanatismus in entfernteren Provinzen zu solchen Frevelthaten hinreißen, daß auch den englischen Ministern die Geduld ausging; zuerst im Juni 1858, wo in Dschidda, dem Hafensorte von Mekka, eine große Niedermezelung der Christen, darunter der Konsuln von England und

Die Mohammedaner.

Das Blutbad von Dschidda.

Der Aufstand
im Libanon.

Die Groß-
mächte.

Das Blutbad
von Damas-
kus.

Frankreich, stattfand; dann zwei Jahre später, wo der Libanon und Damaskus Zeugen noch weit entsetzlicherer Greuel wurden. Dschidda büßte durch ein furchtbares Bombardement, mit dem ein englisches Kriegsschiff die Stadt heimsuchte; durch rücksichtsloses Einschreiten hoffte und vermochte man auch wirklich der Verpflanzung der Schandthaten, die damals Ostindien mit Entsetzen erfüllten, in andere mohammedanische Länder vorzubeugen. Bei dem Blutbade in Syrien war der Strafvollzug nicht so leicht und gefahrlos wie der gegen die arabische Küstenstadt, da man ins Innere des Landes vordringen mußte. Schon seit alters hatte zwischen den verschiedenen Stämmen des Libanons der religiöse Haß häufige Fehden und scheußliche Gewaltthaten herbeigeführt. Mehr als drei Viertel der über 200 000 Seelen zählenden Bevölkerung nannten sich Christen, sie zerfielen aber in mehrere Sekten, Maroniten, Melchiten, griechische Orthodoxe; ihnen gegenüber standen die mohammedanischen Drusen und Metuali, zusammen nur gegen 50 000 Köpfe, aber durch ihre Wildheit und Kriegslust der Schrecken ihrer Nachbarn und häufiger siegreich als besiegt. Seit anderthalb Jahrzehnten hatten sie indes so leidlich Ruhe gehalten, und um so überraschender und unheilvoller war daher ihr plötzlicher Losbruch Ende Mai 1860. Bis auf 30 000 wurde die Zahl der Opfer, die ihrem Haße fielen, angegeben; die türkischen Obrigkeiten thaten nichts dem Blutbade zu wehren. In Konstantinopel freilich war man über diesen Ausbruch tierischer Wildheit nicht minder entsetzt als in den christlichen Hauptstädten, denn es gab keine ungünstigere Zeit, in der das schreckliche Ereignis hätte eintreten können, als gerade diese Monate. Eben erst war das dringende Verlangen Rußlands die Beschwerden der Christen durch großmächtige Kommissare untersuchen zu lassen von den anderen Mächten zu Fall gebracht; sie hatten sich damit begnügt, daß der Großvezier Kiprisli Pascha eine Rundreise zur Kenntnisaufnahme und Verbesserung der Lage der Christen anzutreten sich verpflichtete. Nun kamen diese Vorgänge im Libanon, die alle Voraussetzungen des Petersburger Kabinetts nicht erfüllten, sondern weit übertrafen; nur durch schnelles Eingreifen des Sultans konnte jetzt die fremde Einmischung abgewendet werden. So ging denn Fuad Pascha am 8. Juli mit 16 000 Mann und großer Vollmacht nach Syrien ab; allein fast gleichzeitig kam die Nachricht von einem neuen Blutbade. Am 9. Juli wollte der Statthalter von Damaskus an einigen Muselmännern, welche Christen beleidigt hatten, die Strafe vollziehen; darüber empörten sich deren Glaubensgenossen und fielen über das christliche Stadtviertel her; die Truppen, die gegen sie geschickt wurden, schlossen sich ihnen an; vergebens suchte Abdel Kader, der zurückgezogen in Damaskus lebte, dem Morden ein Ende zu machen; sechs Tage dauerte die Schlächtereier, das Sengen und Brennen, das Plündern und Rauben; eine Obrigkeit gab es nicht mehr. Daß Fuad, als er ankam, das strengste Gericht hielt, daß er den Statthalter selbst und beinahe 200 Schuldige erschießen oder hängen ließ, konnte die Ent-

rüstung des Abendlandes nicht mehr besänftigen. Gleich auf die ersten Nachrichten hatte Napoleon zwei Kriegsschiffe an die syrische Küste geschickt und die Großmächte zu gemeinsamen Maßregeln aufgefordert; schon am 3. August 1860 kam in Paris ein Protokoll zustande, kraft dessen 6000 Franzosen unter General Beaufort d'Hautpoul sich fünf Tage später nach Syrien einschifften und die Entsendung von weiteren 6000 Mann einer anderen Macht vorbehalten wurde, wenn es mit diesen Kräften noch nicht gelinge die Ordnung zu sichern. Die sechsmonatliche Frist, die für den Aufenthalt der Franzosen bestimmt wurde, ward vor ihrem Ablauf noch einmal verlängert; länger als bis zum 5. Juni 1861 ihre Anwesenheit zu gestatten war jedoch England in keiner Weise zu bewegen. Auch erwies sich dieser Zeitraum als völlig genügend; die Pforte bewilligte eine neue Verwaltungseinrichtung für den Libanon, durch die ein christlicher Statthalter, Daud Pascha, eine sehr selbständige Stellung und in einer einheimischen Miliz das Mittel erhielt sich in derselben zu behaupten.

Die syrische Expedition.

Diese Umgestaltung war das letzte Werk Abdul Medjids, der nach zweiundzwanzigjähriger Regierung am 25. Juni 1861 starb. Mit großen Schritten war unter ihm die Türkei ihrem Verfall entgegengeeilt; daß sie noch bestand, war nicht sein Verdienst, sondern die Folge des Interesses, das Oesterreich und England daran hatten. Die fanatischsten Mohammedaner aber gaben dem verstorbenen Sultan in erster Linie Schuld an der Zerbröckelung des alten Regierungssystemes, in der sie die Quelle alles Unheils sahen, und es hatte nicht an Verschwörungen gefehlt um Abdul Medjid aus dem Wege zu schaffen; die gefährlichste wurde im September 1859 entdeckt. Ruhig beobachtenden Türken konnte es freilich nicht entgehen, daß die Reform das einzige Mittel war ihre Herrschaft noch länger zu fristen; über den schließlichen Ausgang gestattete allerdings schon der finanzielle Zustand des Landes, die immer höher anschwellende Masse der Schulden, kaum noch Zweifel. Abdul Medjid hatte wenig gethan um die unverantwortliche Vergeudung der Staatsgelder zu beschränken; aber trotzdem war es seinem Bruder und Nachfolger Abdul Aziz vorbehalten ihn darin noch weit zu übertreffen und im Schuldenmachen das Unerhörte zu leisten. Die Staatsschuld belief sich 1861 auf 300 Millionen Mark und erforderte etwa 20 Millionen, d. h. 10% der Einnahmen an Zinsen; daneben aber existierte noch eine Unsumme von Papiergeld, das von der Regierung selbst nicht zum Vollen angenommen wurde und im Dezember 1861 auf 30—40% seines Nennwertes herabgesunken war, so daß man es schlechterdings einziehen und zu diesem Zweck eine neue Anleihe machen mußte. Da diese gelang, so folgten bald neue und immer neue, und es kam schließlich dahin, daß dieses Reich, welches ein Vierteljahrhundert vorher noch schuldenfrei gewesen war, eine Staatsschuld von mehr als 4 Milliarden Mark hatte und daß die sämtlichen Staatseinnahmen, die sich inzwischen auch verdoppelt hatten, bis auf einen Rest von 60 Millionen Mark für die Verzinsung und Tilgung der auswärtigen Schuld erforderlich ge-

Abdul Medjids Tod.

Abdul Aziz.

wesen sein würden, während der Sultan für sich nicht weniger als 40 Millionen Mark verwandte, der Großvezier ein Gehalt von 600 000, der Finanzminister von 300 000 Mark bezog und so die übrigen Würdenträger im Verhältnis. Um diese Summen aufzubringen mußte die christliche Bevölkerung mit den schwersten Steuern gedrückt werden; die Unzufriedenheit, das Verlangen nach einer selbständigen nationalen Existenz zog daraus immer neue Kräfte, und nur der Mäßigung Rußlands, der türkenfreundlichen Gesinnung Englands und Österreichs, der tiefen Verwicklung Frankreichs in andere Fragen war es zuzuschreiben, daß der oft gefürchtete allgemeine Aufstand der slawischen Stämme immer und immer wieder auf sich warten ließ.

Italien vor dem Kriege.

Italien und
das Nationalitätsprinzip.

Mittlerweile hatte das Nationalitätsprinzip unter Napoleons Beistand längst in Italien seinen ersten entscheidenden Sieg gefeiert, einen Sieg, gegen den die kleinen Erfolge desselben im Orient vollständig in den Schatten traten. Schwer und mühevoll war es gewesen den Stein ins Rollen zu bringen; aber sobald er einmal in Bewegung gesetzt war, riß er unaufhaltsam alles mit sich fort, was ihm in den Weg trat, und Napoleon selbst war nicht mehr imstande ihm Halt zu gebieten. Die große Umgestaltung nahm Verhältnisse an, die weit über seine Wünsche und Erwartungen hinausgingen: die Ideen waren mächtiger als die Menschen; nur der behielt die Kraft sie zu lenken und zu meistern, der selbstlos sich in ihren Dienst gestellt, der innerlich von ihnen durchdrungen war. Dem französischen Kaiser galt die Wiedergeburt der Völker, die Erhebung des Nationalitätsprinzips zu dem herrschenden Grundsatz, an dem die Berechtigung oder Nichtberechtigung der Staaten gemessen werden sollte, doch nur als Mittel zu ganz anders gearteten eigensüchtigen Zwecken; er wollte davon Gebrauch machen, wo es ihm vorteilhaft schien, und es schien ihm nach und nach an nicht wenigen Orten vorteilhaft; aber er dachte nicht daran das Mittel zum Selbstzweck zu erheben, dem auch er sich beugen und gehorchen müsse. Der Mann, der das Nationalitätsprinzip in diesem Sinne auffaßte, der alle seine Kraft aus ihm sog und auch die bitteren Folgen zu verschmerzen wußte, war Camillo Benso Graf di Cavour, der Schöpfer des neuen Italien. Mit allen seinen Vorzügen und allen seinen Schwächen ein echter Sohn seines Volkes und seiner Zeit, gehörte er zu jenen Männern, die ebenso sehr durch die heiße Leidenschaft des Herzens wie durch das nüchterne Urtheil des prüfenden Verstandes auf ein einziges Ziel hingedrängt werden, das zu erreichen ihnen Lebenszweck, Gewissenssache und unaussprechliches Glück zugleich ist. Seit er die nationale Einigung Italiens als seine persönliche Aufgabe erfaßt hatte, gehörte jede Minute, jeder Gedanke, jede Fiber seines Herzens diesem Ziele. Bald vorsichtig und zurückhaltend, bald leidenschaftlich drängend, bald achtsam vorbereitend,

Napoleon.

Cavour.